

Gehrte Redaktion!

Morgen Samstag, um 3 Uhr nachmittags findet in der Kanzlei des Herrn amtsführenden Stadtrates Breitner eine

P R E S S E K O N F E R E N Z

statt. Stadtrat Breitner wird über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 berichten. Bei der Konferenz wird auch der gedruckte Voranschlag ausgegeben.

Es wird um bestimmte Entsendung eines Vertreters Ihrer geehrten Redaktion ersucht.

Eröffnung der Wohnhausanlage Sandleiten.

Wo nach vor wenigen Jahren Schrebergärtner ihre kleine Anlagen pflegten, erhebt sich jetzt zwischen Ottakring und Dornbach eine ausgedehnte Wohnhausanlage der Stadt Wien, die nach der alten Riedbezeichnung dieser Gegend den Namen Sandleiten führt. Der umfangreiche Bau wurde in vier Jahren nach den Plänen der Architekten Emil Hoppe, Otto Schöntal, Franz Matuschek, Professor Siegfried Theiss, Hans Jaksch, Professor Franz Kraus und Josef Tölk errichtet. Die Bauaufgabe, die sich die Gemeinde Wien mit der Wohnhausanlage Sandleiten gestellt hat, war eine ganz gewaltige. Da die Bahnhöfe Ottakring und Hernalts der Vorortelinie die für die Erbauung nötigen Baustoffe nicht befördern konnten, wurde vom Bahnhof Hernalts zur Baustelle eine eigene Schlepfbahn gebaut. Um sich eine Vorstellung von dem Baubetriebe machen zu können, soll nur erwähnt werden, dass für den Bau dieser Wohnhausanlage erforderlich waren: 125.000 Kubikmeter Erdbewegung, davon 70.000 Kubikmeter Fernverföhrung, 19.159.000 Stück Ziegel, 4.512.000 Kilogramm gebrannter und 270 Kubikmeter gelöschter Kalk, 13.002.000 Kilogramm Zement, 108.200 Kubikmeter Sand und Schotter, 1.462.000 Kilogramm Rundeisen, 6.220 Kubikmeter Bruchsteine, 39.900 Quadratmeter Gipsplatten, 12.800 Kubikmeter Schlacke, 125.000 Quadratmeter Eisenbetondecken, 70.000 Quadratmeter Mauerwerk, 20.000 Kubikmeter Beton und 80.000 Quadratmeter Fassadenputz. Die Materialien, die von den Professionisten verbraucht wurden, gehen ebenfalls in sehr grosse Mengen. So wurden zum Beispiel nicht weniger als 4300 Stück Fenster, 8000 Stück Türen und 18.000 Meter Stufen beim Bau der mächtigen Anlage verwendet. Für die Beförderung der Baumaterialien waren rund 26.500 Eisenbahnwagen zu je zehntausend Kilogramm nötig. Während der Bauzeit waren in der Hauptsaison bis zu zweitausend Arbeiter ständig beschäftigt. Die gesamte Baufläche beträgt 96.502 Quadratmeter. Von diesen wurden 27.517 Quadratmeter verbaut, während für die Verkehrsflächen, Gartenanlagen und Spielplätze 68.985 Quadratmeter verblieben. Die Wohnhausanlage zerfällt in mehrere Häusergruppen, die von Strassen durchzogen werden und zwischen denen auch grössere Plätze liegen. So führt durch die Wohnhausanlage die Liebknechtgasse, in der Mitte der gesamten Anlage liegt der Matteottiplatz, von dem dann die Luxenburggasse abzweigt. Der kleinere Teil der Wohnhausanlage ist von dem südlich gelegenen grösseren Teil durch die Rosenackerstrasse, einer Höhenstrasse, getrennt. Der dreieckige Bauplatz nördlich der Höhenstrasse wurde offen verbaut, während der südlich gelegene Teil der Anlage aus grossen geschlossenen Baublöcken besteht. Die einzelnen Gebäude der Anlage sind, ein Hochhaus ausgenommen, zwei- bis fünf Geschosse hoch. Sie sind, wo es anging, von Gartenhöfen umschlossen. Die ganze Anlage enthält 1.576 Wohnungen, von denen 236 auf den Teil der offenen Verbauung entfallen. Ausserdem sind in Sandleiten noch 75 Geschäftslokale, ein Gast- und Kaffeehaus, drei Ateliers, 58 Werkstätten, 71 Magazine, eine Kehrichtsammelstelle, drei grossangelegte Bade- und Wa-

scnereianlagen, eine Bücherei, eine Apotheke, drei Kinderhorte, ein Postamt und ein grosser Kino- und Theatersaal untergebracht. Die Zahl der Stiegenhäuser beträgt 103. Einen Stützpunkt der Wohnhausanlage Sandleiten bildet das noch im Bau befindliche originelle, nächst der Rosenackerstrasse gelegene Kindergartengebäude. Es wird im Frühjahr 1929 vollendet sein. Mit seinen Fenstern und Terrassen blickt das Kindergartengebäude nach Süden auf einen mit Spielplätzen und Planschbecken für die Kleinen ausgestatteten Garten nieder. Der Wohnhausanlage benachbart ist die grosse Badeanlage auf dem Kongressplatz. Zwischen dieser und der Wohnhausanlage Sandleiten liegt nun ein neuangelegter Park, der beiläufig sechzigtausend Quadratmeter gross ist. Wo noch vor einem Jahr sich eine Staubüste befand, steht heute ein Park, von dessen zahlreichen Wegen man prächtige Blicke über saftige Wiesen und schöne Gehölzgruppen geniesst. Inmitten des Grüns erhebt sich eine gefällig ausgestaltete Milchtrinkhalle, die durch ihre Silhouette und ihre Buntfarbigkeit schon aus der Ferne angenehm auffällt. Beim Parkeingang in der Sandleitengasse steht die Bronzeplastik "Die Unbesiegbaren", ein Werk der Bildhauerin Feodorowna Riess. Die Wohnhausanlage Sandleiten, die schon besiedelt ist, wird übermorgen Sonntag um 10 Uhr vormittags vom Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. An diese Feier anschliessend wird der Bürgermeister die Eröffnung des neuen Parkes auf dem Kongressplatz vornehmen.

Nachsicht von städtischen Steuerstrafen. Dem Wiener Magistrat sind in den letzten Tagen viele Gesuche um Nachsicht von Gemeinde- und Landesabgabenstrafen unter Berufung auf eine anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Republik angeblich erlassene Amnestie in Steuersachen zugekommen. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass eine Nachsicht solcher Strafen nach dem Verwaltungsstrafgesetz nur im Berufungswege möglich und eine andere gesetzliche Grundlage für eine Amnestie nicht gegeben ist.

Die Augartenhilfsbrücke. Die Belastungsprobe der Hilfsbrücke neben der Augartenbrücke über den Donaukanal hat ein sehr günstiges Ergebnis gezeigt. Am 5. November wird mit den Gleisanschlüssen an beiden Brückenköpfen der Hilfsbrücke begonnen. Zunächst wird dann der Fahrwerks-Fussgänger- und Strassenbahnverkehr in der Richtung zur Leopoldstadt über die Hilfsbrücke geleitet. Nach Durchführung der erforderlichen Arbeiten zur Ueberwindung der noch bestehenden Niveauunterschiede wird auch der Verkehr in der Gegenrichtung eröffnet. Bei günstiger Witterung ist damit zu rechnen, dass Mitte November die Hilfsbrücke voll benützt werden kann. Die alte Augartenbrücke wird dann mit Ausnahme des flussabwärtigen Gehweges, der bis zum Beginn der Abbrucharbeiten für den Fussgängerverkehr offengehalten wird, abgesperrt.

Uebersiedlung. Die Amtsräume der Magistratsabteilung 52, der die administrativen Sicherheits-, Vergnügungs- und Verkehrsangelegenheiten obliegen, befinden sich seit einigen Tagen im Neuen Amtshaus, I., Ebendorferstrasse 1, V. Stock. Die Fernsprechnummern sind A 23-500 oder A 28-500, Klappe 410. Die Magistratsabteilung 58 (Technische Sicherheits- und Vergnügungsangelegenheiten) befindet sich ebenfalls im Neuen Amtshaus. Sie ist mit den Fernsprechnummern A 23-500 oder A 28-500, Klappe 532, zu erreichen.

Bezirksvorsteherung Mariahilf. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 29. November, um 18 Uhr, statt.

Wien, am Samstag, den 3. November 1928. Zweite Ausgabe

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält seine nächste Geschäftssitzung am Freitag um 17 Uhr ab. Am Samstag um halb zwölf Uhr mittags findet die Festsitzung anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Republik statt, in der Bürgermeister Seitz die Festrede halten wird.

Der Rechnungsabschluss 1927. Entsprechend der neuen Verfassung wird der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1927 zunächst vom Wiener Stadtsenat gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss verhandelt. Die gemeinsame Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses findet am Montag der kommenden Woche um 16'30 Uhr im Sitzungssaal des Stadtsenates statt.

Ein Joachimsthalerplatz in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat beschlossen, den von der verlängerten Maroltingergasse, der verlängerten Wernhardtstrasse, der verlängerten Montlearstrasse und den Strassenbahnhof Ottakring umschlossenen Platz im XVI. Bezirk "Joachimsthalerplatz" zu benennen. Die Erläuterungstafel wird lauten: "Zur Erinnerung an Franz Joachimsthaler, den Schlossergehilfen, der erst 19 Jahre alt, bei der Teuerungskundgebung am 17. September 1911 in Ottakring von einer Militärkugel getötet wurde."

Neue Strassen in Favoriten. Die Errichtung der grossen Wohnhausanlage "Am Wienerberg" in Favoriten macht den Bau einiger neuer Strassen und den Umbau von Randstrassen notwendig. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat daher vorige Woche den Neubau der Untermeidlingerstrasse zwischen der Asylgasse und der Triesterstrasse und den Neubau zweier Verbindungsstrassen zwischen der Untermeidlingerstrasse und der Wienerbergstrasse beschlossen. Die Kosten werden mit etwa 450.000 Schilling veranschlagt.

Die österreichische Bundeshymne. Der Fortbildungsschulrat für Wien hat beschlossen, jedem Schüler und jeder Schülerin einen Abdruck des Textes der österreichischen Bundeshymne überreichen zu lassen, um allen Schülern und Schülerinnen den Text der Bundeshymne geläufig zu machen.

Stipendien der Gemeinde Wien. Im Studienjahr 1928/29 werden für Studenten und Studentinnen der Lehrerbildungskurse am Pädagogischen Institut der Stadt Wien 28 von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien im Betrage von je 35 Schilling monatlich nach den hiefür bestehenden allgemeinen Vorschriften verliehen. Zum Genuss dieser Stipendien sind nur unbemittelte Absolventen und Absolventinnen der Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalt berufen. Ausnahmsweise können auch Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr, die eine einer Mittelschule gleichwertige Bildung nachweisen können, berücksichtigt werden. Unter sonst gleichen Bedingungen haben nach Wien zuständige Bewerber den Vorzug. Die mit der Würdigkeitsbestätigung der Direktion des Pädagogischen Institutes versehenen Gesuche sind mit den entsprechenden Personaldokumenten bis 17. November unmittelbar beim Wiener Magistrat, Abteilung 8, einzubringen. Die Stipendien werden jeweils auf ein Jahr verliehen, können jedoch in der Regel bis zur Vollendung der Studien wieder verliehen werden, falls nicht besondere Gründe dagegen sprechen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

341

Wien, am Sonntag, den 4. November 1928

Die Eröffnung der Wohnhausanlage Sandleiten verschoben. Infolge des anhaltenden starken Regenwetters, das Samstag nachts einsetzte, wurde die für heute Sonntag anberaumte Eröffnung der grössten Wiener städtischen Wohnhausanlage "Sandleiten" auf unbestimmte Zeit verschoben. Im Laufe des Sonntags vormittags erschien im Rathaus eine Abordnung der in dieser Wohnhausgruppe sehr zahlreichen Geschäftsinhaber und überreichten dem Bürgermeister ein prächtiges Blumengebinde in der Form des Wappens der Stadt Wien; zwei rote Schleifen tragen die Widmung: "Dem Schöpfer unserer Existenzen". Inmitten des Blumengebindes war das Bild des langjährigen Vertreters der Ottakringer Arbeiterschaft im Wiener Gemeinderat Franz Schuhmeier eingebettet.

Strassenbahnverkehr über die Augarten-Hilfsbrücke. Von übermorgen Dienstag an verkehren die Linien 31, 231, 331, 6, N und Nk von der Stadt in die Leopoldstadt schon über die Augarten-Hilfsbrücke. Die Züge der Linien 31, 231 und 331 fahren über die Obere Donaustrasse, die Züge der Linien 6, N und Nk über die Untere Augartenstrasse weiter. In der Fahrtrichtung zur Stadt bleibt bis auf weitere die Ablenkung der Linien 31, 231 und 331 vom Gaussplatz über die Obere und Untere Augartenstrasse zum Kai aufrecht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

342

Wien, am Montag, den 5. November 1928 .Erste Ausgabe

Thomas Mann im Wiener Rathaus. Der seit einigen Tagen in Wien weilende deutsche Schriftsteller Thomas Mann stattete Samstag abends mit seiner Frau dem Bürgermeister einen Besuch ab. An dem Empfang nahmen unter anderen Teil: Der englische Gesandte Exzellenz Phipps, von der deutschen Gesandtschaft Legationssekretär Dr. Resenberger, Staatskanzler a. D. Dr. Renner, Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Breitner, Richter und Professor Dr. Tandler, Stadtrat Rummelhardt, Generaldirektor Schneiderhan, Staatsoperndirektor Hofrat Schalk, Burgtheaterdirektor Hofrat Herterich, die Schriftsteller Csokor, Brecka, Decsy, Perutz, Salten, Schönherr, Schreyvogel und Trebitsch, Hofburgschauspieler Hofrat Heine, Direktor Dr. Beer vom Deutschen Volkstheater, der Präsident der Concordia Chefredakteur Lipschütz, der Präsident der Organisation der Wiener Presse Marcell Zappler, Sektionschef a. D. Vetter und viele Persönlichkeiten der Wiener Kunstwelt. Bürgermeister Seitz begrüßte den ^{Gast} und feierte ihn als den grossen ^{Schriftsteller und} Menschen, der in allen Kreisen freudige Aufnahme findet und überall herzlich willkommen ist. Thomas Mann dankte dem Bürgermeister für den herzlichen Empfang. Gefühle in Worte zu kleiden, sagte er, ist das Schwerste. Ich bin tief beglückt über die Sympatien, die mir in Wien entgegen gebracht werden. Ich erwidere diese ^m ware Herzlichkeit mit ebensolcher Liebe. Besonderen Dank sage ich der Stadtverwaltung, die mir Gelegenheit geboten hat, ihre neuen Einrichtungen kennen zu lernen. Die Leistungen der Stadt Wien haben mich mit grösster Bewunderung erfüllt, und ich schätze mich glücklich, meiner Bewunderung hier an offizieller Stelle Ausdruck gegeben zu können.

Die Gäste blieben dann noch längere Zeit im Sitzungssaal des Stadt- und des Gottesmann-Quartett senates wo Kammersängerin Gerhart, Frau Blanka Glossy für die künstlerischen Teil des Programmes in liebenswürdigster Weise sorgten

Wien, am Montag, den 5. November 1928. Zweite Ausgabe.

 des Bürgermeisters
Goldene Hochzeiten. Letzten Samstag überreichte in Vertretung/amtstfüh-
 render Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Wilhelm und Marie Schäfte
Josef und Johanna Sieghart, Josef und Barbara Stöger und Josef und
Marie Zipperer anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der
 Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit
 werden in der Leopoldstadt die Schüttelstrasse von der Franzensbrücke
 bis zur Rotundenbrücke, die Weintraubengasse, Nepomukgasse, Schrottgies-
 sergasse, Afrikanergasse, Kleine Stadtgutgasse, Holzhausergasse, Mühl-
 feldgasse, Fugbachgasse und Albigasse und in Margareten die Brand-
 mayergasse, Einsiedlergasse, der Einsiedlerplatz und die Siebenbrunnen-
 feldgasse mit elektrischer Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Bezirksvertretung Landstrasse. Die nächste Plenarsitzung der Bezirks-
 vertretung Landstrasse findet am Donnerstag, den 8. November, um 17 Uhr
 statt.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesell-
 schafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener
 Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr eine allgemeine Führung
 statt.

Der Rechnungsabschluss für 1927. Der Wiener Stadtsenat führte heute,
 unter dem Vorsitz des Bürgerm. Seitz ge-
 meinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Generaldebatte über
 den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für 1927 ab. Den Bericht erstatte-
 te amtsführender Stadtrat Breitner. Das Verwaltungsjahr 1927 schliesst
 mit einem Gebarungsausgang von 7'3 Millionen Schilling. Das Defizit hat
 sich ergeben, obwohl die Abgabenertragsanteile und auch die eigenen Ge-
 meindeabgaben erheblichgrössere Erträge geliefert haben, als vorgesehen
 war. Ferner konnten die Wohnhausbauten infolge der Witterungsverhältnis-
 se nicht in vollem Umfang durchgeführt werden, wodurch sich eine Minder-
 ausgabe von 24'3 Millionen Schilling ergab. Trotzdem war es nicht mög-
 lich, das volle finanzielle Gleichgewicht zu erzielen, wenn auch der Ge-
 barungsausgang hinter dem im Voranschlag angenommenen Betrag von 56'6
 Millionen Schilling zurückbleibt. Die Gemeinde- und Landesabgaben weisen
 gegenüber dem Voranschlag einen Mehrertrag von 12'1 Millionen Schil-
 ling auf. Den Mehreinnahmen an Steuern und Ertragsanteilen steht vor
 allem die grosse Minderausgabe bei den Wohnhausbauten im Umfange von
 24'3 Millionen Schilling gegenüber. Ferner ergaben sich in der Gruppe
 "Technische Angelegenheiten" ebenfalls beträchtliche Minderausgaben. Der
 Kassenbestand der Gemeinde per 31. Dezember 1927 ist 65'9 Millionen
 Schilling. Der Rechnungsabschluss wurde zeitgerecht vorgelegt und er-
 bringt den Nachweis, dass der Voranschlag für 1927 mit aller nötigen
 Sorgfalt aufgestellt worden ist. In der Generaldebatte verlangten Stadt-
 rat Kunschak und die Gemeinderäte Zimmerl und Binder insbesondere die
 Vorlage des Berichtes des Kontrollamtes über den Rechnungsabschluss,
 wie er in der Verfassung vorgesehen ist. Gemeinderat Zimmerl beantragte
 die Vorlage einer Aufstellung über die Differenz zwischen den laufen-
 den Gebühren und den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben. Ein weiterer
 Antrag des Gemeinderates Zimmerl verlangt die Vorlage eines Ausweises
 über die aushaftenden Darlehen. Dieser Antrag wurde nach dem Schlusswort
 des Berichterstatters angenommen, hingegen der Antrag über die Vorlage
 der Differenzaufstellung abgelehnt. Die Generaldebatte war damit beendet.

Wien, am Dienstag, den 6. November 1928

Eine wichtige Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über die Wohnbausteuer. Am 4. Februar 1927 erstattete der Verwalter eines Hauses in der Inneren Stadt eine Wohnbausteuerverweigerungsanzeige, in der er anführte, dass die bisherige Mieterin ausgezogen sei. Der Verwalter wusste bei Erstattung der Anzeige, dass die Räumlichkeiten nicht leerstehen, sonst hätte er die Abschreibung der Wohnbausteuer aus dem Titel der Leerstehung des vermietet gewesenen Objektes verlangt. Darum sollte er sich mit der Verweigerungsanzeige helfen. Aufgeklärt, dass jemand, der nicht wohnbausteuerpflichtig sei, die Zahl/^{-ung} der Steuer auch nicht verweigern könne, änderte er dann seine Anzeige in eine Leerstehungsanzeige. Der Magistrat hat mit Rücksicht auf die Feststellung, dass in dem Mietobjekt (Geschäftslokal) noch Stellagen, Kisten, eine Holzwand und so weiter vorgefunden wurden, den Hauseigentümer für steuerpflichtig erklärt und die Beschwerdekommision hat die Beschwerde aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung und unter Berufung auf die, anlässlich einer Lokalbesichtigung von einem der drei Miteigentümer des Hauses gemachten Erklärung, dass die Hauseigentümer mit Zustimmung der Finanzprokurator ein Verkaufsrecht an den von der Mieterin zurückgelassenen Einrichtungsgegenständen erworben hätten, abgewiesen.

Beim Verwaltungsgerichtshof wurde unrichtige rechtliche Beurteilung geltend gemacht, weil es sich um zurückgelassene Gegenstände handle und die Hauseigentümer für das vom Mieter verlassene Lokal nicht steuerpflichtig seien; ferner wurde ein Mangel des Verfahrens darin erblickt, dass die von einem der drei Miteigentümer im Zuge des Beschwerdeverfahrens gemachte Mitteilung nicht dem beschwerdeführenden Vollmachtsträger bekanntgegeben worden sei.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde in der heute durchgeführten mündlichen Verhandlung als unbegründet abgewiesen. Ein Verfahrensmangel liege nicht vor. Es war nicht notwendig, die Aussage des Vollmachtgebers dem Vollmachtnehmer mitzuteilen; eine so weit gehende Interpretation des Grundsatzes des Parteienghörs kann nicht angenommen werden.

In der Sache selbst hat der Verwaltungsgerichtshof entschieden, dass eine Benützung des Mietobjektes durch die Hauseigentümer vorliege, weil sie gэдuldet haben, dass die vom Mieter zurückgelassenen Gegenstände fernerhin in den Räumen bleiben und sie dort unter Verschluss gehalten haben. Das Interesse der Hauseigentümer an diesen Gegenständen hat die Behörde übrigens dadurch nachgewiesen, dass die Hauseigentümer ein Verkaufsrecht an diesen Gegenständen erworben haben. Von einer Leerstehung des Objektes und demgemäss von einem Anspruch auf Abschreibung der Wohnbausteuer, kann daher nicht gesprochen werden.

Der Magistrat war in dieser Verhandlung durch Senatsrat Dr. Franz Urban vertreten.

Platzkonzerte anlässlich der Republikfeier für Fortbildungsschüler. Als Abschluss der in dieser Woche an den Fortbildungsschulen stattfindenden Republikfeier werden am Samstag um 17 Uhr für die Schüler und Schülerinnen der beiden Zentralfortbildungsschulen, VI., Mollardgasse 87 und XV., Hütteldorferstrasse 1, vor den Schulgebäuden Platzkonzerte veranstaltet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

345

Wien, am Mittwoch, den 7. November 1928

.....
Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Wegen Gleisarbeiten auf dem Währingergürtel wird die Bahnhofrundlinie der städtischen Strassenbahnen in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag von der Alserbachstrasse (Hotel Union) über die Spitalgasse-Lazarettgasse-Kaiserstrasse-Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse-Matzleinsdorferplatz und zurück geführt.

.....
449.606 Gaskonsumenten in Wien. Die Aufwärtsbewegung der Zahl der Gasabnehmer, die seit Jahren zu verzeichnen ist, hält unvermindert an. Während am 31. Dezember 1913 in Wien nur 211.815 Gaskonsumenten waren, zählten die Wiener städtischen Gaswerke am 31. Oktober nicht weniger als 449.606 Abnehmer. Im Oktober wurden insgesamt 2.323 Gasmesser neu aufgestellt. Teilzahlungsanlagen wurden in zehn Häusern mit 75 Wohnungen durchgeführt. Vom 1. Jänner dieses Jahres an bis 31. Oktober wurden insgesamt 82 Häuser mit 596 Wohnungen mit Teilzahlungsanlagen ausgestattet. Infolge der fortlaufenden Ausgestaltung der Gaswerke wurden auch im Oktober wieder umfangreiche Bestellungen an die Industrie und an das Gewerbe vergeben.

.....
Spitzenleistung der Strassenbahnen zu Allerheiligen. Die Strassenbahnen wurden heuer im Gegensatz zu früheren Jahren von der Bevölkerung am Allerseelentag stärker in Anspruch genommen als am Allerheiligentag. In den Stunden des stärksten Verkehrs wurden am Allerseelentag bis zu 165 Zugfahrten mit insgesamt 408 Wagenfahrten in der Stunde geleistet. Das entspricht einem Platzangebot von rund 27.000 Plätzen. Im Betrieb standen 1317 Triebwagen und 1722 Beiwagen, zusammen 3039 Wagen, davon 849 Wagen nur für den Zentralfriedhofsverkehr. Den Dienst besorgten über 8900 Angestellte, von den auf die Zentralfriedhofslinien über 2000 Mann entfielen. Dank der vorzüglichen Leistung der Strassenbahner wurde der Bienenverkehr auf allen Linien klaglos bewältigt.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe der Woche wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Leopoldstadt auf der Augartenhilfsbrücke, in Mariahilf auf dem inneren Mariahilfergürtel, in Meidling in der Gartenstadt Tivoli und schliesslich in Floridsdorf in dem noch nicht elektrisch beleuchteten Teil der Konstantiagasse in Betrieb gesetzt.

Wien, am Donnerstag, den 8. November 1928

Grosse Arbeitsaufträge der Gemeinde Wien. Die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten haben in den letzten Tagen wiederum grössere Arbeitsaufträge an die Industrie und an das Gewerbe vergeben, die insgesamt 4'5 Millionen Schilling ausmachen. Vor allem wurden Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten im Ausmass von rund zwei Millionen Schilling vergeben. Für Strassenneuerstellungen und Strassenumbauten wurden Arbeitsaufträge in der Höhe von 620.000 Schilling erteilt. Für 200.000 Schilling wurde der Umbau von einigen Hauptunratskanälen in Auftrag gegeben. Die Arbeitsaufträge für einen Teil des Umbaus des Schöpfwerkes Pottschach machen 430.000 Schilling aus. Für die elektrische Strassenbeleuchtung wurden Arbeitsaufträge und Bestellungen im Betrage von rund 130.000 Schilling erteilt. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen noch für rund 120.000 Schilling Asphaltier- und Gehsteigarbeiten vergeben, für rund 170.000 Schilling Schlosserarbeiten und für rund 100.000 Schilling Zimmermanns- und Tischlerarbeiten.

Volksschuldirektor i. R. Josef Fiebiger gestorben. Der Vater des Stadtbau- direktors a. D. Ingenieur Max Fiebiger Volksschuldirektor i. R. Josef Fie- biger ist Dienstag im 84. Lebensjahr gestorben. Das Leichenbegängnis findet morgen Freitag auf dem Meidlinger Friedhof statt.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Ge- sellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses findet morgen Freitag um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

Lebensmittelgeschäfte und Friseure Sonntag offen. Laut einer Verordnung des Landeshauptmannes von Wien ist kommenden Sonntag, dem der Staatsfeiertag folgt, der Kleinhandel mit Lebensmitteln und der Kleinverschleiss der Le- bensmittelerzeugungsgewerbe einschliesslich des Verschleisses von Fleisch, Fleischwaren und tierischen Fettwaren von 7 bis 11 Uhr vormittags gestat- tet. Die Friseure dürfen von 8 bis 11 Uhr vormittags offen halten. Am Staats feiertag haben die Branntweinschänker und Branntweinkleinverschleissge- schäfte vollständig geschlossen zu halten.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Ka- nalräumungsgebühren für November unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses vom August 1914 beziehungsweise des Mo- natszinses der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 347
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 9. November 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 9. November 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Den Gemeinderat liegt ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Ingenieur Scholz (E.L.) vor:

Die Zusammenstöße auf den städtischen Strassenbahnen haben sich in den letzten Monaten in bedenklicher Weise gemehrt. Innerhalb der letzten 14 Tage haben sich nicht weniger als 4 solche Unfälle ereignet. Bei diesen Unfällen haben 37 Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten und wurde auch bedeutender Materialschaden verursacht. Die Häufung dieser Unfälle hat die Öffentlichkeit in grosse Beunruhigung versetzt, zumal nach Zeitungsberichten die Ursache derselben nicht in Zufälligkeiten, sondern im Versagen der Bremsvorrichtungen, also im System gelegen sein soll. Es wird daher der dringliche Antrag gestellt, durch eine eingehende Untersuchung unverzüglich die wahren Ursachen dieser Unfälle in einwandfreier Weise feststellen zu lassen und dem Gemeinderate einen Bericht vorzulegen, ob und welche Vorkehrungen zur Verhütung solcher Zusammenstöße getroffen und welche weiteren Massnahmen notwendig sind, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten.

Zunächst wird eine Reihe von Anträgen ohne Debatte angenommen. Für die 22. Herbstausstellung des Oesterreichischen Künstlerbundes wird ein Ehrenpreis von zweihundert Schilling gewidmet. Das erste öffentliche Kinderkrankeninstitut Wien wird mit fünftausend Schilling, die kulturwissenschaftliche Gesellschaft mit achthundert Schilling, die Vereinigung Wiener Juristen mit eintausendfünfhundert Schilling, die Grillparzer Gesellschaft mit fünfhundert Schilling, der Verein für Geschichte der Stadt Wien mit eintausendfünfhundert Schilling, die Oesterreichische Exlibris Gesellschaft mit zweihundert Schilling, die Landesvertretung der befugten Zahntechniker Wiens (Forstner-Partik-Fond) mit tausend Schilling und schliesslich der Verein für Naturbeobachter und Sammler mit zweihundert Schilling subventioniert. Die Entwürfe für den Wohnhausbau in der Diemgasse, Ecke Heiligenstädterstrasse, in Döbling, für eine Wohnhausanlage auf dem Handelskai für einen städtischen Neubau in der Leopoldstadt, Wehlistrasse, für den Ausbau der Wohnhausanlage in Hernals Heigerleinstrasse - Hallirschgasse-Gräffergasse, und schliesslich für eine neue Wohnhausanlage in Favoriten in der Kennergasse werden ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

St. R. Speiser berichtet sodann über die Vorlage, mit der der Bürgermeister ermächtigt wird, aus Anlass des zehnjährigen Bestandes der Republik Disziplinarstrafen nachzusehen oder zu mildern und anhängige Disziplinaruntersuchungen einzustellen. Stadtrat Speiser teilt mit, dass die Bundesregierung aus demselben Anlasse beschlossen hat, an den Bundespräsidenten Gnadenanträge in Disziplinarsachen für die in der Hoheitsverwaltung tätigen Bundesangestellten zu stellen. Es handelt sich dabei um Anträge auf gnadenweise Erlassung oder Milderung von Disziplinarstrafen, die nicht schon vollzogen sind, mit Ausschluss der Strafe der Pensionierung oder Entlassung. Ferner handelt es sich um Anträge auf Einstellung eines bereits eingeleiteten Disziplinarverfahrens. Jedoch werden Delikte nicht berücksichtigt, die den Gegenstand eines strafgerichtlichen Verfahrens bilden oder die voraussichtlich die Pensionierung oder Entlassung nach sich ziehen würden. Nicht berücksichtigt werden auch jene Pflichtverletzungen, die gewinnstüchtigen Bewegungen entspringen. Die Angestellten, die durch diese Vorlage berücksichtigt werden sollen, dürfen zwei Jahre vor Begehung der Pflichtverletzung keine Disziplinarstrafe erhalten haben. Ueberdies muss ihre Dienstleistung seit der

Pflichtverletzung vollkommen einwandfrei sein. Die Vorlage verfolgt den Zweck, den Angestellten des Magistrates die gleichen Begünstigungen zuzuwenden, wie den Angestellten der Hoheitsverwaltung des Bundes. Die erforderlichen Anträge werden vom Magistratsdirektor ungesäumt gestellt werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

GR. Schneider (soz. dem.) berichtet über den Neubau von Hauptunratskanälen in der Gartenstadt "Am Tivoli". Die Kosten betragen 106.000 Schilling.

GR. Gschladt (E.L.) betreibt den Bau des Liesingtalsammelkanals, an dem viele Gemeinden an der Südbahnstrecke sehr interessiert sind.

GR. Schneider erwidert in seinem Schlusswort, dass in der Frage des Liesingtalsammelkanals die Gemeinde Wien nicht die Initiative ergreifen kann.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schneider berichtet über den Neubau der Untermeidlingerstrasse zwischen der Asylgasse und der Triesterstrasse sowie über den Neubau zweier Verbindungsstrassen zwischen der Untermeidlingerstrasse und der Wienerbergstrasse. Die Kosten betragen rund 450.000 Schilling.

GR. Gschladt (E.L.) wünscht die Ueberbrückung der Pottendorferlinie, um zwischen dem hinter der Pottendorferlinie liegenden Wohngebiet und der Wurmbstrasse eine entsprechende Verbindung zu schaffen.

GR. Schneider erklärt in seinem Schlusswort, dass die Gemeinde bemüht sei, allen Wünschen Rechnung zu tragen, doch sei sie ausserstande, alles auf einmal durchzuführen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über die Vergrösserung der Vorkühlhalle und über die Anlage eines Pöckelraumes im Schlachthof St. Marx. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 435.000 Schilling.

GR. Merbaul (E.L.) tadelt, dass zwei Stechbrücken, die im Vorausanschlag für heuer vorgesehen waren, nicht errichtet worden sind. Die Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter in St. Marx stellt sich überdies gegen die Vermehrung der Stechbrücken. Ein Vertrauensmann der Arbeitsgemeinschaft hat zwar Rennpferde, um den Betrieb aber schert er sich nicht. Es muss Vorsorge getroffen werden, dass kein Mensch durch den Terror der Lohnschlächter einen Schaden erleidet.

St. R. Kokrda bestreitet in seinem Schlusswort, dass die Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter auf den Betrieb in St. Marx irgendeinen Einfluss nehme. Eine Vermehrung der Stechbrücken liege vielmehr im Interesse der Lohnschlächter.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Bermann berichtet über die Abänderung des Generalbau-linienplanes durch Verlegung einer Gasse zwischen der Wehlistrasse und Engerthstrasse nächst der Wachaustrasse im II. Bezirk in dem er darauf hinweist, dass diese Abänderung durch den Ausbau des Elektrizitätswerkes notwendig wird.

GR. Körber (E.L.) bemerkt, es handelt sich keineswegs um eine geringfügige sondern um eine ganz gewaltige Änderung des Baulinienplanes. Das Elektrizitätswerk soll nun gänzlich ausgebaut werden und bedenkt dabei gar nicht, wie sehr das Elektrizitätswerk für das ganze Umgebung, die eine der schönsten Anlagen von Wien ist, durch seine Rauch- und Russplage von Schaden ist. Wir haben schon seinerzeit darauf hingewiesen, dass es viel praktischer gewesen wäre, das Elektrizitätswerk an die Grenzen der Stadt zu verlegen. Ursprünglich hat man gar geplant, die Wachauerstrasse überhaupt aufzulassen, was zur Folge hätte, dass die Engerthstrasse in einer sehr grossen Ausdehnung überhaupt keine Querstrasse zum Handelskai hätte. Dagegen hat sich eine sozialdemokratische Bezirksrätin ausgesprochen und darum ist dieser Plan fallen

Zweiter Bogen

gelassen. Gemeinderat Körber beschwert sich schließlich darüber, dass der Gegenstand erst vorgelegt wurde, nachdem mit dem Bau schon begonnen worden ist.

GR. Bermann bemerkt zu den Ausführungen des Gemeinderates Körber, es sei nicht so, wie dies Gemeinderat Körber darstelle, als ob das Elektrizitätswerk mitten in ein schönes Viertel hineingebaut worden wäre, sondern zuerst war das Elektrizitätswerk dort und erst später sind und zwar schon von der früheren Verwaltung die Strassen und Plätze gebaut worden. Gegen den ursprünglichen Plan hat sich nicht nur wie Gemeinderat Körber sagte, eine sozialdemokratische Bezirksrätin, sondern auch der Magistrat, aus Gründen der Aesthetik ausgesprochen und darum ist dieser Plan fallen gelassen worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Bermann referiert sodann über den Antrag betreffend die Abänderung der Grenze des Volkspraters im II. Bezirk. Er erinnert daran, dass im Jahre 1924 der Volksprater als Parkschutzgebiet erklärt worden ist, dass jedoch, was sonst in einem Parkschutzgebiet nicht möglich ist, die Erbauung von Schauhütten, Ringelspielen usw. möglich gemacht wurde. Dies gilt auch für jenen Teil des Volkspraters, der unter dem Namen "Englischer Garten" oder Vergnügungspark bekannt ist. Nun haben sich die Praterbudenbesitzer mit dem Ersuchen an die Gemeinde gewendet, den englischen Garten die Bestimmungen des Parkschutzgesetzes in der Weise anzuwenden, dass ausserdem bereits bestehenden Baulichkeiten, Neubauten nicht errichtet werden sollen. Sie begründen das damit, dass sie durch die Errichtung neuer Hütten auf dem Terrain des Englischen Gartens schwer geschädigt werden würden. Diesem Wunsche der Praterbudenbesitzer soll mit dem vorliegenden Antrag entsprochen werden.

GR. Stöger (E. L.) kommt auf den Plan der Errichtung eines Stadions im Prater zu sprechen und bemerkt, es handle sich dabei um eine schwere Verletzung der Parkschutzinteressen. Da die Erbauung des Stadions auf weiten Flächen die Entfernung des heute dort befindlichen Baumbestandes notwendig mache. Der Redner richtet an den Stadtrat Fandler als Mediziner den Appell, noch im letzten Moment dieses Attentat auf den Prater nicht zuzulassen und er appelliert an den Bürgermeister, es nicht zuzulassen, dass unter seiner Herrschaft eines der bekanntesten und beliebtesten Wahrzeichen Wiens beseitigt wird. Wenn der Bürgermeister diesem Appell folge, könne er der Zustimmung aller Wiener sicher sein. (Beifall bei der Einheitsliste.)

GR. Dr. Pfeiffer (E. L.) bemerkt, es handle sich bei dem Antrag um eine durchaus nicht harmlose Sache. Man müsse die Vorgeschichte des Antrags kennen, um zu verstehen. Der heutige Besitzer des Vergnügungsparkes wollte auf seinem Terrain eine Badeanlage errichten. Die Errichtung einer solchen Badeanlage wolle der Redner nicht unbedingt befürworten, da das eine Konkurrenz der städtischen Bäder wäre. Aber es ist nur überraschend, dass Mitglieder der Mehrheit damals erklärten, es gehe aus Gründen der Sittlichkeit nicht an, dort ein Bad zu errichten. (Hört! Hört! bei der E. L.) und die Gemeinde hat auch die Baubewilligung verweigert. Da der Verwaltungsgerichtshof in der Sache gegen die Gemeinde entschieden hat, muss sie nun die Baubewilligung erteilen. Und es ist überraschend, dass gerade in dieser Zeit ein Antrag unterbreitet wird, der einer Enteignung des Englischen Gartens gleichkommt. Es ist auch merkwürdig, dass die Gemeinde gerade in diesem Fall es so eilig hat, den Praterbudenbesitzern eine Gefälligkeit zu erweisen, deren Wünsche nach Kanalisierung des Praters und nach Steuererleichterung nicht erfüllt wurden. Uebrigens haben gerade die Praterbudenbesitzer die Errichtung einer Badeanlage auf dem Boden des Vergnügungsparkes befürwortet.

Man muss auch wissen, dass die Gemeinde Wien schon seit einiger Zeit in Verhandlungen wegen des Ankaufes des Grundes der Vergnügungsparkes steht. Offenbar will man den Grund erwerben, um ihn möglichst billig kaufen zu können. Man will diesen Platz am Eingang des Praters in die Hände der Gemeinde bekommen, um dort Anlagen errichten zu können, die allen Leuten, welche in den Prater kommen, zeigen sollen, dass Wien rot ist. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Bermann bemerkt, er könne als Referent mit dem Gemeinderat Pfeiffer, der lediglich seine persönlichen Empfindungen und Meinungen zum Ausdruck gebracht habe, nicht rechnen. Tatsache ist, dass der Verband der Praterhüttenbesitzer in einer Eingabe vom 4. August die Gemeinde inständig bittet, den Wunsch zu erfüllen, dem durch den vorliegenden Antrag entsprochen werden soll. In der Eingabe wird auch darauf hingewiesen, dass der Besitzer des Vergnügungsparkes das Unternehmen gar nicht selbst betreibt, sondern es an Pächter vergibt, die das Geschäftsrisiko allein tragen, während der Besitzer der Hauptnutznießer ist. Der Gemeinderat hat gar keine Veranlassung den Grundherrn zu schonen, wenn es sich um die Interessen einiger hundert Praterhüttenbesitzer handelt. Die Praterbudenbesitzer haben ihr Ersuchen mit Rücksicht darauf gestellt, dass auf Grund des Theatergesetzes neue Hütten errichtet und ihnen so grosse Konkurrenz gemacht werden könnte. Man begreift, dass die armen Praterhüttenbesitzer, die so schwer arbeiten müssen, sich da ihrer Haut wehren. Das alles sollte für den Gemeinderat so einleuchtend sein, dass man nicht wie das Gemeinderat Pfeiffer tut, nach anderen Gründen forschen und gar die Politik in diese Dinge hineintragen soll. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit)

Der Referentenantrag wird angenommen.

ST. R. Weber berichtet über den Bau der Wohnhausanlage XVIII., Hockegasse-Alseggerstrasse. Der Bau wird 35 Wohnungen enthalten. Der Kostenaufwand beträgt 560.000 Schilling.

GR. Dr. Kolassa (E. L.) wünscht, dass bei der Besiedlung von Gemeindebauten vor allem auf jene Wohnungsbedürftigen Bedacht genommen werden soll, die in dem Bezirk vorgemerkt sind, in dem der Bau aufgeführt wurde. Insbesondere bei der Vergebung der Wohnungen in Währing soll dies geschehen und jeder parteipolitische Hintergrund verschwinden.

ST. R. Weber erwidert, dass alle Bezirke nach der Zahl der Wohnungsbedürftigen berücksichtigt werden müssen. Selbstverständlich werde immer darauf Rücksicht genommen, dass in die Gemeindebauten vor allem jene Wohnungsbedürftigen kommen, die aus dem Bezirk sind, in dem der Bau ist.

Der Antrag wird angenommen und es wird der Dringlichkeitsantrag über die Strassenbahnunfälle verhandelt.

GR. Scholz (E. L.) begründet die Dringlichkeit damit, dass durch die Häufung dieser Unfälle eine Beunruhigung eingetreten ist. Im zuständigen Ausschuss wurde darüber nichts berichtet, weshalb in öffentlicher Gemeinderatssitzung Aufklärung verlangt werden muss.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt und Gemeinderat Scholz führt aus, dass die meisten Strassenbahnunfälle auf das Versagen der elektrischen Bremse zurückzuführen sind. Der Verkehr wird immer stärker, aber von der Strassenbahnverwaltung wird wenig getan, um die entsprechenden Vorsorgen zu treffen. Die Schaltkasten werden durch Monate nicht ausgewechselt und auch sonst wird nicht kontrolliert. Das geht schon so durch Jahre und es ist nicht zu verwundern, dass die Zahl der Unfälle sich häuft.

Vizebürgermeister Emerling entgegnet, dass es selbstverständlich sei, dass niemand die Unfälle bedauert als die Verwaltung. Aber es ist so, dass früher viel mehr Unfälle auf der Strassenbahn zu verzeichnen waren als heute. Im Jahre 1913 kamen auf eine Million Wagenkilometer noch 76,87 Unfälle, im Jahre 1924 nur mehr 49,42 und im Jahre 1928 nur 37,37. Ebenso ist die Zahl der Zusammenstöße auf der Strassenbahn gerechnet auf eine Million Kilometer von 5'02 im Jahre 1913 auf 3'72 im Jahre 1924 und auf 2'83 im Jahre 1928 gesunken. Auf eine Million Wagenkilometer entfallen im Jahre 1913 noch 4'45 Verletzte, im Jahre 1924 aber 4'01 und im Jahre 1928 nur mehr 3 Verletzte. Dabei darf nicht übersehen werden, dass mit der Zunahme der eigenen Fahrleistungen und der ständigen Vermehrung der Wiener Kraftwagen an für sich die Unfallgefahr wesentlich erhöht ist. Es wurden von mir nur die Zahlen für die Strassenbahn angeführt. Würde man noch die Stadtbahn dazu nehmen, so wäre die Entwicklung der

Drätter Bogen.

Sicherheitsverhältnisse noch weitaus günstiger. Es ist auch nicht wichtig, dass die Bremsvorrichtungen fehlerhaft sind. Die elektrische Bremse wird in allen Grosstädten verwendet, weil sie am besten für kurze Bremsstrecke geeignet ist. Bei dem Unfall in der Lengegasse wurde festgestellt, dass im Motor eine schadhafte Stelle war; das kann im elektrischen Betrieb immer vorkommen, obwohl die Gemeinde regelmässig alle technischen Einrichtungen überprüft. Das geschieht jetzt wieder, weil durch den ungeheuren Allerheiligenverkehr eine starke Abnutzung erfolgt ist. Bei dem Unfall in Margareten war überhaupt keine elektrische Bremse in Verwendung sondern eine Luftdruckbremse. Man kann also nicht alle Unfälle auf das Versagen der elektrischen Bremse zurückführen. Ebenso hat der Unfall in der Grinzingerstrasse gar nichts mit der Bremse zu tun gehabt. Dort ist durch den starken Lauf der Wagen ins Gleiten gekommen. Die Bremse war in Ordnung. Bei 3000 Wagen kann natürlich auch ein Materialfehler vorkommen, aber die von mir mitgeteilte offizielle Unfallstatistik zeigt, dass die Sicherheitsverhältnisse heute viel günstiger sind, als vor dem Krieg. Es darf auch nicht übersehen werden, dass bei diesen Unfällen das Gesetz der Serie eine sehr entscheidende Rolle spielt. Die Fahrer werden zu Hause gefragt und unsicher gemacht. So, wirkt, wie die Erfahrung lehrt, ein Strassenbahnunglück sich immer in einer gewissen Serie aus, bis dann wiederum Ruhe eintritt. (Lebhafter Beifall).

GR Daffinger (E. L.) kritisiert die Behandlung, die die Mitglieder der Minorität im Unternehmungsausschuss erfahren. Ihre Ausführungen werden bagatellisiert, ja Vizebürgermeister Emmerling ist sogar darüber ungehalten, wenn Mitglieder der Minorität im Ausschuss sachlich interpellieren. Diese Behandlung der Minoritätsausschussmitglieder seitens des Vizebürgermeisters Emmerling färbt auch auf die Referenten ab, die ebenfalls die Vorstellungen der Minoritätsmitglieder nicht ernst nehmen. Ein solches Benehmen hat sich auch der Strassenbahndirektor Ingenieur Spängler zurecht gelegt. Wir erklären, dass wir uns ein solches Benehmen nicht mehr länger gefallen lassen. Wir sitzen mit gleichen Pflichten und Rechten im Ausschuss und werden in Zukunft darauf achten, dass wir als gleichberechtigte Ausschussmitglieder behandelt werden. (Beifall bei der E. L.)

Der Antrag wird der Stras-
senbahndirektion ^{zur} gegenständsmässigen Behandlung zugewiesen.

Schluss der Sitzung 19:30 Uhr.

Eine Schubertstrasse der Gemeinde Wien. Die Gemeindeverwaltung veranstaltet bekanntlich anlässlich des hundertsten Todestages Franz Schuberts eine Reihe von künstlerischen Veranstaltungen und hat auch die Oberbürgermeister der reichsdeutschen Städte nach Wien eingeladen. Nach Franz Schubert ist in Wien nur eine kleine Gasse am Alsergrund benannt. Es soll nun der Kolowratring in Schuberttring umbenannt werden. Ein diesbezüglicher Antrag wird bereits vom Magistrat ausgearbeitet und in der kommenden Woche vom amtsführenden Stadtrat Linder dem zuständigen Gemeinderatsausschuss unterbreitet.

Festbeleuchtung des Rathauses. Aus Anlass der Republikfeier wird übermorgen Sonntag das Wiener Rathaus von 17:30 Uhr bis 20:30 Uhr und am Staatsfeiertag von 19 Uhr bis 20 Uhr festlich beleuchtet. Der Leuchtbrunnenauf dem Schwarzenbergplatz wird am Staatsfeiertag von 20 Uhr bis 21 Uhr seine prächtigen Wasserspiele zeigen.

Kein Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien. Einer Zeitungsmeldung zufolge soll die Gemeinde Wien seit längerer Zeit die Absicht haben, das Brauhaus zu verkaufen. Diese Meldung ist vollständig unrichtig. Es wurden auch keinerlei Verkaufsverhandlungen geführt und entbehrt die Nachricht jeder Grundlage.

Republikfeier der Gemeinde Wien. Anlässlich der Zehnjährbestandfeier der Republik hält der Wiener Gemeinderat morgen Samstag um 11:30 Uhr im Sitzungssaal des Gemeinderates eine Festsetzung ab. Die Festrede wird Bürgermeister Seitz halten.

Wien, am Samstag, den 10. November 1928

Festbeleuchtung des Rathauses. Zur Zehnjährfeier der Republik wird das Wiener Rathaus morgen Sonntag von 17'30 Uhr bis 20'30 Uhr und am Staatsfeiertag von 19 Uhr bis 20 Uhr festlich beleuchtet. Der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird am Staatsfeiertag von 20 Uhr bis 21 Uhr seine Wasserspiele zeigen.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für 1927. Bekanntlich hat der Wiener Stadtsenat gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss am vergangenen Montag die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 abgeführt. Die nächste gemeinsame Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses findet in der kommenden Woche am Dienstag um 16'30 Uhr statt. Beide Körperschaften werden die Spezialdebatte erledigen.

Treuhändige Verwaltung der städtischen Ziegel- und Granitwerke durch die Gesiba. Dem Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten wurde eine Vorlage des Magistrates unterbreitet, die die Uebergabe der unter Hoheitsverwaltung stehenden Gemeindebetriebe "Ziegelwerke Oberlaas und Wiener städtische Granitwerke Mauthausen" in die treuhändige Verwaltung der Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt (Gesiba) vorsieht. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Führung von Werken, die ohne Monopolcharakter sind und im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stehen, im Rahmen der Hoheitsverwaltung sich schwierig gestalten. Es sei in dieser Beziehung nur auf den schwerfälligen Apparat bei den Beschlussfassungen, verwiesen. Es empfiehlt sich daher diese beiden Betriebe, die gegenwärtig unter magistratischer Verwaltung stehen, in eine von den Schwierigkeiten einer Hoheitsverwaltung losgelösten kaufmännischen Geschäftsführung über zu leiten. Dies soll aber keineswegs in der Form eines Verkaufes oder einer Verpachtung geschehen, sondern lediglich durch eine treuhändige Verwaltung. Als eine für diese Form besonders geeignete Stelle muss die Gesiba bezeichnet werden. Diese hat sich in ihrer eigenen Geschäftsgebarung stets vollkommen bewährt und steht nach der Natur ihres Betriebes dem Baustoffunternehmungen nahe. Von sehr wesentlicher Bedeutung ist auch, dass an der Gesiba kein privates Kapital beteiligt ist. Die Anteile sind in Händen der Gemeinde und des Bundes, so dass private Gewinninteressen von vorneherein ausgeschlossen sind. Dies kommt auch im Uebereinkommen dadurch zum Ausdruck, dass die Gesiba nur eine sehr bescheidene Entschädigung für ihre Miheverwaltung beansprucht.

Die neue Form der Betriebsführung soll schon vom 1. Jänner 1929 an wirksam werden.

Der Widmungsstein für das städtische Stadion. Wie schon gemeldet, hat der Gemeinderat beschlossen, aus Anlass des zehnjährigen Bestandes der Republik ein grosses Stadion zu errichten. Diese Sportanlage wird im Prater gebaut werden. Dort findet am Montag, den 12. November um 3 Uhr nachmittags die Feier der Aufstellung eines Widmungssteines für das zu erbauende Stadion statt. Der Stein trägt die Widmung: "Der Jugend widmet ein Stadion die Gemeinde Wien zur Zehnten Jahresfeier der Republik. 12. November 1928." An der Feierlichkeit werden alle Gemeinderäte und Vertreter aller Wiener Sportorganisationen teilnehmen.

Strassenbahnfahrpreis am Staatsfeiertag und am 15. November. Am Staatsfeiertag wird der Sonntagsfahrpreis eingehoben werden. Am Donnerstag, den 15. November (Leopolditag) gelten die Werktagsfahrpreise. Am Staatsfeiertag können die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine, Arbeitslosenfahrtscheine und Schüleranweisungen nicht benützt werden. Am Leopolditag sind diese Fahrkarten mit Ausnahme der Schüleranweisungen gültig. Am Leopolditag dürfen auf der elektrischen Stadtbahn, so wie an Werktagen vom Betriebsbeginn bis 9 Uhr vormittags und von 4 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends, Hunde nicht befördert werden.

Republikfeier der Gemeinde Wien.

Festsitzung des Wiener Gemeinderates.

Der Wiener Gemeinderat hielt heute mittags anlässlich der Zehnjährfeier der Republik eine Festsitzung ab. Der Gemeinderatssitzungssaal zeigte feierliches Gepräge. Die Wände des Saales schmückten viele Fahnen in den Farben der Stadt Wien und der Republik. Vor und zu beiden Seiten des Gemeinderatspräsidiums war überaus reicher Blattpflanzenschmuck. Die Gemeinderäte waren vollzählig in dunkler Kleidung erschienen. An der Festsitzung nahmen auch die leitenden Beamten des Magistrates, die Direktoren und die leitenden Beamten der städtischen Unternehmungen teil. Alle Galerien des Hauses waren dicht gefüllt.

Nach halb zwölf Uhr betrat Bürgermeister Seitz mit den Vizebürgermeister Emmerling und Hoss das Präsidium. Der Bürgermeister eröffnete die Sitzung und führte aus:

In feierlicher Form ein frohes Fest zu feiern, das Fest des zehnjährigen Bestandes der Republik Deutschösterreich hat sich der Wiener Gemeinderat versammelt. Frohsinn und Ernst sind keine Gegensätze. Sowohl die internationale wie die nationale, insbesondere aber die wirtschaftliche Lage der Republik Deutschösterreich ist ernst und schwer, sie bereitet jedem, der verantwortlich ist, ja jedem einzelnen Staatsbürger schwere Sorgen. Aber einen Augenblick wollen wir uns erheben, einen Augenblick wollen wir die Sorgen und Lasten des Tages vergessen, einen Augenblick zurückschauen auf die zehn Jahre des Bestandes der Republik, auf diese zehn Jahre harter Arbeit und schwerer Qual, die aber doch auch zehn Jahre des Stolzes aller Bürger dieses Staates sind. Denn was in diesen zehn Jahren geleistet wurde, wird in der Geschichte ewig stehen und ewig bestehen. Es ist die ungeheure Leistung eines Volkes das sich aus den tiefsten Niederungen des Elends, der Not, der Entbehrung und des Hungers, aus der Sorge um das Stück Brot für den Menschen und um das Stück Stoff, mit dem er seine Kinder bekleiden kann, emporgerungen hat zu dem, was wir heute sind.

Aus Not und Tod ist die Republik Deutschösterreich erstanden. Ein altes, grosses, mächtiges Reich, in sechs Jahrhunderten geworden, ward nach vier Jahren eines furchtbaren Krieges zerstört; eine grosse Armee war auf den Schlachtfeldern in Nord und Süd, in Ost und West zusammengebrochen; das einzige Bindemittel, das den Nationalitätenstaat zwangsweise zusammengehalten hatte, war nicht mehr, jede Nation war auf sich selbst gestellt und jedem einzelnen Volk erstand die Pflicht, im Rahmen der Grenzen die ihm die Macht der Sieger auferlegte, für sich selbst zu sorgen. So war auch das Volk Deutschösterreichs vor die schwerste Aufgabe gestellt, für den Tag die Lebensnotdurft zu befriedigen und für die Zukunft seine Staatsform zu bestimmen. Monarchie oder Republik, Einzelherrschaft oder Volksherrschaft, das war die Frage. Die grosse Lüge der konstitutionellen Monarchie, ihr innerer logischer Widerspruch lag offen zutage. Ein Föderstrich eines Monarchen hatte genügt, um das Schicksal eines grossen Reiches zu bestimmen und das Schicksal aller seiner Bürger, ein Föderstrich, sein Not und Tod und Krankheit zu stossen. Man hatte 1918 in der Stunde der schwersten Entscheidung über die Zukunft des Staates und aller seiner Bürger das Parlament, die Landtage, die Gemeindevertretungen davongejagt.

Der Absolutismus hatte gesiegt. Die Verfassung der konstitutionellen Monarchie stand nur mehr auf dem Papier, die innere Lüge des Konstitutionalismus war erwiesen. Nur absolute Monarchie oder Republik, das war die Frage. Die Entscheidung schien nicht schwer zu sein, aber trotzdem fanden sich noch in der provisorischen Nationalversammlung, die am 21. Oktober 1918 tagte, nicht wenige Stimmen für die Monarchie. Der Politiker, dem Politik Beruf ist, beurteilt jedes Ereignis vom Standpunkt seines politischen Systems, einem Niederschlag seiner Weltanschauung, seiner ökonomischen, philosophischen und Rechtsauffassungen. Insbesondere die führenden Männer eines so konservativen Staates, wie es das alte Oesterreich war, können neue Gedanken nicht leicht apperzipieren, nicht leicht in ihr System einreihen. Aber in wenigen Wochen war eine Ueberzeugung allgemein und am 12. Novem-

ber 1918 beschloss die Nationalversammlung einstimmig: "Deutschösterreich ist eine Republik. Alle Gewalt geht vom Volke aus". Tausende und Abertausende umstanden das Parlament. Mit jubelnder Begeisterung hörten sie die neue Botschaft, einer besseren Zukunft entgegenhoffend, jubelnd begrüssten sie die Erklärung der Präsidenten des Nationalrates, dass Oesterreich nun ein freier Staat sei. Allen voran hatte das Volk von Wien bestimmend im Sinne dieser Entscheidung gewirkt, das gequälte, darbenle, hungerrnde Wien hatte in staunenswerter Lebenskraft und mit unbeugsamen Willen sein Schicksal selbst bestimmt. Allen halben meinte man, es müsse nun rasch und in schneller Folge die bessere Zeit kommen, niemand unter den Massen war sich der ungeheuren Schwierigkeiten bewusst, die unserer harrten. Noch kannte man nicht das Schicksal unserer Brüder in den Sudetenländern und in Südtirol; noch wusste niemand, was dem Sieger beliebt werden würde, uns als Diktat in der Form eines Friedensvertrages aufzuerlegen; noch hatte man nicht klar erkannt, welche ungeheure Schwierigkeiten die Umstellung der Industrie und des Gewerbes für die Friedensproduktion, die Wiederherstellung der devastierten Landwirtschaft bringen werden, welche Hemmnisse sich infolge der Absperrung aller neugegründeten Staaten dem Handel und dem Verkehr entgegenstellen werden; noch kannte man nicht die fast unlöslichen Aufgaben, vor denen vor allem die damalige Regierung und das damalige Parlament standen. Dass es gelungen ist, sie zu bewältigen, dass es gelungen ist, den ursprünglichen Text des sogenannten Friedensvertrages, der unerträglich gewesen wäre, doch so umzugestalten, dass er wenigstens die jetzige Form erhielt, dass es gelungen ist, die Menschen wieder aufzubauen, die Wirtschaft wieder herzustellen, die Verwaltung neu einzurichten und jenes dürftige Mass von Volkswohlfahrt zu schaffen, das wir heute geniessen, dass alles ist ein einziges grosses Werk, das ist das Werk der Bürger Deutschösterreichs, zu dem jeder nach seiner Art beigetragen hat, auf das wir alle mit Stolz und Freude zurückblicken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Das erste und notwendigste war der Aufbau des kostbarsten Gutes, das im Krieg am schwersten gelitten hatte, der Aufbau des Menschen! Leuchtend steht vor uns die Gestalt des Staatssekretärs Ferdinand Hanusch und das Gebäude seiner Sozialpolitik mit Achtstundentag und Arbeitslosenversicherung. Mit Stolz sehen wir auf die Arbeit zurück, die man unter dem Sammelbegriff der Schulreform bezeichnet. Sie wird von allen Parteien ohne Unterschied, wenn auch je nach den Weltanschauungen verschieden geformt, dennoch in ihren grundsätzlichen Aufbau anerkannt und mit Hingebung und Kraft durchgeführt. Blicken wir auf das umfassende Werk der Jugendfürsorge, insbesondere in Wien, das unseren Kindern, den Trägern einer besseren Zukunft des Volkes alles zu bieten hat, was sie einst befähigen wird, ihrer grossen Aufgabe gerecht zu werden.

Was immer in der Republik Gutes geschehen ist, die Stadt Wien hat in Treue mitgehalten. In jedem Augenblick waren wir uns der Pflichten gegen den Staat, der Treue zum Volk der Alpenländer bewusst. Es gab nicht wenig Verlockungen für Wien. Erinnern wir uns der Zeiten, da man sagte, Wien solle ein freies Emporium werden, ein Staat für sich, wie es im Laufe der Geschichte ja manche deutschen Städte waren. Es kam die Verlockung, aus Wien einen internationalen, politisch unabhängigen Freihafen zu machen; aber Wien hat den Alpenländern Treue gehalten und selbst Erscheinungen der Aversion - erinnern wir uns des peinlichen Wortes vom Wasserkopf - konnten uns nicht umstimmen. Die Stadt Wien ist in allen Zeiten der Not treu zu den Alpenländern gestanden. Sie hat von dem wenigen, das wir haben, an den Bund und die Länder abgegeben, damit auch sie ihren kulturellen Aufgaben gerecht werden können. Und wie dem deutschen Volk der Alpenländer, so haben wir auch Treue gehalten dem deutschen Reich in allen Zeiten der schweren Demütigung, die ihm beschieden waren (Stürmischer Beifall und Händeklatschen). Und mit Jubel den grossen Gedanken begrüsst, Deutschösterreich anzuschliessen und einzureihen in das deutsche Mutterland. (Neuerlicher stürmischer Beifall und Händeklatschen). Keine Sekunde haben wir an unserer Treue geschwankt. Wir haben - und das ist ja bei einer Grossstadt ganz selbstverständlich - die schwersten Lasten an Zöllen und Steuern getragen, um für die Gesamtheit und jedes Land das aufzubringen, was es zu seiner Entwicklung braucht. So werden wir immer der Republik Deutschösterreich die Treue halten. In guten und schlimmen Tagen zur Republik stehen, die der Stadt Wien die Reichsunmittelbarkeit gebracht und sie zur Stellung und Würde eines Landes erhoben hat. (Stürmischer Beifall).

Zweiter Bogen.

Das grosse Werk, das in Wien und in der Republik geschaffen wurde, ist nicht das Werk eines Einzelnen und kein Lebender soll dafür gerühmt werden. In freiem und gleichem Wahlrecht wurden alle Männer und Frauen gerufen, in der Republik und hier in der Stadt aufzubauen, und wenn es meinem Vorgänger Jakob Reumann -einen Toten darf ich wohl ehrend erwähnen- im Verein mit den Stadträten, den Gemeinderäten und dem ganzen Volke von Wien gelungen ist, diese Stadt wieder herzustellen und ihr neue Wege für die Zukunft zu weisen, konnte das nur ein Werk der Demokratie, der reinen ungetrübten Volksherrschaft sein. Das Volk Deutschösterreichs wird auch künftighin niemanden untertan sein als sich selbst.

In zwei Formen äussert sich vor allem das schwere Unrecht, das Deutschösterreich durch die Friedensverträge angetan wurde. Erstens darin, dass man dieses kleine Volk von sechs Millionen zwangsläufig zum Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie gemacht und auf diese kleine Gruppe von sechs Millionen alten Hass geladen hat, der in der Welt nach dem Kriege wirkte, dass man diesem kleinen Volke auch alle Schuld für den Krieg aufgebürdet hat. Die Stadt Wien ist am Krieg wohl am wenigsten schuld. Das Volk von Wien vor allem war immer friedenswillig und friedensfreudig und es ist das schwerste Unrecht der Weltgeschichte, dass dieser Stadt und diesem kleinen Volk von sechs Millionen eine solche Last aufgebürdet wird. Das zweite grosse, schwere Unrecht ist, dass man Deutschösterreich des primitivsten Rechtes jedes Volkes, seines Selbstbestimmungsrechtes beraubt. (Lebhafte Zustimmung). Wir werden diese beiden Lasten tragen, wir werden ertragen, dass wir die Erben, die mit der Schuld beladenen Erben des alten Oesterreich-Ungarn genannt werden und wir werden ertragen, dass man uns unseres primitivsten Rechtes, des Selbstbestimmungsrechtes beraubt. Aber wir werden nicht aufhören, gegen dieses Unrecht zu protestieren und an alle Völker der Welt zu appellieren, Deutschösterreich seine Freiheit zu geben. Wir werden nicht ermüden, die Welt für unseren Kampf ums Recht aufzurufen. Und wir werden nicht Ruhe geben, bis das Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs hergestellt ist, bis es in freiem Entschliessen über seine Zukunft entscheiden kann, vor allem auch in der Frage, ob es allein bestehen kann oder sich anschliessen will an das grosse Brudervolk, ergehen will in das grosse deutsche Mutterland. (Stürmischer, langanhaltender Beifall). Bis dahin wollen wir unsere Pflicht erfüllen und des Tages Arbeit leisten. Jeder, der vom Volk berufen ist, und vor allem wir, die wir Wien dienen wollen, werden uns bemühen, so zu verwalten und auch die Republik so zu gestalten, dass zumindest kein begabtes Kind und kein begabter Mensch verhindert wird, jene physische und geistige Ausbildung zu nehmen, zu der er nach seinen Anlagen berufen ist; dass kein arbeitender Bürger von der Sorge um seine Zukunft im Alter gequält wird, dass kein arbeitsfroher Mensch verhindert wird, an der gesellschaftlichen Arbeit teilzunehmen und die Früchte seiner Arbeit zu geniessen, dass das schrecklichste Gespenst unserer Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit gebannt werde. Wenn wir es dahin bringen, dass Kind und Greis geschützt sind, dass der Mann und die Frau der Arbeit die Möglichkeit haben, in ihrem Beruf zu leben, zu wirken und die Früchte ihrer Arbeit zu geniessen, dann ist uns um unsere Zukunft nicht bange. Dann werden wir, ein freies Volk, in Freiheit und Gleichheit diese Republik erhalten, bis bessere Zeiten kommen. In Liebe und Treue stehen wir zur Republik. Wir werden sie - wenn es sein müsste - mit allen Mitteln verteidigen, wie wir sie in Zeiten der Not gebaut haben; wir werden in Treue stehen zur Demokratie, derart kein Kulturvolk entbehren kann, wenn es eine neue Gesellschaft aufbauen will, eine Gesellschaft der Arbeit.

der Wohlfahrt und des Glückes aller. (Stürmischer Beifall).

Männer und Frauen des Wiener Gemeinderates! (Das Haus erhebt sich) Ihr seid die vom Volk Berufenen, das Schicksal dieser Stadt zu bestimmen. Haltet fest an dem, was das Volk errungen hat, an seiner Freiheit und Gleichheit, Männer und Frauen der Stadt! Gelöben wir uns in dieser feierlichen Stunde, in Treue und Liebe unserer Stadt zu dienen, in Treue und Liebe zur Republik Deutschösterreich zu stehen und ihr zu dienen, bis uns einst ein besseres Schicksal beschieden ist. Gelöben wir einander in dieser feierlichen Stunde, ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied des Standes Mann und Frau in Treue zusammenzustehen und in schlimmster Zeit zusammenzuhalten um uns eine bessere Zukunft zu erringen. Gelöben wir neuerlich Treue der demokratischen Stadt Wien und Treue der Republik Deutschösterreich. Die Stadt Wien, die freie Stadt, die Republik Deutschösterreich sie leben Hoch! Hoch! Hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert in die Hochrufe auf die Stadt Wien und die Republik ein).

Wien, am Sonntag, den 12. November 1928

Das Stadion der Gemeinde WienFeierliche Enthüllung des Widmungssteines.

Heute nachmittags wurde der von der Gemeinde Wien aufgestellte Widmungsstein für das städtische Stadion im Prater feierlich enthüllt. An der Feier nahmen teil: Bundespräsident Dr. Hainisch, Bürgermeister Seitz mit den Vizebürgermeistern Emmerling und Hogg, in Vertretung des Bundesministers Dr. Reis, Hofrat Dr. Foramitti, die Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg, Hellmann und Zimmerl, Präsident Glöckel, der Präsident der Wiener Arbeiterkammer Nationalrat Domes, die amtsführenden Stadträte Breitner, Kokrda, Linder und Professor Dr. Tandler, viele Nationalräte und Gemeinderäte, die Bezirksvertretung Leopoldstadt mit Bezirksvorsteher Berdizower, Abordnungen aller grossen Wiener Sportverbände und viele andre Festgäste.

Einige Minuten nach drei Uhr traf unter den Klängen der Bundeshymne Bundespräsident Dr. Hainisch auf dem Festplatz ein. Der Arbeitergesangsverein "Elektra" trug dann unter Leitung des Chorleiters Kolbe den Festgesang von Beethoven "An das Leben" vor, worauf Bezirksvorsteher Berdizower die Festgäste begrüßte und der Gemeindeverwaltung den Dank namens der Praterhüttenbesitzer und der Leopoldstädter Gewerbetreibenden und Kaufleute für die Errichtung des Stadions im Prater übermittelte. Ganz Wien dankt dem Gemeinderat für den Beschluss des Baues eines Stadions, das im Zeichen der körperlichen Erziehung unserer Jugend allen sportlichen Kreisen die sportliche Befriedigung gewähren soll.

Mit lautem Beifall begrüßt, führte nun amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler aus: Der Zusammenbruch der körperlichen und geistigen Güter nach dem Krieg hat jeder Organisationsform der menschlichen Gesellschaft die Pflicht auferlegt, für die Aufforstung der menschlichen Gesellschaft neuerdings zu sorgen. War früher die Körperpflege eine Angelegenheit weniger Bevorzugter, so ist sie heute Gemeingut geworden. Es ist deshalb selbstverständlich, dass die Gemeinde Wien alles daransetzt, die Menschen auch körperlich zu kräftigen, die Schäden des Krieges nach Möglichkeit gut zu machen. Unser Ziel ist die körperliche Erziehung unserer Jugend. Aber weit hinter uns im wesentlichen Schein bleibe Sportfexentum. Wir wollen hier eine grosse Kampfbahn, ein Stadion errichten, das dem Körpersport in allen seinen Formen dienen wird. Es wurde lange ersöhnt und in dem Moment der Verwirklichung selbstverständlich benörgelt (Heiterkeit). Wir gehen trotzdem daran dieses Werk zu schaffen. Es soll vor allem der Jugend gehören, gleichgültig welcher Weltanschauung sie angehört. Alle die kommen wollen, um ihre Kraft und Geschmeidigkeit im edlen Wettkampf zu prüfen, werden willkommen sein. Aber nicht nur um eine Kampfbahn handelt es sich hier, sondern auch darum, zu den wenigen Spielplätzen, die wir haben, einen neuen hinzuzufügen. Die Stadtverwaltung wird dieses schöne Werk für die Jugend unseres Volkes vollbringen und damit der Körperkultur der breiten Massen neue Möglichkeiten erschliessen (Stürmischer Beifall).

Die Musikkapelle intonierte nun den Stadionmarsch von L. Siede, worauf die Hülle von dem Stein fiel, der auf dem der Prater Hauptallee zugekehrten Seite die Widmung trägt: Der Jugend widmet ein Stadion die Gemeinde Wien zur Zehnten Jahresfeier der Republik. 12. November 1928.

Mit Hochrufen empfangen bestieg der Bundespräsident die Rednertribüne. Bundespräsident Dr. Hainisch würdigte zunächst die grosse Bedeutung der körperlichen Erziehung. Ich habe mich, sagte der Bundespräsident schon vor vielen Jahren bemüht, in Wien freie Plätze zu finden, die der Erziehung der Jugend dienen sollten. Meine Bemühungen waren leider immer umsonst. War irgendwo ein freier Platz, wurden auf ihn nach kapitalistischen Grundsätzen Wohnhäuser mit kleinen Höfen und kleinem Luftraum erbaut. Ich beglückwünsche die Wiener Gemeindeverwaltung, dass sie mit dieser kapitalistischen Auffassung gebrochen hat. Für Wien ist die Errichtung eines Stadions eine dringende Notwendigkeit und ich hoffe und wünsche, dass dieses Werk der Gemeinde Wien von einem vollem Erfolg gekrönt werde. (Lebhafter Beifall).

Lebhaft begrüßt, dankte Bürgermeister Seitz dem Bundespräsidenten für das Erscheinen. Bundespräsident Dr. Hainisch, sagte der Bürgermeister hat schon in/alten Zeiten der finsternen Mächte grosses Verständnis bewiesen für Sozialpolitik, für Bildung und Erziehung unserer Jugend. Auch in den schweren Jahren seiner Amtsführung hat er dieses Verständnis bewahrt. Wir danken ihm, dass er auch heute am Festtag der Republik zu uns gekommen ist, um den Beginn eines Werkes zu feiern, das der körperlichen Erziehung unserer Jugend gewidmet ist. Dieses Werk wird in Wien errichtet. Ich will deshalb ein wienerisches Wort gebrauchen und sagen: Da etwas gemacht wird, muss natürlich auch genörgelt werden. (Zustimmung). Das ist auch schon unter Prix und Lueger so gewesen. Die Wiener sind eben ein Volk, das sich für eine Sache sehr begeistern kann, sie aber vorher ernstlich prüft und dann erst entscheidet. Was wendet man gegen dieses Werk ein? Es wird ein grosser Betrag dafür aufgewendet und arme Leute sollen nicht Luxus treiben. Wir sagen dagegen, dass dieser Aufwand für eine schöne und nützliche Sache reiche Zinsen bringen wird. Wien ist heute schon eine Honoresstadt; in Zukunft werden auch viele ausländische Sportkämpfe hier ausgetragen werden. Es wird dadurch auch fremdes Kapital nach Wien kommen. Durch diese Veranstaltungen werden wir den Namen unserer Stadt in der Welt wieder etwas mehr bekanntmachen. Auch gegen die Errichtung des Stadions im Prater werden Einwände erhoben. Wir haben lange gesucht und nunmehr diesen Platz gefunden. Wir werden alles tun, um möglichst jeden Baum zu erhalten. Aber der Prater darf nicht nur ein Ort missiger Zerstreuungen sein, sondern er muss auch dem Wohl unserer Jugend, unserer Zukunft dienen. (Stürmischer Beifall)

Der Bürgermeister dankt dann dem amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler und allen Mitarbeitern. Das Stadion werde keiner Partei dienen. Niemand werde ausgeschlossen. Das Werk werde allen Wienern gehören, vor allem aber der Jugend, die in Schönheit und Kraft gedeihen möge. (Stürmischer Beifall).

Mit einem dreifachen Hoch auf die Republik, in das die Festgäste begeistert einstimmten, schloss Bürgermeister Seitz seine Rede.

Die Musikkapelle beschloss die Feier mit der Bundeshymne.

Republikfeiern der Wiener Gemeindegewache. Aus Anlass der Zehnjahresfeier der Republik veranstaltete die Wiener Gemeindegewache heute vormittags in ihren beiden Kasernen in Favoriten und auf dem Alsergrund Republikfeiern. Sie wurden in den Kasernenhöfen abgehalten, die mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien und der Republik geschmückt waren. In längerer Rede feierte amtsführender Stadtrat Linder den Zehnjahrestag der Republik. Auf die Bedeutung der Wiener Gemeindegewache verweisend, sagte Stadtrat Linder, dass sie das volle Vertrauen der Wiener Bevölkerung geniesse. Die Wiener sehen in der Gemeindegewache Organe, die ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Wiener Gemeinderat. In der kommenden Woche findet keine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt.

Spende. Die Elternvereinigung an der städtischen Volksschule für Knaben in der Grasgasse in Mariahilf hat der Schule ein Epidiaskop gespendet. Der Bürgermeister hat den Spendern den Dank ausgesprochen.

Schweinemarkt St. Marx. In der kommenden Woche wird der Schweinemarkt in St. Marx am Mittwoch nicht wie sonst von 9 Uhr bis 14 Uhr, sondern von 8 Uhr bis 13 Uhr abgehalten.

Wien, am Dienstag, den 13. November 1928

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für 1927: Wie schon gemeldet, haben am Montag voriger Woche der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss in gemeinsamer Beratung die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 abgeführt. Die gemeinsame Beratung wurde heute wieder aufgenommen. In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform und über die Verwaltungsgruppe Finanzwesen nahmen die Stadträte Kunschak, Dr. Alma Motzko und Rummelhardt und die Gemeinderäte Angermayer, Binder und Zimmerl das Wort. Nach dem Schlussworten der amtsführenden Stadträte Breitner und Speiser wurden die Positionen der beiden Verwaltungsgruppen angenommen. Die nächste gemeinsame Sitzung des Wiener Stadtsenates und des städtischen Finanzausschusses findet morgen Mittwoch um 16:30 Uhr statt.

Goldene Hochzeiten. In der vorigen Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Hyronymus und Anna Harsch, Adalbert und Marie Jakl, Josef und Marie Mai, Anton und Marie Kling, Wenzel und Anna Pipal und Alois und Emilie Ronzoni anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in Meidling die Michael Bernardgasse, Roesnergasse, der Migazziplatz und die Klährgasse, in Hietzing und Fünfhaus die Schanzstrasse, der Sporkplatz, Possingergasse, Foschgasse und der Akkonplatz, in Ottakring und Hernals die Hellgasse, Weissgasse, der Parhamerplatz und schliesslich die Röntgenstrasse mit elektrischer Strassenbeleuchtung ausgestattet.

200. Wiederkehr von Lessings Geburtstag. Am 22. Jänner 1929 feiert das deutsche Volk die 200. Wiederkehr von Lessings Geburtstag. Das Wiener Schulwesen wird an diesem Tage nicht achtlos vorübergehen und insbesondere die mittleren Lehranstalten werden diesen Anlass benützen, um die Gestalt und die Bedeutung Lessings der Jugend nahe zu bringen. Der Stadtschulrat für Wien hat an alle mittleren Lehranstalten einen Erlass gerichtet, in dem die Lehranstalten aufgefordert werden, Lessingfeiern zu veranstalten, an denen die Schüler selbst mitwirken sollen.

Republikfeier der Wiener Lehrlingsheime. Gegenwärtig sind etwa 600 Lehrlinge und Lehrlingmädchen in sechs Lehrlingsheimen der Gemeinde Wien und des Wiener Fortbildungsschulrates untergebracht. Diese feierten Samstag abends im Festsaal der Zweiten Wiener Fortbildungsschule den zehnten Jahrestag der Republik. Nach dem Vortrag der Bundeshymne und nach Rezitationen freiheitlicher Gedichte würdigte der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion August Marianek die Bedeutung des Festtages der Republik, der die arbeitende Jugend viele Begünstigungen verdankt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Republik wurde die imposante Feier beendet.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Kommenden Freitag beginnt in der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, ein rhythmisch-gymnastischer Kurs für Frauen und Mädchen. Die Leitung hat Dr. Stephanie Endres inne. Der Kurs wird um 6 Uhr abends abgehalten. Einschreibungen und Einzahlungen werden eine halbe Stunde früher entgegengenommen.

Wien, am Mittwoch, den 14. November 1928

Festversammlung des Städtebundes Anlässlich des Besuches der Oberbürgermeister der Deutschen Städte in Wien, die als Gäste der Stadt Wien an der Schubertzentenariofeier teilnehmen, hält morgen Donnerstag der Deutsch-österreichische Städtebund im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates um halb zwölf Uhr vormittags eine Festsitzung ab. Die Begrüßungsansprache wird Bürgermeister Seitz halten.

Erweiterung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Das im Jahre 1923 gegründete Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum unterhält in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses eine ständige Ausstellung, die zahlreich besucht wird. Das Museum dient nach der sogenannten Wiener Methode, der einheitlichen statistischen Darstellung, der sozialen und insbesondere der sozialhygienischen Aufklärung. Das Museum steht als modernes Volksbildungsinstitut auf dem Boden der Wiener Schulreform. Viel Schüler besuchen unter Führung der Lehrer seine Sammlungen. Zahlreiche Ausländer, die Wien besuchen, besichtigen das Museum als eigenartiges Volksbildungsmittel auch zur Orientierung über Österreich, Wien und dessen soziale Einrichtungen. Die Ausstellung hat in der letzten Zeit eine wertvolle Erweiterung erfahren, insbesondere auf dem Gebiete der Weltwirtschaft. Die neuen Ausstellungstafeln werden morgen anlässlich des Besuches der Oberbürgermeister Deutscher Städte in Wien der Öffentlichkeit übergeben.

Auffahrt der städtischen Feuerwehr vor dem Rathaus. Anlässlich des Besuches der Oberbürgermeister der deutschen Grosstädte während der Schubertzentenariofeier der Stadt Wien findet am kommenden Samstag um 15 Uhr eine Auffahrt eines Feuerwehrzuges der Wiener städtischen Berufsfeuerwehr auf dem Rathausplatz statt. Nach Begrüßung der Gäste durch den amtsführenden Stadtrat Linder, werden verschiedene Gerätetypen der städtischen Feuerwehr, wie sie in den einzelnen Zügen eingeteilt sind, unter der Leitung des Branddirektors Ingenieur Wagner vor den Gästen defilieren.

Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Wegen Gleisarbeiten in der Invalidenstrasse und Ungargasse wird die Bahnhofrundlinie in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag und vom Freitag auf Samstag in beiden Fahrtrichtungen vom Wiedener Gürtel (Südbahnhof) über die Prinz Eugenstrasse-Schwarzenbergplatz Stubenring-Aspernplatz und Uraniastrasse zur Radetzkystrasse geführt.

Kraftwagenverkehr in der Hauptallee. Der Wiener Magistrat hat eine Kundmachung erlassen, die den Kraftfahrzeug- und Fahrradverkehr in der Prater-Hauptallee regelt. Das Befahren der Prater Hauptallee mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern ist zwischen dem Praterstern und der Einmündung der Lusthausstrasse verboten. Ausgenommen davon sind nur Elektromobile und Rettungsfahrzeuge bei Hilfsaktionen. Die Prater Hauptallee darf mit Kraftfahrzeugen nur an der Kreuzung Schlachthausbrückenallee-Maisereistrasse, mit Fahrrädern nur an den Kreuzungen im Zuge der Rustenschacherallee, Rotunden- und Schlachthausbrückenallee sowie bei der Einmündung der Lusthausstrasse überquert werden. Der für den Verkehr von Kraftfahrzeugen freigegebene Teil der Prater Hauptallee zwischen der Lusthausstrasse und dem Lusthaus darf von Nutzkraftwagen und Fahrrädern nicht befahren werden. Auch ist in der ganzen Hauptallee das Schieben von Fahrrädern verboten.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien 1927. Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss setzten heute in gemeinsamer Sitzung die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 fort. Zur Verhandlung gelangte die Verwaltungsgruppe "Wohlfahrts-einrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen". In der Debatte nahmen Vizebürgermeister Hoss, die Stadträte Kunschak, Dr. Motzko und Rummelhardt und die Gemeinderäte Binder, Angermayer und Übelhör das Wort. Nach dem Schlusswort des amtsführenden Stadtrats Professor Dr. Tandler wurden die Positionen der Verwaltungsgruppe II. angenommen.

Wien, am Donnerstag, den 15. November 1928

Schubertzentenarfeier der Stadt Wien.Festversammlung des Deutschösterreichischen Städtebundes.

Den Auftakt zur Schubertzentenarfeier der Stadt Wien vom 15. bis 19. November 1928 bildete die heutige Festversammlung des Deutschösterreichischen Städtebundes im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates im Neuen Rathaus. Bekanntlich hat die Stadt Wien die Oberbürgermeister der deutschen Städte eingeladen, als Gäste der Stadt Wien an den Feierlichkeiten der Schubertzentenarfeier der Stadt Wien teilzunehmen. An der heutigen Festversammlung des Deutschösterreichischen Städtebundes, die um halb zwölf Uhr mittags im Gemeinderatssitzungssaale stattfand, nahmen unter anderen die bisher eingetroffenen deutschen Gäste Dr. Rothe, Oberbürgermeister von Leipzig, der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main Dr. Landmann, der Oberbürgermeister von Stuttgart Dr. Lautenschlager, Dr. Luppe, Oberbürgermeister von Nürnberg und der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Heimerich. Der Gemeinderatssitzungssaal war überaus festlich geschmückt. Schwarzrotgoldene Flaggen sowie Fahnen in den Farben Wiens und der Österreichischen Republik schmückten seine Wände. Kurz nach halb zwölf Uhr mittags betraten Bürgermeister Seitz mit den Obmannstellvertretern des Deutschösterreichischen Städtebundes Vizebürgermeister Emmerling und Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt) die Präsidentenestrade. Nach Vortrag der Österreichischen Bundeshymne hielt Bürgermeister Seitz folgende Begrüßungsansprache:

"Es ist ein seltenes Fest, das wir feiern, und der Deutschösterreichische Städtetag hat mit Recht diese seine heutige Sitzung als Festtagung bezeichnet. Wir geniessen das erstemal die Freude, Oberbürgermeister aus dem Deutschen Reich, die anlässlich der Schubertzentenarfeier nach Wien gekommen sind, in unserer Mitte zu begrüßen. (Beifall). Schon heute sind mehrere von ihnen erschienen und es werden in den nächsten Tagen die anderen kommen. Sie, die heute Erschienenen und die Kommenden, will ich versichern, dass ganz Wien ohne Unterschied der Partei und des Standes, das ganze Volk von Wien, sie herzlichst willkommen heisst. (Beifall).

Es ist das erstemal, dass sich deutsche Gemeindeverwalter aus dem Reich und solche aus ganz Oesterreich zusammenfinden, um auch in geblühendem Verkehr nähere Beziehungen herzustellen. Die Zeit ist für uns alle schwer; wir leben in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression und der politischen Trübsal; aber das deutsche Volk wird diese Zeit überstehen. Wir haben in den letzten Jahren gelernt, ein hartes Schicksal zu ertragen, uns in ein hartes Schicksal zu fügen, die Deutschen im Reich, die Deutschen in Oesterreich und die Deutschen, die unter Fremdherrschaft in fremden Staaten leben. Aber nicht in der Freude, nicht im Sieg, nicht im Erfolg zeigt sich die innere Kraft und Grösse des Einzelnen oder eines Volkes, sondern in Zeiten schwerer Schicksalsschläge; im Ertragen, ohne sich zu unterwerfen, im Ertragen ohne Demut und im Ertragen mit mannhafter Kraft, mit innerem Stolz, mit Widerstandsfähigkeit, mit der Hoffnung auf die Zukunft, darin zeigt sich die Grösse eines Volkes! Wir können mit Stolz sagen, dass unser Volk im Jahrzehnt eines Ertragens und eines ehernen Schicksals, wo immer es lebt und schafft, sich als ungebroschen erwiesen hat. Das hebt unsere Hoffnung für die Zukunft, das ist es, woraus wir die Sicherheit schöpfen und ableiten, dass wir einst besseren Tagen entgegengehen werden.

Diese Bekundung unserer Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Politik, der Wissenschaft und der Kunst, sie ex, hebt ^{unser} aller Herz. Wo Deutsche im eigenen Staat in Freiheit leben, wie draussen im Reich und bei uns in Oesterreich, haben wir eine Staatsform gewählt, die unserem Wesen entspricht, die das ganze Volk ruft zur Gesetzgebung, zur Verwaltung, zu gemeinsamen Zusammenwirken als Gleiche unter Gleichen beruft. In harter Arbeit bauen wir unsere Wirtschaft

wieder auf, pflegen wir den reichen Schatz deutscher Wissenschaft und Kunst, der auch internationalen Wert hat. Das deutsche Volk in seiner Kultur, seiner Wirtschaft kann nicht vernichtet werden. Wir arbeiten in harter Mühsal.

Wir schaffen, um wieder herzustellen, um aufzubauen, was vernichtet wurde, um uns wieder zu erheben; aber in den wenigen Stunden der Muse unterlässt es kein Deutscher, heimzukommen zu den eigentlichen Grössen seines Volkes, versagt es sich kein Deutscher, zu seinen Dichtern zu gehen, die Werke der darstellenden Kunst, die Werke der bildenden Kunst zu schauen, sich in das Reich der Töne zu schwingen, sich zu erheben und den inneren Menschen aufzubauen, seinen Idealismus, seine Freude am Leben zu gewinnen, dieser Quell der Kraft, die uns befähigt, harte Arbeit in schwerer Zeit zu leisten. Deshalb ehren wir auch unsere Grossen im Reich des Geistes und im Reich der Kunst, und es war ganz selbstverständlich, dass wir dieses Jahr benützen, um Schubert zu feiern, den Meister der Töne, der den Ruhm des Deutschen Volkes in alle Welt getragen hat, vor dem sich alle Welt beugt. Wir feiern Schubert in einem Zyklus. Wir haben im Frühjahr eine Zentenarausstellung veranstaltet, um die ganze Zeit, in der Schubert lebte, darzustellen. Wir haben sein Werden dargestellt, des armen Schulmeistersohnes aus dem Lichtenthal; wir haben seine arme Jugend, sein armes Leben geschildert und seine Werke. Choraufführungen, Serenaden, Konzerte, aber auch kleine Veranstaltungen, die wir den Jüngsten unserer Jugend in den Schulen boten, brachten Schuberts Werk den Massen näher. Dann kam im Sommer dieses Jahres das Deutsche Sängerfest, eine einzige grosse Huldigung für den Meister der Töne; es war aber auch mehr als das. Und wenn auch unsere Festversammlung ^{nicht} mit berufen ist, ein politisches Wort zu sagen, das können wir nicht verschweigen:

Der Besuch Hunderttausender deutscher Sänger, Hunderttausender Männer und Frauen aus dem Deutschen Reich hier in der alten deutschen Stadt Wien, dem Bollwerk deutscher Kultur nach dem Osten hin, diese Zusammenkunft von Deutschen aus allen Weltteilen und von allen Gauen deutschen Bodens, sie war eine einzige grosse Manifestation für die Einheit des deutschen Volkes, für seine Lebenskraft, seine Zukunftshoffnung, eine grosse Demonstration für unseren entschlossenen Willen, ein einiges Deutschland aufzubauen inmitten von Europa. (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Und nun in diesem Monat, in dem Schubert vor einem Jahrhundert in jungen Jahren seine Augen schloss, kommen wir zum letzten Teil dieser Feier, zu einer grossen Huldigung für den grossen Meister. Dazu haben sich die Vertreter deutscher Städte, Oberbürgermeister, eingefunden, die mit uns an dieser Huldigung für einen der Grossen unseres Volkes teilnehmen wollen. Da erinnert an ein Ereignis, das sich vor nicht vielen Jahren in Wien vollzogen hat. Es kamen damals deutsche Fürsten nach Wien, um dem Herrscher dieses Reiches gelegentlich eines Jubiläums zu huldigen. Heute kommen gewählte Männer des Volkes zu uns, nicht um einem Sterblichen zu huldigen, sondern einem Unsterblichen, nicht um Vergängliches zu preisen, sondern Unvergängliches. Sie kommen zu uns, um mit uns den grossen, unsterblichen Schubert zu huldigen, ja noch mehr: dem Unvergänglichen der deutschen Kunst. Dass Sie gekommen sind, dafür danken wir ihnen als Wiener vom ganzen Herzen. Wir Wiener sehen überhaupt Fremde gern und sie sind uns immer willkommen. Aber wenn Deutsche aus dem Reich zu uns kommen, dann - verzeihen Sie, meine Herren, wenn ich fast sentimental werde - gehen uns die Herzen auf, dann freuen wir uns doppelt. Wo immer Sie in Wien hinkommen werden bei Ihren Besichtigungen oder im Schlendern durch die Stadt, immer werden Sie herzlich willkommen sein werden Sie die Freude sehen ob dieser Manifestation unserer Einheit, unserer Stammesbrüderschaft, unserer Liebe zur Kunst, unserer Ehrfurcht vor dem grossen gemeinsamen Schatz deutscher Kultur! (Stürmischer langanhaltender Beifall).

Zweiter Bogen.

Für die deutschen Gäste dankte der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Dr. Rothe:

Herr Bürgermeister!

Meine hochgeehrten Damen und Herren! Da der Vrsitzende des Deutschen Städtetages, der Herr Oberbürgermeister von Berlin, noch nicht eingetroffen ist, habe ich die hohe Ehre, als Vertreter einer der grossen deutschen Städte, der Stadt Leipzig, dem Herrn Bürgermeister den herzlichsten Dank für die Einladung zu sagen, welche die deutschen Oberbürgermeister nach Wien erhalten und für die überaus freundlichen Worte der Begrüssung, die wir soeben gehört haben. Wir danken auf das Herzlichste für diesen schönen Willkommgruss. Wir danken Ihnen, den Mitgliedern des Deutschösterreichischen Städtebundes, für den freundlichen Wiederhall, welchen die Worte des Herrn Bürgermeisters bei Ihnen gefunden haben. Meine Damen und Herren! Wir alle, die wir schon hierher gekommen und die wir in den nächsten Tagen noch kommen werden, waren hochbeglückt, als wir die Einladung der Stadt Wien erhalten haben. Sie geht aus von der Schubertzentenariofeier und schon das allein hätte genügt, uns alle auf das Freudigste nach Wien zu locken. Eine Feier von Schubert ist keine Wiener Angelegenheit mehr allein. Der Genius geht durch die ganze Welt, besonders durch das ganze Deutschland. Schubert wird in diesen Tagen nicht nur in Wien gefeiert, sondern in der ganzen Welt. In allen deutschen Städten rüstet man sich das Andenken an diesen Genius, dem jeder von uns in seinem Leben unvergessliche Stunden verdankt, zu begehen und auch in unserer Stadt, in der Stadt, die man die Musikstadt Leipzig, die Stadt der Gewandhauskonzerte nennt, rüstet man und wir haben schon begonnen, Schubert als den deutschen Meister zu feiern, dem wir Deutsche ^{das Meiste} verdanken. Und so wird die Schubertfeier, zu der wir geladen sind, alle Deutschen in Wien, in Oesterreich, im Reich und in der Welt überhaupt alle, welche diese Feier begehen werden in diesen Tagen an den grossen Genius und an die Stadt, die ihn hervorgebracht hat, dankbar ^{erinnern}.

Noch aus einem anderen Grunde sind wir deutschen Oberbürgermeister der Einladung der Stadt Wien auf das Freudigste gefolgt. Wir haben viel gehört, mit welchem Ernst, mit welcher Energie und mit welchem Erfolge die Gemeindeverwaltung von Wien in den letzten Jahren seit dem Zusammenbruche es verstanden hat, das Gemeinwesen zu fördern, auf neuen Grundlagen aufzubauen und vielerlei Dinge zu schaffen, die für Oesterreich, aber auch für Deutschland vorbildlich sind. Wir wollen sie kennen lernen, soweit wir sie noch nicht kennen, wollen hier lernen und wollen versuchen, das, was wir hier sehen, im Reiche nachzubilden. Aber neben diesem allen führt uns doch, die wir nach Wien gekommen sind, an aller erster Linie der Gedanke, dass wir, wenn wir in der Bundeshauptstadt Wien einkehren, wir dies mit dem Wunsche ^{um} in dem Bewusstsein tun, die Sympathie auszudrücken, die wir Deutschen im Reich für Wien, für die deutschen Brüder in Oesterreich empfinden. Das ist das, was in diesen Tagen wohl das Wesentliche sein wird und sein muss: dass wir zeigen, dass wir alle mit dem Herzen ^{hier} sind, dass wir fühlen, dass wir mit den Oesterreichern ein gemeinsames Geschick haben, dass wir gemeinsam versuchen müssen, das wieder einzuholen, was wir im Krieg verloren haben und etwas Grösseres an seine Stelle zu setzen.

So hoffen wir, dass der Besuch, der uns mit der Verwaltung der Stadt Wien und mit den Wienern in Verbindung bringt, für uns alle, die wir der freundlichen Einladung gefolgt sind, nützlich sei, dass er uns aber auch mehr und mehr mit unseren Brüdern in Wien und in Oesterreich zusammenführe, auf dass reicher Segen für uns alle daraus erspiesse, die wir einem gemeinsamen Ziele zustreben. (Lebhafter Beifall).

Die auf der Galerie untergebrachte Kapelle Ganglberger intonierte nach den Worten des Leipziger Oberbürgermeisters den Walker "An der schönen, blauen Donau", mit dem die Festversammlung des Deutschösterreichischen Städtebundes beendet wurde.

Wien, am Donnerstag, den 15. November 1923. Zweite Ausgabe

Die Finanzsorgen der Gemeinden. Der Städtebund hielt heute im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des Vizebürgermeister Emmerling (Wien) und des Bürgermeisters Dr. Bercht (Klagenfurt) eine Vorstandssitzung ab, an der die Bürgermeister aller grösseren österröichischen Städte teilnahmen. Bürgermeister Mehr (Linz) berichtete ausführlich über die kürzlich erfolgte Vorgesprache der vom Städtetag in Klagenfurt gewählten Abordnung beim Bundesfinanzminister Dr. Kienböck. Die Abordnung hat dem Bundesfinanzminister die finanziellen Schwierigkeiten der grösseren Gemeinden eingehend geschildert. Leider konnte irgend eine bindende Zusage, dass den Städten von der Regierung geholfen werden wird, nicht erlangt werden. Der Referent unterbreitete der Sitzung den vom Bundesfinanzminister gemachten Vorschlag zur Einsetzung eines Komitees, das die weiteren Verhandlungen zu führen habe. An dieses Referat knüpfte sich eine ausführliche Aussprache. Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg) bespricht die grosse Belastung, die den Gemeinden nunmehr durch die staatliche Kleinrentnerhilfe aufgebürdet werden soll. Er beantragt, dass die Städte unverzüglich dem Städtebund das Material über diese neue Ausgabe unterbreiten sollen. Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) teilt mit, dass die Stadtgemeinde Graz diese Belastung auf Grund der Behelfe der Landesregierung mit rund 400.000 Schilling errechnet hat. Das bedeute für Graz, dass die Stadt den Zinsendienst für die Vorkriegsanleihen mit 120 Prozent zu leisten hätte, demnach bei einer vollen Aufwertung der städtischen Anleihen aus der Vorkriegszeit besser wegkäme, als durch das Gesetz über die staatliche Kleinrentnerhilfe. Graz könne die grosse Summe nicht aufbringen. Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt) wünscht einen gesetzlichen Schutz für die Gemeinden vor den Zugriffen der Landesregierungen. Wenn die Städte durch die fortwährenden neuen Belastungen gezwungen sein werden, neue Steuern einzuhoben, dann müsse der breiten Öffentlichkeit gesagt werden, dass dies gegen den Willen der Stadtverwaltung geschehe; nur die unerbittliche Not diktiere den Gemeinden diesen Schritt. Redner wünscht eine grössere Aktivität des Städtebundes und fortwährende Information der Tagespresse über die Arbeit und die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden. Bürgermeister Muchitsch (Graz) bezeichnet es als sehr merkwürdig, dass die Regierung den Städten, die zu ihr um Hilfe in grosser Not kommen, nicht nur diese Hilfe verweigert, sondern ihnen noch neue Lasten auferlegen will. Die Städte müssen diesen neuen Anschlag abwehren und die alten Forderungen an den Bund, insbesondere nach Ueberweisung des Präzipiums, durchsetzen. Abgeordneter Dr. Danneberg (Wien) meint, dass die Ursache der finanziellen ^{Not} der Städte in der Zusammensetzung der Regierung zu suchen sei. Die Regierung hat für die Städte ein relativ geringes Interesse, weil die christlichsoziale Partei nur in sehr wenigen Städten dominiert, der Landbund städtische Interessen überhaupt nicht vertritt und eigentlich die Agrarier die Mehrheit in der Regierung bilden. Die Wünsche des Städtebundes fänden deshalb in der Regierung wenig Widerhall. Was das Präzipium anlangt, so hat der Bund den Ländern schon einen Teil zurückerstattet und es wäre nur recht und billig, jetzt auch den Gemeinden ihren Anteil auszusahlen.

Es sprachen noch eine Reihe von Bürgermeistern, worauf in das Komitee, das die Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister zu führen hat, entsendet wurden: Bürgermeister-Stellvertreter Hofrat Zeiner (Baden), Bürgermeister Baran (Krems), Bürgermeister Ofenböck (Wiener Neustadt), Bürgermeister Mehr (Linz), Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz), Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt), Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg) und Bürgermeister Dr. Eder (Innsbruck). Das Komitee wurde beauftragt sofort eine Entschliessung auszuarbeiten, die alle Forderungen der Gemeinden enthält und die von den einzelnen Gemeindevertretungen beschlossen werden soll. Schliesslich wurde als Tagungsort für den nächsten Städte-tag die Landeshauptstadt Graz bestimmt.

Wien, am Freitag, den 16. November 1928

Die Deutschen Oberbürgermeister besichtigen das neue Wien. Die anlässlich der Schubertzentenariofeier als Gäste der Stadt in Wien weilenden deutschen Oberbürgermeister haben den Donnerstag Nachmittag und den Freitag dazu benützt, die grossen neuen Schöpfungen der Stadtverwaltung zu besichtigen. Unter Führung des Direktors Reuther besuchten die Gäste am Donnerstag die städtischen Sammlungen. Daran schloss sich unter Führung des Direktors Dr. Neurath ein Besuch des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle. Abends begrüsst amtsführender Stadtrat Richter die Herren am städtischen Amalienbad, dessen technische und Kureinrichtungen sowie die Heilbäder die deutschen Oberbürgermeister als vorbildlich bezeichneten. Sie erklärten, dass die Errichtung eines Bades von solcher Grösse und Ausstattung eine kommunale Leistung ist, auf die jede Stadtverwaltung stolz sein kann. Der Freitag Vormittag war der Besichtigung der Badeanlagen und des neuen Parkes auf dem Kongressplatz, der Wohnhausanlage Sandleiten, der Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg und des Wasserwerkes Krapfenwaldl gewidmet. Die Wohnhausanlage Sandleiten fand bei den Gästen die grösste Anerkennung. Nach ihren Aeusserungen ist diese Wohnhausgruppe städtebaulich eine grossartige Leistung. Die Kehrrechteinsammlung und die Kehrrechtabfuhr in dieser mehr als 1700 Wohnungen zählenden Siedlung wurde nicht nur als zweckmässig, sondern auch als allen hygienischen Anforderungen genügend bezeichnet. Ebenso vorbildlich seien die Zentralwäscherei und die Zentralbadeanlage. In der Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg wurden die Gäste vom amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler und Oberstadtphysikus Dr. Böhm begrüsst. Diese Institution fand volle Bewunderung. Nachmittags besuchten die Oberbürgermeister den Hartackerpark mit dem Kinderfreibad, die Friedensbrücke und unter Führung des Vizebürgermeisters Emmerling das Umspannwerk der städtischen Elektrizitätswerke und das städtische Gaswerk Leopoldau. Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Musil geleitete schliesslich die Gäste durch die städtische Siedlung Freihof und auf der Rückfahrt in die Stadt wurden dann noch der Schlingenhof und der neue Floridsdorfer Park besucht. Mit dem Besuch einer Vorstellung im Theater in der Josefstadt und einem von der Fremdenverkehrskommission gegebenen Wiener Heurigenabend wurde das Programm des Freitag beschlossen.

Samstag vormittag ist für die Deutschen Gäste die Besichtigung der städtischen Wohnhausanlagen auf dem Margaretengürtel vorgesehen. Um halb zwölf Uhr ist die Huldigung und Kranzniederlegung vor dem Schubertdenkmal im Stadtpark, wo der Wiener Männergesangsverein und der Gesangsverein österreichischer Eisenbahnbeamter mitwirken werden. Um 3 Uhr nachmittag werden die deutschen Oberbürgermeister vom amtsführenden Stadtrat Linder vor dem Rathaus begrüsst und verschiedene Geräte der städtischen Berufsfeuerwehr besichtigen. Die Vorführungen leitet Branddirektor Ingenieur Wagner. Eine Feuerlöschprobe, wobei als Objekt das brennende Rathaus angenommen wird, findet nicht statt. Anschliessend unternehmen die Herren eine Rundfahrt durch das alte Wien. Am Abend finden Empfänge beim Bundespräsidenten und Bürgermeister statt.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde 1927. Der Wiener Stadtsenat setzte heute in gemeinsamer Sitzung mit dem städtischen Finanzausschuss die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 fort. Zur Verhandlung gelangten die Verwaltungsgruppen "Sozialpolitik und Wohnungswesen", "Technische Angelegenheiten" und "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten". In der Debatte nahmen Vizebürgermeister Hoss die Stadträte Dr. Motzko und Rummelhardt und die Gemeinderäte Angermayr, Binder, Uebelhör und Zimmerl das Wort. Nach den Schlussworten der amtsführenden Stadträte Weber, Richter und Linder wurden die Positionen der drei Verwaltungsgruppengenehmigt. Die nächste Sitzung findet am Dienstag um 16 Uhr statt.

Wien, am Samstag, den 17. November 1928

Rückgang der tödlichen Bauunfälle in Wien. Angesichts der furchtbaren Baukatastrophe, die sich in den letzten Wochen im Auslande ereignet haben, ist die Feststellung bemerkenswert, dass in Wien ein starker Rückgang der tödlichen Bauunfälle zu verzeichnen ist. Während der Jahresdurchschnitt der Todesfälle auf Bauten für die Zeit von 1909 bis 1913 rund 18 betragen hat, ist für 1923 bis 1927 eine Verminderung auf 13 eingetreten. Eine ganz besonders auffällige und sehr erfreuliche Erscheinung ist es, dass auf den städtischen Bauten, wie wohl sie innerhalb der Wiener Bauführungen einen ganz überragenden Rang einnehmen, tödliche Bauunfälle zu den Seltenheiten gehören. So haben sich beispielsweise im Jahre 1923 acht Todesfälle auf Bauten ergeben, von denen nicht ein einziger auf Gemeindebauten entfallen ist. Von den 14 Todesfällen des Jahres 1924 betrifft nur ein einziger einen Gemeindebau. Im Jahre 1925 waren auf Gemeindebauten zwei Todesfälle, auf den wenigen privaten Bauten hingegen zehn zu verzeichnen. Die Jahre 1926 und 1927 brachten zusammen 29 Todesfälle, davon 7 auf Gemeindebauten. Die grosse Strenge, die bei der Bauaufsicht geübt wird, die sehr vorsichtige Auswahl der mit der Ausführung betrauten Firmen, die sorgfältigste Beachtung aller Schutzmassnahmen kommt in der ganz unverhältnismässig kleinen Zahl der tödlichen Unfälle auf Gemeindebauten sinnfällig und greifbar zum Ausdruck.

Spende im Zeichen Schuberts. Anlässlich der Schubertzentenarfeier hat die Gerngross A.G. das Fürsorgeinstitut Alsergrund aufgefordert, ihr fünfzig bedürftige Kinder aus dem Lichtenthal zu nennen, die auf Kosten des Unternehmens bekleidet werden. Fürsorgeinstitutsvorsteher Schiller hat einvernehmlich mit dem städtischen Wohlfahrtsamt dieser Aufforderung entsprochen. Am Freitag nachmittag werden die fünfzig Lichtenthaler Kinder im Hause der Gerngross A.G. mit diesen Kleidern beteiligt.

Die Deutschen Oberbürgermeister in Wien. Die anlässlich der Schubertzentenarfeier als Gäste der Stadt in Wien weilenden deutschen Oberbürgermeister machten Samstag vormittag eine Rundfahrt durch die städtischen Wohnhausanlagen auf dem Margaretengürtel und besuchten bei dieser Gelegenheit den dort untergebrachten städtischen Kindergarten, dessen Organisation und Einrichtungen volle Anerkennung fand. Um halb zwölf Uhr mittags wohnten sie der Huldigung und Kranzniederlegung vor dem Schubertdenkmal im Stadtpark bei. In den ersten Nachmittagsstunden besichtigten die Gäste das alte Wien und um drei Uhr nachmittags fanden sich die Her-

ren zur Auffahrt der Wiener Berufsfeuerwehr auf dem Rathausplatz ein.

Der Veranstaltung wohnten unter andren auch die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte, Nationalrat Sever, viele Gemeinderäte und die meisten Bezirksvorsteher bei. Der Rathausplatz war von vielen tausenden Menschen umsäumt. Amtsführender Stadtrat Linder begrüßte die Gäste und gab einen kurzen Ueberblick über die Organisation und Ausrüstung der Wiener Berufsfeuerwehr. Das Wiener Stadtgebiet, das einen Umfang von rund 101 Kilometer hat und rund 28.000 Hektar gross ist, ist in sieben Feuerschutzsektionen mit je einer Hauptfeuerwache und mehreren Nebenwachen eingeteilt. Insgesamt besorgen in Wien 31 Wachen der Berufsfeuerwehr und fünf Wachen der freiwilligen Siedlungsfeuerwehren den Feuerschutz. Der Gerätestand der Wiener Berufsfeuerwehr besteht aus 126 Kraftwagen, gegenüber achtzig im Jahre 1919. Die maschinelle Ausrüstung der Feuerwehr wurde während ihrer Reorganisation um 64 Prozent gesteigert. Unter Leitung des Branddirektors Ingenieur Wagner führen sodann die einzelnen Feuerwachen auf dem Rathausplatz auf. Zuerst eine aus zwei Geräten bestehende normale Feuerwache, dann eine verstärkte Feuerwache, die aus drei Geräten besteht, ein normaler Löschzug mit fünf Geräten und schliesslich der Fernlöschzug der Feuerwehrzentrale mit sieben leichten Geräten. Dann wurden einzelne Geräte vorgeführt, vier Pionierwagen, ein Atemschutzwagen, ein Luftpumpengerät, ein Pölzholzwagen, ein Tierrettungswagen und der Inspektionswagen für die Rauchfangkehrer. Nach der Auffahrt der Feuerlöschgeräte alarmierte der Oberbürgermeister von Berlin Dr. Börs mit dem an der Vorderfront des Rathauses angebrachten neuen Feuermelder die Feuerwehrzentrale, worauf in knapp zwei Minuten ein Löschzug auf dem Rathausplatz einlangte. Einige Minuten vor vier Uhr rückten die Löschzüge wieder ein. Um fünf Uhr nachmittags waren die deutschen Oberbürgermeister beim Bundespräsidenten Dr. Hainisch geladen und um neun Uhr abends fand im Festsaal des Wiener Rathauses ein Empfang statt.

Festbeleuchtung des Rathauses. Anlässlich der Schubertzentenarfeier wird morgen Sonntag das Wiener Rathaus von 17'30 Uhr an während der Dauer des Sängerkonzertes auf dem Rathausplatz festlich beleuchtet. Der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird von 18'30 Uhr bis 20 Uhr seine Wasserspiele zeigen.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen.

Wien, am Sonntag, den 18. November 1928

Die Deutschen Oberbürgermeister im Rathaus. Zu Ehren der anlässlich der Schubertzentennialfeier der Stadt Wien hier weilenden Deutschen Oberbürgermeister fand Samstag abends im Wiener Rathaus ein Empfang statt. Es waren erschienen: Die Oberbürgermeister Dr. Böss (Berlin), Dr. Carl Petersen (Hamburg), Scharnagl (München), Dr. Blüher (Dresden), Dr. Karl Rothe (Leipzig), Dr. Ludwig Landmann (Frankfurt am Main), Dr. Luppe (Nürnberg), Dr. Lautenschlager (Stuttgart), Dr. Hübschmann (Chemnitz), Landsberg (Magdeburg), Dr. Lohmeyer (Königsberg), Dr. Heimerich (Mannheim) und Stadtbeigeordneter viele Vertreter auswärtiger Staaten, die Minister Dr. Hüttner (Essen), Kienböck und Schmitz, die Präsidenten des Nationalrates Eldersch und Dr. Waber, Landeshauptmann Dr. Buresch, Landeshauptmannstellvertreter Helmer, der Rektor der Universität Dr. Innitzer, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg, Hellmann und Zimmerl, Präsident Glöckel, zahlreiche Nationalräte, alle amtsführenden Stadträte, Generaldirektor Müller von der Fremdenverkehrskommission, viele Vertreter der Wiener Kunst- und Musikwelt, Generaldirektor Czeja von der Ravag, nahezu alle Gemeinderäte und Magistratsdirektor Dr. Hartl mit den leitenden Beamten des Magistrates. Zunächst begrüßte Bürgermeister Seitz die Gäste:

Das Schubertfest der Stadt Wien hat seinen Höhepunkt erreicht. Schon in der Festtagung des Deutschösterreichischen Städtebundes haben wir den Deutschen Oberbürgermeistern

gedankt, dass sie zu uns gekommen sind, um mit uns zu feiern des schlichten Schullehrers Sohn, der den Namen der Stadt Wien zu so hoher Ehre gebracht hat. Vielleicht können wir doch mit etwas Stolz sagen, dass es vor allem die Atmosphäre Wiens war, dieser alten Stadt mit ihrer alten deutschen Kultur, ja auch mit ihrer Umgebung von Wald und Weingelände und allem dem, was so zu Wien gehört, aus der sein Genius die grossen Ideen schöpfte, die uns so einfach und schlicht anmuten, die kleinen Lieder die erst fast wie Spielzeug scheinen und in denen doch so viel Schönheit und Kunst, so viel Phantasie liegt und aus denen so viel tiefe Lebensweisheit spricht. Wäre es nicht so, so wären die Töne Schuberts nicht in alle Welt gedrungen, so würden sie heute nach hundert Jahren nicht lebendiger sein als sie jemals waren, so könnten wir nicht sagen, dass auch künftige Geschlechter nach Jahrhunderten auf diese schlichte Einfachheit aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts zurückgreifen werden. Mit uns feiert die ganze Welt unseren Schubert. Wir können es nicht bloß als einen freundlichen

Höflichkeitsakt sehen, wenn sich fast alle Vertreter der grossen Städte Deutschlands hier eingefunden haben und mit uns zu gleich fast alle diplomatischen Vertreter, die in Wien ihren Sitz haben, an diesem schönen Fest der Weihe teilnehmen. Nein, was sich hier im Schubertjahr vollzieht, ist eine einzige grosse Kundgebung der Welt. (Lebhafter Beifall). Wir danken Ihnen in aller Bescheidenheit, vor allem den Männern aus Deutschland, die zu uns gekommen sind (Lebhafter Beifall),

als Boten einer schöneren Zukunft des deutschen Volkes (Neuerlicher lebhafter Beifall). Deutsche Wissenschaft und deutsche Kunst werden immer ein Einziges, ein Ganzes sein (Stürmischer Beifall). Wir danken Ihnen, dass Sie zu unserer Feste gekommen sind, und vor allem, dass Sie sich so rasch in unsere Wiener Eigenart eingefunden haben, dass Sie so rasch gemächlich geworden sind, Sie alle, ob Sie aus dem Süden oder aus dem Norden Deutschlands gekommen sind. Wenn sich da Preussen und Bayern in Freundschaft gefunden haben (Heiterkeit) dann war vielleicht auch etwas Wiener Luft und Wiener Art der gute Mittler. (Lebhafter Beifall). Die Deutschen Oberbürgermeister und die Vertreter aller Nationen, die uns liebe Gäste sind: Sie leben hoch! (Stürmische Hochrufe und labhafter Beifall).

Lebhaft begrüsst erwiderte Oberbürgermeister Dr. Böss (Berlin): Meine deutschen Kollegen haben mich beauftragt, für sie zu sprechen und der Stadt Wien unseren herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen, dass wir diese wundervolle Schubertzentennialfeier mitmachen durften. Wir deutschen Bür-

germeister sind nach Wien gekommen, um unsere Zusammengehörigkeit mit den österreichischen Städten und der Bundeshauptstadt klar, deutlich und landsmännisch treu zu bekunden. (Lebhafter Beifall). Wir sind nach Wien gekommen um mit Ihnen dem Geiste Franz Schuberts zu huldigen, dem grossen Liederkomponisten, dem Manne, der uns das deutsche Lied geschenkt hat, das durch alle deutschen Lande und hinaus in die Welt gedrungen ist und eine neue Welt in unserem Innern, in unseren Herzen eröffnet hat. Wir haben Franz Schubert in diesen Tagen mit Ihnen gefeiert und unsere Herzen sind mit Ihnen gegangen.

Wir haben in diesen Tagen viel gesehen. Wir haben Einrichtungen aller Art kennen gelernt und wir haben gesehen, wie eine mächtige deutsche Stadt in ihrem Inneren um den Fortschritt deutscher Gemeindefirtschaft, den Fortschritt deutscher Kommunalarbeit kennt, den wir brauchen, wenn unser Volk je wieder kräftig aufstreben will. (Stürmischer Beifall). Mögen wir streiten über politische Dinge, wenn wir nun in deutschen Landen und in deutschen Städten arbeiten können, wenn wir die grossen Probleme anzufassen den Mut haben und wann wir nur den noch grösseren Mut besitzen, im Einzelnen zuzugeben, dass wir dies und das nicht richtig angefasst haben und bereit sind, einen neuen Weg zu gehen (Beifall). Vieles hat man draussen im Reich an der Wiener Verwaltung kritisiert, viele haben geglaubt, dass die Stadt Wien nicht auf dem richtigen Weg ist. Wer aber offen und ehrlich und unabhängig sein Urteil abgeben will, der muss sagen, dass diese Stadt in schwersten Zeiten etwas geschaffen hat, was in seinen Endwirkungen für alle Städte der Welt vorbildlich ist (Stürmischer Beifall). Diese Stadt hat oft den Mut gefunden in dem Sinne, wie ich vorhin sagte, die Wegrichtung zu ändern in dem Augenblick, als sie erkannte, dass es bessere Wege gebe. Wer die Kraft und den Mut der Ueberzeugung besitzt, der kann sich erheben, den Weg zu ändern; die Schwachen, die Wankelmütigen, laufen auf irgendeinem Weg, auf den sie der Zufall geführt hat. Sie fragen nicht darnach, ob er falsch oder richtig ist. Hier in Wien erkennen wir echten deutschen gründlichen Geist, den Geist der vorwärts will, der den Fortschritt sucht und auch findet (Grosser Beifall).

Franz Schubert war der Mann aus dem Volke, der Mann aus dem einfachsten Kreis, dem in seinem Wiener Blut das lag, was unserem ganzen deutschen Volk zugute kommen sollte. So sind wir mit Ihnen ein Herz und eine Seele in der Feier dieses unvergänglichen Meisters und das führt mich in meinem Gedankengang weiter und lässt mich vom Berliner Standpunkt aus sagen, dass ich hoffen möchte, Wien einmal in Berlin zu sehen. Ich habe nicht nur von meinen deutschen Kollegen den Auftrag hier zu reden, auch die Berliner Stadtverwaltung hat mir einen Auftrag gegeben, den Auftrag die Stadt Wien nach Berlin einzuladen (Lebhafter Beifall). Wenn wir Deutschen uns in diesem Jahre in Wien haben sehen lassen, so hoffen wird, dass wir Sie im nächsten Jahr bei den grossen Berliner Festspielen begrüßen können. Wiener und Berliner Künstler werden sich da versammeln, die Wiener Philharmoniker werden mit den Berliner Philharmonikern zusammen unter ihrem gemeinschaftlichen Dirigenten Furtwängler konzertieren, die Wiener Staatsoper, das Wiener Burgtheater werden nach Berlin kommen. Da dürfen wir Berliner nicht ohne Wien sein! Da müssen Sie kommen meine lieben Kollegen von der Wiener Stadtverwaltung, da wollen wir uns gemeinschaftlich an der Kunstverfreuen, an der Wiener deutschen Kunst. Ich kann Ihnen heute nicht das ganze Programm entwickeln, das wir Ihnen in Berlin bieten wollen. Aber in erster Linie werden wir Wiener Kunst pflegen, Mozart und Richard Strauss. Wir laden also die Wiener Stadtverwaltung feierlich und in aller Form ein. Kommen Sie zu uns nach Berlin. Erwidern Sie den Besuch, den wir Ihnen schon vor dem Krieg abgestattet haben. Geben Sie uns die Gelegenheit auch in Berlin zu zeigen, dass da warme und gemitvolle Herzen schlagen, geben Sie uns die Möglichkeit zu versuchen, die wunderbare Gastfreundschaft zu erwidern, die uns hier in Wien so überaus oft geboten wurde.

Mit einem Dank für die herzliche Aufnahme in Wien und mit einem Hoch auf die Wiener Stadtverwaltung schloss Oberbürgermeister Dr. Böss seine Rede.

Hierauf besorgte die Kapelle Gangelberger den zum grössten Teil aus Schubertliedern bestehenden musikalischen Teil des Abends.

Die Deutschen Oberbürgermeister in der Kinderübernahmestelle. Auf Einladung der Wiener Städtverwaltung besuchten Sonntags vormittag die anlässlich der Schubertzentenarfeier als Gäste der Stadt in Wien weilenden Oberbürgermeister die Kinderübernahmestelle der Stadt Wien und die dort auch unter gebrachte städtische Zentralschulzahnklinik. Amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler begrüßte die Gäste und gab einen kurzen Überblick über die Organisation und Einrichtungen der Anstalt, die nun schon vier Jahre in Betrieb steht. Unter seiner Führung besichtigten sodann die Herren alle Abteilungen der Kinderübernahmestelle und die Zentralschulzahnklinik. Die Deutschen Oberbürgermeister bekundeten für alle Einrichtungen das lebhafteste Interesse und äusserten sich wiederholt über das Gesehene äusserst befriedigt.

Schubert-Zentenarfeier der Stadt Wien.

Schubert-Huldigung der Wiener Schulkinder. Enthüllung des Schubertbrunnens.

Sonntag um 2 Uhr nachmittag fand unter grosser Beteiligung eine Huldigungsfeier der Wiener Schulkinder vor dem Geburtshause Schuberts in der Nussdorferstrasse statt. Es hatten sich etwa 500 Schüler und Schülerinnen von Wiener Hauptschulen daran beteiligt, die unter Leitung von Professor Ferdinand Grossmann die Schubertschen Lieder "Das Abendrot" und "Zwei Tugendwege" zum Vortrag brachten. Als Festgäste wohnten der Feier Bürgermeister Seitz mit den Deutschen Oberbürgermeistern und den amtsführenden Stadträten, die Bezirksvertretung Alsergrund und viele Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtschulrates unter Führung des Präsidenten Glöckel bei. Nach Schluss der Gesangsvorträge dankte Bürgermeister Seitz den Schulkindern für ihre Darbietungen und forderte sie auf, das Andenken an Franz Schubert immer hoch zu halten.

Im Geburtshause selbst trug das Gottesmannquartett einen Satz aus einem Schubertschen Streichquartett vor, worauf die Wiener Sängerknaben unter der Leitung von Professor Heinrich Müller A-cappella chöre sangen.

An die Huldigungsfeier der Wiener Schulkinder schloss sich die Enthüllung des von der Bezirksvertretung Alsergrund gemeinsam mit dem Wiener Schubertbunde errichteten Schubertbrunnens Ecke Alserbachstrasse-Lichtensteinstrasse. Die Hauptfigur des vom Architekten Matuschek geschaffenen Brunnens bildet eine überlebensgrosse Gestalt eines lauschenden Mädchens, ein Werk des Bildhauers Theodor Stundl. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge säumte den Festplatz ein. Gegen halb vier Uhr nachmittags traf unter den Klängen der Bundeshymne Bundespräsident Dr. Hainisch auf dem Festplatz ein, wo sich schon Bürgermeister Seitz mit den Deutschen Oberbürgermeistern, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, alle amtsführenden Stadträte, die Bezirksvertretung Alsergrund mit Bezirksvorsteher Schober, der Vorstand des Schubertbundes mit der gesamten Sängerschaft, zahlreiche Gemeinderäte, der Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel, Präsident Goltz und viele andere Festgäste versammelt hatten. Bezirksvorsteher Schober begrüßte zunächst die Festgäste, dankte allen um die Errichtung des Brunnens verdienten Stellen, insbesondere dem Fürsten Liechtenstein, der den Grund zur Verfügung gestellt hatte, und der Gemeinde Wien für ihre tatkräftige Hilfe und bat schliesslich den Bürgermeister, den Schubertbrunnen in die Obhut der Gemeinde zu übernehmen.

Nach diesen Worten stimmte der Schubertbund das Lied "Am Brunnen vor dem Tore" an, unter dessen Klängen die Hülle sank. Nunmehr

ergriff der Vorstand des Wiener Schubertbundes Schulrat Ferdinand Soeser das Wort zu einer längeren Ansprache, in welcher er die auf dreissig Jahre zurückgreifenden Bemühungen des Schubertbundes um die Errichtung eines würdigen Schubertdenkmals im Schubertbezirk Alsergrund schilderte. Die infolge des Krieges eingetretene Geldentwertung habe die bereits vorhanden, gewesenen Geldmittel aufgezehrt, so dass der Schubertbund genötigt gewesen sei neue Mittel zu beschaffen als der Plan zur Errichtung des Brunnens vor fünf Jahren wieder aufgegriffen wurde. Schubertbund und Bezirksvertretung Alsergrund haben einträchtig zusammengewirkt um dieses wundervolle Werk zu schaffen. Besonderer Dank gebührt der Gemeinde Wien für die grosszügige Unterstützung. Dank auch der Regierung und dem Fürsten Liechtenstein für die Förderung unseres Werkes. Möge nun, da das mühevollte Werk endlich vollendet ist, der Schubertbrunnen vom Lichtenenthal späteren Geschlechtern die Erinnerung an die glanzvollen Schubertfeiern des Jahres 1928 wachhalten.

Unter stürmischem Beifall ersuchte Vorstand Soeser den Bürgermeister das Denkmal in die Obhut der Gemeinde zu übernehmen.

Bürgermeister Seitz erklärte, dass er gern dem Ruf folge und das Denkmal in die Obhut der Gemeinde übernehme, weil es einem Manne gewidmet ist, der Unvergängliches geschaffen hat. Bezirksvorsteher, Bezirksvertretung, der Schubertbund und alle, die mitgeholfen haben, dieses schöne Kunstwerk zu vollenden, haben sich die Dankbarkeit aller Wiener gesichert. Die Gemeinde übernimmt es in die Obhut, sie wird es in Treue und Liebe pflegen, mit jener Treue und Liebe, mit der wir alle die unsterblichen Werke Franz Schuberts pflegen (Stürmischer Beifall).

Als der Bürgermeister geendethatte, brachten der Wiener Schubertbund und die Gesangvereine des Schubertbezirk Alsergrund unter der Leitung Viktor Keldorfers Schuberts "An die Musik" wirkungsvoll zum Vortrag. Damit schloss die Enthüllungsfeier.

Festkonzert des Arbeitersängerbundes auf dem Rathausplatz.

Nach Eintritt der Dunkelheit wurde das Rathaus festlich beleuchtet. Das prächtige Schauspiel lockte wie immer, so auch diesmal eine gewaltige Menschenmenge an. Vor dem beleuchteten Rathaus veranstaltete der Arbeitersängerbund Gau Wien ein Chorkonzert. Die Veranstaltung erhielt durch die Mitwirkung des Bläserchors der Staatsoper eine besondere Weihe. Es wurden Festfanfaren von Franz Schmidt und Joseph Marx und Chöre von Schubert aufgeführt. Die Leitung oblag den Dirigenten Professor Heinrich Schoof und Leo Humann. Die Vorträge des Bläserchors leitete Professor Karl Stiegler.

Im Rahmen der Schubert-Zentenarfeier der Stadt Wien gab der Wiener Schubertbund im Grossen Konzerthausaal ein künstlerisch auf hoher Stufe stehendes Festkonzert.

Das Programm für Montag.

Montag findet um halb elf Uhr vormittag ein Huldigungsakt am Grabe Schuberts auf dem Zentralfriedhofe statt, bei welchem der Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde unter der Leitung von Professor Ferdinand Grossmann Schubertsche Frauenchöre zum Vortrag bringt.

Regierungsrat Johann Wochele- Thoma. Der Bundespräsident hat dem ehemaligen Vorstand der Rechnungsabteilung des Fortbildungsschulrates in Wien Herrn Johann Wochele- Thoma auf Einschreiten des Fortbildungsschulrates den Titel eines Regierungsrates verliehen. Die feierliche Ueberreichung des Dekretes findet am Mittwoch um 11 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Fortbildungsschulgebäudes in der Mollardgasse statt.

Wien, am Montag, den 19. November 1928

Die Deutschen Oberbürgermeister in Wien. Die anlässlich der Schubertzentenarfeier als Gäste der Stadt in Wien weilenden deutschen Oberbürgermeister statteten heute vormittags dem geschäftsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Glöckel, einen Besuch ab. Präsident Glöckel legte in einer einstündigen Rede die organisatorischen Grundlagen des österreichischen Schulwesens dar und kennzeichnete die Reformbestrebungen, die von Deutschland ausserordentlich stark befruchtet worden sind. Besonderes Interesse erregten die Mitteilungen über die Organisation der Elternvereine und die Schülerfürsorge. Wie gross das Interesse war, das die Oberbürgermeister nahmen, beweist die Anregung des Oberbürgermeisters von Frankfurt am Main Dr. Landmann, der einen baldigen Besuch der Oberbürgermeister mit ihren Fachreferenten in Aussicht stellte, der den Herren Gelegenheit geben soll, durch längere Zeit das Wiener Schulwesen studieren zu können. Nachdem Vortrag wohnten die deutschen Gäste der Huldigung am Grabe Schuberts bei. Nachmittag waren sie beim Festakt in Schuberts Sterbehause zugegen und daran schloss sich der Besuch der Zweiten Fortbildungsschule für das Holzverarbeitende Gewerbe, wo sie vom Präsidium des Wiener Fortbildungsschulrates begrüsst wurden. Nach einem Vortrag des Oberdirektors Popp über die allgemeine Organisation des Wiener Fortbildungsschulwesens, über die Fürsorgeeinrichtungen für die Lehrlinge und Lehrmädchen und insbesondere über die Einrichtungen der zweiten Fortbildungsschule besichtigten die Herren unter Führung des Obmannes des Fortbildungsschulrates für Wien, Nationalrat Volkert, die Werkstätten und Ausstellungssäle, für die die Gäste das lebhafteste Interesse bekundeten. Nach dem Rundgang durch die Anstalt brachten Schülerinnen der Hauptschule in der Castelligasse im Festsaal einige Schubertlieder zum Vortrag. Abends besuchten die Deutschen Oberbürgermeister die Staatsoper. Dann gab die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich einen Empfang im Hotel Imperial.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführende Stadtrat Linder den Ehepaaren Franz und Marie Klima, Johann und Marie Loiskandl, Josef und Agnes Schellmann, Othmar und Auguste Johanna Stuedner und Viktor und Marie vander Worde anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am 20. November um 17 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Alsergrund hält am 21. November um 17 Uhr eine Sitzung ab. Am 22. November um 18 Uhr hält die Bezirksvertretung Neubau eine Sitzung ab und schliesslich am 29. November ebenfalls um 18 Uhr die Bezirksvertretung Meidling.

Freie Arztenstelle. An der Prosektur des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz wird die Stelle eines Assistenzarztes besetzt. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 375 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 11 Schilling monatlich. Hiezu kommt ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 22'40 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegten Gesuche sind bis spätestens 1. Dezember im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien I., Neues Rathaus, einzubringen.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, hat soeben ein Rhythmischer Gymnastikkurs für Frauen und Mädchen begonnen. Leitung Frau Dr. Endeeg. Der Kurs wird jeden Freitag von 18 bis 20 Uhr abgehalten. Einschreibung und Einzahlung hiezu täglich von 8 bis 14 Uhr.

bereits eine Verschuldung von 1000 Millionen Schilling für Wohnbauzweck. Kein ernsthafter Mensch kann glauben, dass solche Anleihen wirklich gegeben werden. Unter allen Umständen aber würde dann und gerade jetzt die Verdoppelung der Wohnsteuer für die Zinsen dieser zweiten Anleihe erforderlich sein. Das sind also nicht Massnahmen, die durchführbar sind und schon gar nicht zu dem Zwecke der Abgabenteilung zugunsten der Bundesländer. Wenn es sich je einmal ergeben sollte, dass man diesen Weg der Geldbeschaffung durch Anleihen beschreitet, dann kann es doch nur geschehen, um zumindest vorübergehend die Wiener Steuerträger zu entlasten oder auch die Wiener Wohnbautätigkeit zu erhöhen, nicht aber als Ersatz für Riesensummen, die man Wien gegen alles Recht entziehen will. Stadtrat Breitner begründete sodann eingehend, worin dieses Wien zugefügte Unrecht liege, verwies darauf, dass Wien 64 Prozent aller direkten Steuern aufbringe, während der Anteil Wiens an den gemeinsamen Abgaben ohnehin nur 52 Prozent ausmache. Die erste Abgabenteilung sei unter einem christlichsozialen Finanzminister, deraus Steiermark war beschlossen worden, was von vorneherein beweist, dass Wien damals gewiss nicht bevorzugt wurde. Seither seien viele Abänderungen erfolgt, bei denen Wien immer zugunsten der Bundesländer Verzicht geleistet hat. Die Bundesländer können eine Hälfte nicht beanspruchen, wenn sie ihre eigenen Steuerquellen nicht ausschöpfen. Nur über den Wiener Steuersack schimpfen, selbst sehr wenig Steuern einheben und dann auf Grund der besseren Lage Wiens immer wieder Abänderungen bei den gemeinsamen Steuern verlangen, sei ganz unmöglich; jetzt liegt die siebente Abgabenteilungsnovelle vor und nach dieser bequemen Methode wird es in kürzester Frist zu einer achten und neunten kommen und überhaupt nie ein Ende geben. Das gutverwaltete Vorarlberg hat überhaupt kein Defizit und soll trotzdem auf Kosten Wiens noch einen Zuschuss erhalten. Steiermark habe sich eine ruinöse Dollaranleihe erlaubt und die Wiener sollen dafür zahlen. Niederösterreich, das keine eigene Hauptstadt habe und seit jener seine Wirtschaft zum grösstenteil auf Kosten Wiens geführt hat, ist gewiss in einer besonderen Lage, die vielleicht eine Auseinandersetzung von Land zu Land wünschenswert erscheinen lassen mag. Keineswegs aber liegen die Dinge so, wie sie Stadtrat Kunschak geschildert hat, dass die Wiener förmlich nur Nutzniesser der niederösterreichischen Landschaft sind. Wien ist der beste Absatzmarkt für die niederösterreichischen Milchprodukte, Gemüse, Obst, Geflügel usw. und an jedem Sonntag und in jedem Sommer tragen die Wiener als Ausflügler und Sommerfrischler ungeheure Summen nach Niederösterreich. Hätte Niederösterreich so wie Wien von den besseren Gasthäusern, Cafehäusern, Heurigschenken eine Abgabe, so würde die reichlichst genügen, um die durch die Wiener abgemätzten Strassen wunderbar herzustellen. Stadtrat Breitner schloss mit der Feststellung, dass er es geradezu als die Pflicht des Wiener Finanzreferenten betrachte, angesichts einer so furchtbaren finanziellen Gefahr in Versammlungen zu gehen, um die Bevölkerung rechtzeitig zu warnen und aufzuklären. Nur das Unterlassen würde den schwersten Vorwurf verdienen. Im Uebrigen aber wolle er doch der Hoffnung Ausdruck geben, dass in diesem Falle die parteipolitischen Gegensätze schweigen und sich beide Wiener Parteien zur wirksamen Abwehr dieses furchtbaren Anschlages gegen Wien vereinigen werden.

Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Bis 24. November nachts wird der Bahnhofrandverkehr wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel in beiden Fahrtrichtungen vom Mariahilfergürtel über die Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matsleinsdorfer Platz geführt. Am Donnerstag wird wegen Arbeiten auf der Franzensbrücke die Bahnhofrundlinie in beiden Fahrtrichtungen von der Invalidenstrasse über die Wollzeile-Stubenring-Aspernplatz-Praterstrasse zum Praterstern geführt.

Wien, am Dienstag, den 20. November 1928

Die Abgabenteilung und die Gemeinde Wien. Der Wiener Stadtsenat hielt heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss eine Sitzung ab, in der zunächst der Rechnungsabschluss 1927 verabschiedet wurde. Sodann leitete Stadtrat Breitner die Generaldebatte zum Voranschlag 1929 ein, über dessen Ziffern wir bereits eingehend berichtet haben. Der Finanzreferent betonte eindringlich, dass alle Aufstellungen über den Haufen geworfen werden würden, wenn die Pläne der Regierung in Bezug auf die Abgabenteilung und eine Reihe anderer Gesetze, die eine schwere finanzielle Einbusse für Wien bedeuten, Verwirklichung finden sollten. Dann hätte die Gemeinde mit einem Entgang von rund vierzig Millionen Schilling zu rechnen und es würden alle Aufstellungen vollkommen hinfällig sein und die schwersten Folgen sich ergeben. Es musste aber selbstverständlich auf Grund der gegenwärtig geltenden Gesetze aufgefasst werden, und die Gemeindeverwaltung hoffe auch zuversichtlich, dass es ihr gelingen werde, diesen verhängnisvollen Anschlag auf Wien schliesslich doch abzuwehren. Stadtrat Kunschak befasste sich in seiner Rede hauptsächlich mit diesem Teile der Ausführungen des Finanzreferenten und führte aus: Seit Monaten zeichnen sich die Verhandlungen über die Abgabenteilung hin und der Wiener Gemeinderat wurde bis heute über den Stand der Verhandlungen nicht informiert. Ich kann daher an den Ernst der Behandlung dieser Frage nicht glauben, weshalb sich auch die Opposition vollständig freie Hand vorbehält. Für die Mehrheit der Wiener Stadtverwaltung ist die Frage der Abgabenteilung eine reine Parteifrage und auch eine agitatorische Sache. Die Frage der Abgabenteilung ist Ihnen parteipolitisch und finanzpolitisch willkommen. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Abgabenteilung eine ernste Sache ist, eine Angelegenheit, die den Wiener Gemeinderat und die ganze Wiener Bevölkerung interessieren muss. Die Frage der Abgabenteilung muss von einem hohen Standpunkt aus überprüft werden. Das Wohl Wiens ist geknüpft an das Gedeihen der übrigen Bundesländer. Gewisse ausserordentliche Aufwendungen der Länder dienen dem Interesse Wiens. Es ist für Wien nicht gleichgültig, welche gesundheitlichen Verhältnisse in den Ländern herrschen und was auf dem Gebiete des Strassenwesens geleistet wird; der Wienerwald, das Erholungsgebiet für die breiten Massen der Wiener Bevölkerung dient mehr den Interessen Wiens, als dem Lande Niederösterreich. Es ist die Frage zu erwägen, ob nicht doch das gegenwärtige Verhältnis in der Abgabenteilung überprüft werden sollte. Sie sagen, der Bund soll den Ländern helfen. So liegen die Dinge nicht. Wir können diese demagogische Aufsäumung der Frage der Abgabenteilung nicht billigen. Es muss Interesse gegen Interesse geprüft werden. Nach Ihrer Auffassung soll die Verminderung der Ertragsanteile für Wien durch Steuererhöhungen wettgemacht werden, obwohl im Voranschlag selbst sich Möglichkeiten ergeben, für den Ausfall Bedeckung zu finden. Die Gemeindegasse ist mit 3'5 Millionen Schilling eingestellt; ihre Tätigkeit hat noch nicht den Beweis erbracht, der ihre Notwendigkeit bestätigt. Die Agenden der Strassenpolizei haben der Gemeinde Wien bisher keine Ausgaben verursacht. Die Aufstellung einer städtischen Strassenpolizei ist aber mit gewaltigen Ausgaben verbunden, für deren Eventualität jedoch im Budget nicht vorgesorgt ist. Der Redner weist dann noch auf die Theaterpolizei hin und erklärt, dass die Gemeinde auch nach den Staatstheatern greifen will, um sie zu städtischen Theatern umzuwandeln. Wenn also eine Bedeckung für den Ausfall gesucht wird, so ist sie gegeben. Wir sind auch der Meinung, dass der Wohnhausbau aus Anleihemitteln bestritten werden soll. In diesem Budget haben Sie für den Wohnungsbau 76 Millionen Schilling eingestellt. Wir sind bei der Stabilisierung der Ausgaben für den Wohnungsbau angelangt, es kann deshalb die Frage einer Wohnbauleihe überprüft werden; die Wohnbauleihe wäre die Verzinsung einer gewaltigen Anleihe. Es wäre dann gleich möglich, eine Summe von vierzig Millionen Schilling im Budget freizubekommen für den Ausfall an Abgabenertragsanteilen. Stadtrat Breitner hat durch seine Mitteilung über die eventuellen Steuererhöhungen das Wirtschaftsleben schwer beunruhigt und auch im Nationalrat macht sich schon ein starker

Widerstand gegen die Vermehrung der sozialpolitischen Lasten geltend. Es ist sehr zu bedauern, dass sich der Finanzreferent in der Frage der Abgabenteilung für seine Mitteilungen das Podium der Versammlungen ausgesucht hat. Stadtrat Kunschak ersucht schliesslich um Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen über die Abgabenteilung. Stadtrat Breitner erwiderte darauf folgendes: Es ist ganz selbstverständlich, dass der Wiener Gemeinderat rechtzeitig Gelegenheit erhalten wird, sich mit einer so lebensentscheidenden, tief einschneidenden Angelegenheit zu befassen. Es ist deshalb bisher nicht geschahen, weil erst volle Klarheit erlangt werden musste, wie gross eigentlich die Summe ist, um die es sich handelt. Die bisher stattgefundenen zwei Besprechungen mit dem Finanzminister haben eben dieser Frage gegolten. In der ersten Sitzung hat der Bürgermeister darauf verwiesen, dass es sich ja nicht allein um die 23 Millionen Schilling handle, um welche die Abgabenertragsanteile Wiens zugunsten der Länder gekürzt werden sollen. Dazu kommt noch die Herabminderung jener Vergütung, die Wien für die Einhebung der Bundessteuern erhält, was weitere 3'8 Millionen Schilling ausmache. Daneben laufe die Änderung des Krankenanstaltengesetzes und ein Gesetzentwurf der Regierung, durch den die Fürsorgeabgabe für gewisse Kategorien, wie Verwaltungsräte, stille Gesellschafter mit Fixbezügen und so weiter, abgeschafft werden soll. In diesem Gebiet gehört auch die Absicht, die Automobilsteuer durch eine Benzinsteuer zu ersetzen. Es wurde das Verlangen gestellt, der Finanzminister möge zunächst angeben, wie hoch die Gesamteinbusse Wiens ausschaue. In einer Zuschrift hat der Herr Finanzminister selbst eine Summe von mehr als 34 Millionen Schilling als diese Kürzung Wiens genannt. In der zweiten Sitzung wurde dem Finanzminister eine Gegenstellung übergeben, in der mit allen Einzelheiten nachgewiesen wird, dass seine Rechnung nicht stimmt. Als Folge des Eingriffes in das Fürsorgeabgabengesetz ergibt sich nicht ein Entgang von 500.000 Schilling, sondern von mindestens 3'4 Millionen Schilling. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass dadurch so viele Maschen geöffnet werden, dass der Schaden ebensogut doppelt so hoch und noch mehr sein kann, weil die geplante Änderung Umgehungen aller Art Tür und Tor öffnet, ja geradezu zu solchen anreizt. Auch bei dem Krankenanstaltengesetz ist die Beeinträchtigung Wiens grösser, wozu noch kommt, dass die Verpflegskosten überhaupt im Ansteigen sind, also weitere Belastungen sich ergeben werden. Es kann als durchaus feststehend angegeben werden, und beinhaltet gar keine Uebertreibung, dass durch die verschiedenen Massnahmen Wien zumindest vierzig Millionen Schilling entzogen werden sollen. Dabei ist die Wegnahme der sehr entwicklungsfähigen Benzinsteuer noch gar nicht taxiert. Es ist ganz selbstverständlich, wenn die Wiener Bevölkerung angesichts der sich ergebenden Folgen in grösste Besorgnis und Aufregung gerät. Man braucht demgegenüber nur die Gesamtpost für die Wiener Gemeindegasse von 3'8 Millionen Schilling zu stellen und wir sehen, dass selbst mit der völligen Streichung dieser Budgetpost gar nichts erreicht werden kann. Unrichtig ist es, dass die Besorgung der Verkehrspolizei neue Ausgaben bewirken würde. Dieser Dienst kann, was bereits zweifellos erhoben wurde, mit dem systemisierten Stand von 1000 Mann Gemeindegasse vollkommen klaglos besorgt werden. Wenn die Gemeinde irgendeinmal, als man von ihr besondere Zuschüsse für die Bundestheater verlangte, darauf erwiderte, dass in diesem Falle auch die Verwaltung an sie übergehen müsse, so ist das doch niemals zu einer Budgetpost geworden und daran kann also nichts weggestrichen und erspart werden. Gegenüber dem entscheidenden Hinweis des Stadtrates Kunschak, die Gemeinde möge den Wohnbau aus Anleihen bestreiten, sei folgendes zu sagen: Seit 1. Jänner 1924 bis Ende dieses Jahres wird die Ausgabe der Gemeinde für Wohnhausbauten und dazu gehörige Grunderwerbungen rund 500 Millionen Schilling betragen. Niemals wäre es möglich gewesen, eine Anleihe in dieser Höhe für die den Kapitalisten als gänzlich unproduktiv erscheinenden Wohnhausbauten zu erlangen. Aber wenn es sogar der Fall gewesen wäre, dann würde mehr als die gesamte Wohnbauleihe für die Verzinsung und Tilgung gebunden sein. Die Verwaltung würde eben jetzt vor der Notwendigkeit stehen, eine zweite Wohnbauleihe von rund 500 Millionen Schilling für die nächsten fünf Jahre aufzunehmen. Das wäre also

Wien, am Mittwoch, den 21. November 1928

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes über das Wiener Strassenpolizei-gesetz. Der Verwaltungsgerichtshof hat heute sein Erkenntnis über die Aufhebung des Wiener Strassenpolizeigesetzes verkündet. Das Gesetz wurde aufgehoben, jedoch für das Ausserkrafttreten eine sechsmonatige Frist bestimmt. Zum Verständnis dieses Erkenntnisses muss Folgendes bemerkt werden:

Die Strassenpolizei auf anderen als Bundesstrassen ist eine Angelegenheit, in der dem Bunde die Gesetzgebung über die Grundsätze, den Ändern die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung zusteht. Infolgedessen hat die Bundesregierung ein solches Grundsatzgesetz im Nationalrat eingebracht, in dem aber für Orte, in denen Bundespolizeibehörden bestehen, diese mit der Vollziehung in I. Instanz betraut wurden. Die Wiener Landesregierung hat nun über die Berechtigung dieser Betrauung im Grundsatzgesetz eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes veranlasst und der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 19. Juni 1928 eine solche Betrauung im Grundsatzgesetz für verfassungswidrig erklärt. Da daraufhin die Verhandlungen über das Grundsatzgesetz im Nationalrat nicht weitergeführt wurden, musste der Wiener Landtag vorsorgen, dass auch nach dem 30. September 1928 die Strassenpolizei in Wien gesetzlich geregelt sei, was war nämlich der Rechtsansicht, dass diese Angelegenheit bisher durch eine die Angelegenheit zur Gänze regelnde Bundesnorm, nämlich die von der Polizei-Direktion erlassene Fahr- und Gehordnung, geregelt sei und dass diese Norm nach Paragraph 3, Absatz 2 und Paragraph 5 des Verfassungsübergangsgesetzes mit 30. September 1928 ausser Kraft trete, wodurch ein unregelter Zustand entstanden wäre. Es wurde daher im Wiener Landtag Ende September 1928 ein Landesersatzgesetz beschlossen wie in allen anderen Angelegenheiten, in denen die bisherigen Gesetze mit dem obigen Tage ausser Kraft getreten sind. Dieses Landesersatzgesetz hat nun die Bundesregierung mit der Begründung beim Verfassungsgerichtshof angefochten, dass das Recht des Landes, ein solches Gesetz nach Paragraph 3, Absatz 2 des Übergangsgesetzes zu erlassen, nicht gegeben sei.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem heute verkündeten Erkenntnis das Landesgesetz aufgehoben, weil in den für die Strassenpolizei in Wien bisher bestandenen Normen überall ein Einvernehmen zwischen Magis-

trat und Polizei-Direktion zum Ausdruck kam, weil aber im Verfassungsübergangsgesetz nicht vorgesehen sei, weshalb die Angelegenheit nur durch Bundesgrundsatzgesetz und Landesausführungsgesetz verfassungsmässig geregelt werden kann. Der Gerichtshof hat also bei der Auslegung des Paragraph 3, Absatz 2 des Verfassungsübergangsgesetzes weder den Standpunkt des Wiener Landtages, noch den der Bundesregierung anerkannt, sondern dieser Gesetzesstelle eine dritte Auslegung gegeben.

Damit nun die verfassungsmässige Regelung vorgenommen werden kann, hat der Verfassungsgerichtshof für das Ausserkrafttreten des Gesetzes eine Frist von sechs Monaten, das ist die längste in der Bundesverfassung vorgesehene Frist, bestimmt. Wenn nämlich die Aufhebung mit sofortiger Wirksamkeit verfügt worden wäre, so hätte dann für die Strassenpolizei überhaupt keine Regelung bestanden. Denn die bisherigen Normen wurden ja durch das angefochtene Landesersatzgesetz aufgehoben, das heisst beseitigt, und bleiben beseitigt, auch wenn dieses Gesetz aufgehoben wird, denn die Wirkung der Aufhebung erstreckt sich nur auf die zukünftigen Wirkungen des Gesetzes, nicht aber auf die bereits eingetretenen, zu denen auch die Aufhebung der früheren Vorschriften gehört.

Um also zu verhindern, dass sofort ein unregelter Zustand eintritt, hat der Verfassungsgerichtshof eine sechsmonatige Frist für das Ausserkrafttreten festgesetzt. Während dieser sechs Monate bleibt das Wiener Strassenpolizeigesetz ein giltiges und voll verbindliches Gesetz. Innerhalb dieser Frist muss vom Bund das Grundsatzgesetz und vom Land Wien das Ausführungsgesetz beschlossen werden, damit nicht nach Ablauf der sechsmonatigen Frist ein gesetzlich unregelter Zustand eintritt. Ein solcher Zustand würde bedeuten, dass auf den Strassen Wiens für den Verkehr überhaupt keine Vorschriften bestehen, also kein Benützer der Strassen an Vorschriften gebunden ist, das heisst, es würde im Strassenverkehr ein Chaos eintreten.

Was die Frage der Betrauung der Bundespolizei mit den Agenden der Strassenpolizei betrifft, so darf das Bundesgrundsatzgesetz diese Betrauung nach dem Verfassungsgerichtshoferkennntnis vom Juni 1928 nicht vornehmen. Die Bestimmung der in der Vollziehung zu verwendenden Organe wird vielmehr Sache des Landesausführungsgesetzes, also des Wiener Landtages sein.

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1929. Die nächste gemeinsame Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem städtischen Finanzausschuss zur Beratung des Voranschlages der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 findet am Freitag 15 Uhr statt.

Wien, am Donnerstag, den 22. November 1928

Berlin gründet ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Zum Studium des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, dessen Mitarbeit bei der Gründung eines Berliner Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Aussicht gestellt wurde, ist unter Führung des Stadtrates Marske (Berlin) vor einigen Tagen eine mehrgliedrige Kommission eingetroffen, der Stadtrat Ausländer (Berlin), Direktor Büchner des statistischen Amtes, Schulrat Taenzer (Berliner Berufsschulen) und andere Vertreter der Berliner Stadtverwaltung angehören. Neben dem genauen Studium des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums ist auch die Besichtigung des neuen Wiens in Aussicht genommen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen werden auf der Landstrasse die Hohlweggasse, Aspernstrasse, Hafengasse und Lissagasse, in Meidling die Zeleborgasse, Rauchgasse, Pohlgasse, Spießhamnergasse und Erlgasse, in Mietzing die Auhofstrasse, Hügelgasse und Neblingergasse, in Ottakring die Redtenbachergasse, Hettenkofergasse, Effingergasse, Liebhardtgasse und Pettolligasse, in Hernals die Klampflberggasse auf dem Schafberg, in Währing die Gartenanlage Währingergürtel bei der Canongasse und schliesslich in Floridsdorf die Leopold Ferstlgasse und Schöpffleuthnergasse elektrisch beleuchtet.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring findet am Donnerstag, den 29. November, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am Freitag, den 30. November, um 16 Uhr zusammen.

Ausserordentliche Subventionierung der "Wiener Sezession". Der städtische Finanzausschuss hat am Montag auf Antrag des Gemeinderates Thaller für die Vereinigung Bildender Künstler "Wiener Sezession" eine ausserordentliche Subvention von zehntausend Schilling beschlossen. Durch diese soll ^{en}zum Teil die Kosten der Adaptierungsarbeiten, die am Gebäude der Vereinigung vorgenommen wurden, gedeckt werden.

Die Bilanzen der städtischen Unternehmungen. Soeben sind die Verwaltungsberichte und Bilanzen des städtischen Gaswerkes, Elektrizitätswerke, der Strassenbahnen, der städtischen Leichenbestattung, des Brauhauses der Stadt Wien und der städtischen Ankündigungsunternehmung "Gewista" für das Jahr 1927 erschienen. Aus den Verwaltungsberichten ist zu entnehmen, dass die städtischen Gaswerke im Berichtsjahr 293,692.800 Kubikmeter Gas, um 25,060.330 Kubikmeter mehr als im Jahre 1926, erzeugten. Die Zahl der Gasabnehmer ist im Jahre 1927 um 44.402 gestiegen. Die städtischen Elektrizitätswerke haben im Berichtsjahr 41.683 Licht- und 2.895 Kraftanlagen neuangeschlossen. Aus dem Verwaltungsbericht der städtischen Strassenbahnen ist zu entnehmen, dass die Zahl der Fahrgäste rund 640 Millionen im Berichtsjahr um 3,9 Prozent gestiegen ist. Die Fahrleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn betrug über 160 Millionen Wagen-Kilometer. Der Wagenpark wurde um 100 Wagen vermehrt. Die städtische Leichenbestattung besorgte bei einer Zahl von 26.382 Sterbefällen in Wien im Jahre 1927 nicht weniger als 13.685 Leichenbegängnisse allein und bei 8.510 Leichenbegängnissen gewisse Teilleistungen. 2.065 Leichenbegängnisse wurden kostenlos durchgeführt. Das Brauhaus der Stadt Wien erzeugte im Jahre 1927 insgesamt 424.325 Hektoliter Bier. Davon waren 11.430 Hektoliter Wiener Stadtbräu, 404.096 Hektoliter Spezialbräu und 8.799 Hektoliter Doppelmalz. Verkauft wurden insgesamt 390.951 Hektoliter. Die städtische Ankündigungsunternehmung "Gewista" hatte im Berichtsjahr Aufträge im Gesamtwert von 2,201.780 Schilling. Der Umsatz erfuhr gegenüber dem Jahr 1926 eine Steigerung von rund 7,2 Prozent.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt. Freier Eintritt.

Wien, am Freitag, den 23. November 1928

Die Wiener Schulreform und das Ausland. Mit stets wachsender Aufmerksamkeit verfolgt die Fachwelt des Auslandes die schulreformatrice Arbeit des Stadtschulrates und der Wiener Lehrerschaft. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Besucher die Bewilligung ansprechen, die Wiener Schulen an Ort und Stelle kennen zu lernen. Besonderes Interesse wurde im Schuljahr 1927/1928 für die Hauptschule bekundet. Als offizielle Vertreter ausländischer Schulbehörden und Stadtverwaltungen besuchten im abgelaufenen Schuljahr die Wiener Schulen: Aus Amerika 82 Gäste, aus Aegypten, Belgien, Griechenland und Spanien je 1 Gast, aus China, Russland und aus der Türkei je zwei Gäste, aus Dänemark, Italien/je drei Gäste, aus Deutschland 239 Gäste, England 15, Estland 5, Frankreich 6, Finnland 12, Japan 14, aus Indien 11, Jugoslawien 14, Lettland 12, Norwegen 6, Palästina 11, Polen 28, Rumänien 10, Schweden 13, Schweiz 14 und aus Ungarn 21 Gäste. Insgesamt wurden die Wiener Schulen von 575 Gästen besucht. Aber auch aus den Bundesländern fanden sich zahlreiche Lehrpersonen, einzeln und in Gruppen, wie zum Beispiel in Arbeitsgemeinschaften und so weiter, zum Zwecke des Studiums der Wiener Schulen ein, wobei auch von diesen vor allem der Hauptschule besonderes Augenmerk zugewendet wurde. Insgesamt beläuft sich die Zahl der inländischen Besucher auf 569. Soweit als möglich, wurde den auswärtigen Besuchern eine sachverständige und fremdsprachkundige Führung beigegeben. Ausserdem hatte der Stadtschulrat Gelegenheit, im Schuljahr 1927/28 mehrere Exkursionen zu empfangen. Im Oktober 1927 besuchten Schweizer Lehrer und Lehrerinnen, die Fachwissenschaftliche Abteilung des Deutschen Landeslehrervereines in Böhmen, im November 1927 Berliner Lehrer und Lehrerinnen, im Dezember die Hochschule für pädagogische Studien in Prag, im Februar dieses Jahres die Erziehungswissenschaftliche Fachschule der Universität Tübingen, im März Abiturienten des Luisenstädtergymnasiums Berlin, im April französische Lehrer und Lehrerinnen, eine Abordnung des Pädagogischen Verbandes des Zentrallehrervereines in Mähren, eine Abordnung des Verbandes der polnischen Lehrer, der Generalrat des Berufsekretariats der den freien Gewerkschaften angeschlossenen Lehrerverbände, Lehrer und Lehrerinnen aus Jugoslawien, im Mai eine Abordnung des Lehrervereines aus Bratislava, Lehrer aus Bulgarien, im Juni Lehrer und Abiturienten der Lichtwarkschule in Hamburg, im August die Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, die Staatliche höhere Versuchsschule Dresden und schliesslich im September eine Lehrerabordnung aus Altona, eine Studienkommission des Ministeriums für den öffentlichen Unterricht in Frankreich, der Stadt Paris und der Handelskammer Paris, eine Abordnung des sächsischen Lehrervereines in Pirna, eine Studienkommission niederschlesischer Philologen und endlich mehrere Abiturientinnen des Gewerbeschullehrerinnenseminars in Hessel die Wiener Schulen. Die Gesamtzahl dieser Gäste macht 809 aus.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1929. Soeben haben die städtischen Unternehmungen die Wirtschaftspläne für das Jahr 1929 vorgelegt. Die städtischen Gaswerke, die am 31. Dezember 1913 211.815 Gasabnehmer, am 1. November dieses Jahres 449.606 Konsumenten zählten, sehen eine Gaserzeugung von 310 Millionen Kubikmeter Gas vor. Der Absatz wird mit rund 285 Millionen Kubikmeter Gas veranschlagt. Die städtischen Elektrizitätswerke zählten am 31. Dezember 1913 92.500 Konsumenten. Am 1. November dieses Jahres betrug die Zahl der Stromabnehmer 573.076. Die Stromerzeugung im nächsten Jahr in den Wiener Kraftwerken, im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth, in den Wasserkraftwerken Opponitz und Gaming sowie in den Wiener Wasserkraftwerken der Zweiten Hochquellenleitung wird zusammen mit dem Strombezug aus dem Wasserkraftwerk Partenstein und aus fremden kleinen Wasserkraftanlagen und den Anlagen der niederösterreichischen Elektrizitätswirt-

schafts A.G. mit 566'6 Millionen Kilowattstunden, der Absatz mit 386'6 Millionen Kilowattstunden Strom veranschlagt. Die städtischen Strassenbahnen setzen für das kommende Jahr eine Fahrtleistung der Strassenbahnen und Stadtbahn von rund 160 Millionen Wagenkilometer voraus. Die Beförderungsleistung der Strassenbahnen wird mit rund 645 Millionen Fahrgäste veranschlagt, gegenüber 326 Millionen Fahrgästen, die im Jahre 1913 befördert worden sind. Das Brauhaus der Stadt Wien veranschlagt seine Biererzeugung im kommenden Jahr mit 400.000 Hektoliter, den Verkauf mit 376.000 Hektolitern. Die städtische Leichenbestattung sieht im Jahre 1929 die Besorgung von rund 20.000 Leichenbegängnissen vor. Die städtische Ankündigungsunternehmung "Gewista" hat die Zahl der Aufträge mit 4000 veranschlagt. Ausser den städtischen Strassenbahnen, die für das kommende Jahr einen Gebarungsabgang von rund 2'5 Millionen Schilling veranschlagen, schliessen die Wirtschaftspläne der übrigen städtischen Unternehmungen mit Gebarungsüberschüssen ab.

Die Steuer für Automobile, die bei öffentlichen Versteigerungen erstanden werden. Die Abgabebeschwerdekommission der Gemeinde Wien hat den Grundsatz vertreten, dass die persönliche Haftung des Erwerbers eines Kraftwagens im Sinne des Paragraph 6, Absatz 4 des Kraftwagenabgabegesetzes auch in jenen Fällen eintritt, in denen der Wagen bei einer öffentlichen Versteigerung durch Zuschlag erworben wurde. Dagegen wurde die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen. Strittig war ausserdem, ob der Magistrat verpflichtet war, die Feststellungen, die zur Erwirkung des Nachbesitzers geführt haben, dem Beschwerdeführer vor Erlassung eines Haftungszahlungsauftrages vorzuhalten; endlich wurde in der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde bekämpft, dass nicht nur der rückständige Abgabebetrag, sondern auch der beim Vorbesitzer fällig gewordene Verzögerungszuschlag und die Exekutionsspesen dem Beschwerdeführer zur Haftung vorgeschrieben wurden. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde als unbegründet abgewiesen und ausgeführt, dass der Rechtstitel des Erwerbes eines Kraftwagens für die Geltendmachung der Haftung irrelevant sei. Nicht nur bei Verkäufen freiwilliger Natur, sondern auch bei Zwangsverkäufen in öffentlicher Versteigerung haftet der Erwerber für die Rückstände, die bei den Vorgängern angelaufen sind. Die Frage, ob auch die Nebengebühren dem Beschwerdeführer mit Recht vorgeschrieben wurden, konnte nicht zum Gegenstand der Entscheidung gemacht werden, da diese Tatsache im ordentlichen Verfahren erster und zweiter Instanz nicht geltend gemacht worden war. Diese Entscheidung ist für zahlreiche anhängige Fälle, in denen der Erwerb eines Kraftwagens anlässlich einer öffentlichen Versteigerung erfolgt ist, von grundsätzlicher Bedeutung. Es wurde auch zum erstenmal anerkannt, dass durch die landesgesetzliche Bestimmung des Kraftwagenabgabegesetzes Grundsätze des Privatrechtes, im vorliegenden Fall der Grundsatz der lastenfreien Erwerbung des Eigentums bei Erwerb anlässlich einer öffentlichen Versteigerung, tangiert, ja direkt beseitigt werden können.

Eröffnung der Wärmestuben. Der Betrieb der Wärmestuben, III., Erdbergerstrasse 85, X., Puchsbauplatz 13, XIV., Nobilegasse 35, XVI., Seeböckgasse 18 und XX., Burghardtsgasse 3, wird heuer am nächsten Montag um 8 Uhr abends wieder aufgenommen. Die Wärmestuben werden täglich von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens offen sein. Sie werden in der gleichen Weise wie in den Vorjahren wieder geführt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in Hietzing die Bahnhofstrasse, Keisslergasse und Bergmillergasse und in Döbling die Mooslackengasse, die unbenannte Gasse zwischen der Heiligenstädterstrasse und der Boschgasse und diese zwischen der Mooslackengasse und der unbenannten Gasse mit elektrischer Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Wien, am Freitag, den 23. November 1928. Zweite Ausgabe.

Die Beratung des städtischen Haushaltsplanes. Der Stadtsenat und Finanzausschuss setzten heute die Beratung über den Voranschlag für das Jahr 1929 fort. Zuerst sprach in der Generaldebatte Gemeinderat Zimmerl, der auf die günstige Finanzlage der Gemeinde verwies und aus diesem Grund einige Abgabenermässigungen gewünscht hätte. Er beantragte auch, dass der Finanzreferent eine Gesetzesvorlage unterbreite, die jene Abgabenermässigungen, die am 31. Dezember 1928 ablaufen, auf weitere zwei Jahre verlängert. Die Wohnbausteuer sei im Voranschlag zu gering veranschlagt, weil doch im nächsten Jahr wieder einige tausend wohnbausteuerpflichtige Gemeindefamilien dazu kämen. Redner beklagte die schikanösen Kontrollmassnahmen im Steuerreferat und forderte den Ausbau der Pauschalierung bei gewissen Gemeindeabgaben. Die Wasserkraftabgabe soll abgeschafft werden, weil die Gemeinde keine neue Anlage mehr baue und die Elektrizitätswerke noch stark ausbaufähig sind. Das kommunale Wohnbauprogramm müsse endlich mit Anleihegeldern finanziert werden, wobei auch die Zentralsparkasse zu einer solchen Anleihe beitragen könnte. Für den Fremdenverkehr müsse mehr geschehen; insbesondere die Erschliessung des Kahlenberges sei ein Gebot der Notwendigkeit. Gemeinderat Zimmerl verlangt schliesslich die Abschaffung des Sammeltages für die Armen Wiens, der für die Gemeindeverwaltung unwürdig sei, spricht sich gegen den Ankauf von alten Häusern aus, weil er meist nur aus parteipolitischen Gründen erfolgt und kündigt an, dass die Minderheit bei der Beratung des Voranschlags im Gemeinderat einen Antrag auf Zurückzahlung der seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen für den Bezug von Gas und elektrischen Strom einbringen werde. Gemeinderat Rummelhardt kritisiert die Doppelstellung des Bürgermeisters als Landeshauptmann. Es sei vom demokratischen Standpunkt verwerflich, dass man der Bevölkerung eine Beschwerdeinstanz weggenommen hat. Eine Aenderung der Verfassung ist unerlässlich. Es werden Steuern eingehoben, die zur Deckung von speziellen Landesaufgaben dienen, eine Trennung ist aber weder im Rechnungsabschluss, noch im Voranschlag durchgeführt. Es müsse dem Landtag ein eigenes Landesbudget vorgelegt werden. Die saloppe Führung der Landesgeschäfte ist ein Skandal und auf die Dauer unerträglich. Diese Referate sind dem Magistratsdirektor übergeben worden, sie werden nur als Anhängsel der Stadtsenatssitzungen betrachtet. Man hat, um dem Magistrat und der Gemeinde mehr Macht zu verschaffen, den Versuch gemacht die Strassenpolizei in die Hand zu bekommen. Die Minderheit hat wiederholt auf die Unhaltbarkeit des bezüglichen Landesgesetzes aufmerksam gemacht, man hat sie aber mitteilidig belächelt. Nunmehr hat der Verfassungsgerichtshof dieses Gesetz aufgehoben. Es wäre jetzt sehr interessant zu erfahren, wie es mit der Theaterpolizei steht. Redner bezeichnet dann die Führung der Schulagenden als unmöglich. Es sei ein Mangel, dass für das Schulwesen kein spezieller Referent im Stadtsenat sei, der dem Gemeinderat gegenüber die Verantwortung trage. Der Stadtschulrat stehe unter der Botmässigkeit des Freidenkerbundes, was insbesondere bei der Besetzung der Religionslehrerstellen zum Ausdruck kommt. Diese Stellen werden lange Zeit überhaupt nicht besetzt, dafür aber die vom Freidenkerbund veranstalteten Unterrichtskurse für sittliche Lebenskunde durch einen eigenen Erlass des Stadtschulrates gefördert. Für diese Kurse wurden in allen Bezirken Schulräume zur Verfügung gestellt. Wenn es sich dabei nur um Privatkurse handelt, so ist die offizielle Aufmachung derart, dass die Eltern leicht glauben können, dass es sich hier um den Religionsunterricht handelt. Die Minderheit werde gegen den Voranschlag stimmen. Stadträtin Dr. Motzko führt aus, dass die Ertragnisse der Abgaben in vielen Fällen zu niedrig veranschlagt sind. Dies trifft insbesondere bei der Wohnbausteuer zu. Bei dieser Steuer sei endlich die Befreiung der Fürsorgeanstalten restlos durchzuführen. Bei der Lustbarkeitsabgabe wäre insbesondere eine Lockerung der Bestimmungen für Veranstaltungen am Platze, die der Jugend und ihrer körperlichen Ertüchtigung dienen. Die Ausgaben der Gemeinde richten sich nach ihren grundsätzlichen Erwägungen. Es besteht kein vernünftiger Grund, sie zu rechtfertigen. Das Wohnungswesen wäre auf eine

andere Basis zu stellen. Mit Hilfe einer Wohnbauanleihe könnten vierzig Millionen Schilling erspart werden, ohne das Wohnbauprogramm einzuschränken. Das Wien der Zukunft wird seine Heimatstätten an der Peripherie suchen. Ihr Siedlungsprogramm ist aber ein sehr vages und die Siedlungsanlagen, die Sie bisher geschaffen haben, sind auch nicht entsprechend. Die Kommunalisierungen, die seinerzeit von der christlichsozialen Partei durchgeführt würden, dienten einer Fundierung des Wirtschaftslebens. Die Sie durchführen, wirken konkurrenzierend, durch sie wird das freie Gewerbe zurückgedrängt. Die Rednerin wendet sich dann der Besprechung des Wohlfahrtswesens zu und erklärt, dass die Richtlinien in der Fürsorge überhaupt deren Individualisierung unmöglich machen. In der Altersfürsorge hat die christlichsoziale Gemeindeverwaltung im Jahre 1913 für laufende Unterstützungen 8'4 Millionen Goldkronen und für Erhaltungsbeiträge für alte Bürger 720.000 Goldkronen ausgegeben. In Ihrem Voranschlag aber finden wir für Erhaltungs- und Mietzinsaushilfen nur zehn Millionen Schilling, was weit hinter dem zurücksteht, was die Vergangenheit geboten hat. Die Leistungen für die alten Leute sind heute sehr bescheiden. München, das um mehr als eine Million Einwohner weniger hat als Wien, gibt für die allgemeine Fürsorge, ausschliesslich der gehobenen Fürsorge, nicht weniger als 8'2 Millionen Reichsmark aus. In der Altersfürsorge besteht überhaupt das Bestreben möglichst zu sparen. So ist in der geschlossenen Altersfürsorge der Personalaufwand bedeutend höher als die Kosten für die Lebensmittel. Die Jugendfürsorge ist zu teuer. Während der Caritasverband in der geschlossenen und halbgeschlossenen Fürsorge für 20.000 Kinder rund vier Millionen Schilling braucht, veranschlagen Sie für die Anstalten gleicher Art, aber nur für 10.000 Kinder nicht weniger als 12 Millionen Schilling. Wenn Sie mithelfen würden, die freiwillige Fürsorge auszubauen, würden Sie bei erhöhter Leistung viele Millionen ersparen. Ihre parteipolitische Einstellung im Fürsorgewesen zeigt sich darin, dass Sie zwei Hausgehilfenheime und zwei Studentenheime sozialdemokratischen Organisationen in Verwaltung übergeben haben. Während Sie den Verband für freiwillige Fürsorge mit 80.000 Schilling subventionieren, lassen Sie den Caritasverband links liegen. Die kostenlose Beteiligung der Kinder reicher Leute mit den Lernmitteln ist eine Bereubung der armen Kinder. Diese Mehrausgabe ist ganz überflüssig. Der unnötige Mehraufwand für den Wohnhausbau, für die Fürsorge und für das Schulwesen dient nur Ihrem Parteiluxus, weshalb wir diesem Voranschlag unsere Zustimmung verweigern. Gemeinderat Binder kritisiert die Behandlung der Bezirksvertretungen von Seiten des Magistrates. In Bezirksvertretungen werden oft im Interesse des Bezirkes einstimmige Beschlüsse gefasst, von denen aber der Magistrat nicht einmal Notiz nimmt. Da muss Wandel geschaffen werden. Ein Bezirksrat ist heute nur mehr ein Exekutivorgan für Erhebungen. Bei Kommissionierungen werden in der Regel nur sozialdemokratische Bezirksräte herangezogen. Die Statistik der Abgabenverwaltung zeigt, wohin das System des freien Ermessens führt und wie rücksichtslos Steuern eingetrieben werden. Dass das freie Ermessen ohne Rücksicht auf den Einzelnen gehandhabt wird, geht am besten daraus hervor, dass von 2.683 in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe eingereichten Betrieben 1.856 um Stundungen angesucht haben. Von diesen musste der Magistrat 1.810 bewilligen. Schliesslich verlangt der Redner eine individuelle Behandlung bei der Bemessung der Lustbarkeitsabgabe und den Schutz für jene Mieter in städtischen Bauten, die nicht sozialdemokratischen Organisationen angehören und deswegen schikaniert werden. Die Beratungen werden nächste Woche fortgesetzt.

Zwei Wassermannstationen der Gemeinde. Bei der Behandlung von Syphilis spielt bekanntlich die Untersuchung des Blutes nach der sogenannten "Wassermannreaktion" eine wichtige Rolle. Diese Blutuntersuchung kann aber nur in grossen gut eingerichteten Laboratorien sachgemäss durchgeführt werden. Die Gemeindeverwaltung wird nun zwei Wassermann-Stationen einrichten. Die eine Stelle wird im städtischen Amtshaus Alsergrund in der Währingerstrasse 39 und die zweite im städtischen Amtshaus Ottakring, Richard Wagnerstrasse 19 eingerichtet. In kürzester Zeit wird die Station auf dem Alsergrund eröffnet werden. Die Prüfung der Blutproben erfolgt in der sero-diagnostischen Untersuchungsstation im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz.

Wien, am Samstag, den 24. November 1928

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche setzen der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss am Montag, Dienstag und Mittwoch um 16 Uhr die Generaldebatte über den Voranschlag der Stadt Wien für 1929 fort. Der Wiener Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags und am Mittwoch nach Schluss der gemeinsamen Sitzung mit dem städtischen Finanzausschuss zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, 17 Uhr, einberufen.

Der Berliner Oberbürgermeister über die Wiener Schubertfeier. Bürgermeister Seitz hat vom Oberbürgermeister der Stadt Berlin Dr. Gustav Böss folgendes Schreiben erhalten: Aus Ihrem schönen Wien zurückgekehrt und noch erfüllt von dem Zauber einer Gastfreundschaft, die unausgesprochene Wünsche erfüllte, drängt es mich, Ihnen nochmals für die Einladung zur Schubertfeier der Stadt Wien wärmstens zu danken. Haben Sie mir doch hier durch die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern gegönnt, von dem ich viele Anregungen mit nach Hause nehmen durfte. Danken möchte ich Ihnen aber auch für die grosse Sorgfalt und Mühe, die aufgewendet worden ist, um uns - den deutschen Oberbürgermeistern - einen Einblick in die Verwaltung des neuen Wien und einen Ueberblick über das von ihm bisher Geleistete zu verschaffen. Was das neue Wien trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf allen Gebieten der Verwaltung, insbesondere aber an sozialen Einrichtungen, geschaffen hat, nötigte uns allen Bewunderung ab vor Ihrer und der Tatkraft der Männer, die unter Ihrer Führung am Werke sind. Und schliesslich danke ich Ihnen dafür, dass Sie es mir ermöglicht haben, die Einladung der Stadt Berlin der Stadt Wien persönlich zu überbringen und für die liebenswürdige Aufnahme, die Sie dieser Einladung bereitet haben. Wenn das Gefühl unlöslich verbundener Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Stämme, das in allen Teilnehmern an der Schubertfeier lebendig war, noch einer Vertiefung fähig gewesen ist, dann hat dies sicherlich diese Feier zugebracht. Schliesslich gibt der Berliner Oberbürgermeister noch seiner Hoffnung Ausdruck, im nächsten Frühjahr die Vertreter der Stadt Wien als Gäste der Stadt Berlin begrüßen zu dürfen.

Ausgestaltungsarbeiten in städtischen Bädern. In der letzten Zeit wurden in vielen städtischen Bädern umfangreiche Ausgestaltungsarbeiten durchgeführt. Besonders zu erwähnen sind die Ausgestaltungsarbeiten im städtischen Theresienbad, XII., Hufelandgasse 3, und im städtischen Volksbad, III., Apostelgasse 18, wo insbesondere die Brausebäder ausgestaltet wurden. Neue Einzelbrauseabteilungen wurden im städtischen Volksbad, V., Einsiedlerplatz 18, geschaffen.

Einschaltung der neuen Feuermelder. Die heuer begonnenen Arbeiten zur Erneuerung der alten Feuermelder gehen ihrer Vollendung entgegen. Vom 27. November bis 20. Dezember werden in der Feuerschutzsektion I, die die Innere Stadt und die angrenzenden Bezirksteile umfasst, die alten Feuermelder abgeschaltet und die neuen eingeschaltet. Da während dieser Arbeiten der Betrieb der Feuermelder nicht mit Verlässlichkeit wird aufrecht erhalten werden können, soll jedermann, der ein Feuer oder einen Unfall anzuzeigen hat, während der Einschaltzeit seine Anzeige mittels Fernsprecher mit dem Ruf "Feuerwehr" machen. Die volle Betriebsfähigkeit der neuen Feuermelderanlage wird zeitgerecht bekanntgegeben.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses spricht morgen Sonntag um 10:30 Uhr vormittags Obersenatsrat Dr. Jäger über "Wandlungen des Wiener Stadtbildes seit zehn Jahren. Freier Eintritt."

Wien, am Montag, den 26. November 1928

Teilweiser Haaseinsturz auf dem Alsergrund. Heute Montag um 9 Uhr vormittags stürzte die gassenseitige Hälfte eines alten Hauses in der Alserbachstrasse 15 offenbar durch das Bersten eines Pfeilers in einer Länge von ungefähr acht Meter zusammen. Die städtische Berufsfeuerwehr, die sofort auf der Unfallstelle erschien, führte unter dem Kommando des Branddirektors Ingenieurs Wagner die ungemein schwierigen Aufräumungsarbeiten durch. Glücklicherweise sind keine Menschenleben zu beklagen und es ist auch niemand verletzt worden.

Im Erdgeschoss des Hauses ist durch eine Baumeisterfirma ein Pfeiler entfernt worden, um eine grössere Schaufensteröffnung zu gewinnen. Das Erdgeschoss ist im Laufe der Zeit vornehmlich für Geschäftszwecke adaptiert worden. Das Haus wurde im Jahre 1800 erbaut. Es ist also mehr als hundert Jahre alt. Die Adaptierung war ordnungsgemäss angemeldet worden. Das Stadtbauamt hat auch die Bauverhandlung und zwei Rohbaubesichtigungen durchgeführt. Dabei ergaben sich in der Bauausführung kleinere Bemängelungen. Es hat sich jedoch nichts gezeigt, was auf irgendeine Gefahr hätte hinweisen können. Obwohl es sich um ein altes Gebäude handelt, so sind doch dort ganz gleiche Arbeiten vor ungefähr zwei Jahren ohne jeden sichtbaren Nachteil durchgeführt worden. Soweit man im derzeitigen Stadium der Erhebungen überhaupt über eine Ursache sprechen kann, so dürfte die Zerdückerung eines Gassenpfeilers vorliegen. Die Abmessungen dieses Pfeilers waren jedoch entsprechend, so dass minderwertiges Mauerwerk im Innern des Pfeilers bestanden haben muss. Von der Qualität des Mauerwerkes muss sich der ausführende Baumeister überzeugen. Auch die schärfste Bauaufsicht kann die Sachkenntnis und das Pflichtgefühl der bauausführenden Firma nicht entbehrlich machen.

Im Laufe des Tages besuchte Bürgermeister Seitz in Begleitung des Stadthauptmannes Hofrat Dr. Kloss und der Senatsräte Ingenieure Fiedler und Friedel die Unfallstätte. Visobürgermeister Eggerling und die amtsführenden Stadträte Linder, Professor Tandler und Weber sowie Bezirksvorsteher Schober mit den Gemeinderäten Innerhuber und Schleifer erschienen sofort nach der ersten Meldung an der Unfallstelle. Bürgermeister Seitz hat den durch den Haaseinsturz betroffenen Mietparteien aus dem ihm zur Verfügung stehenden Spenden entsprechende Beträge überwiesen. Amtsführender Stadtrat Weber hat verfügt, dass den obdachlogewordenen Mietern von der städtischen Wohnhäuserverwaltung entsprechende Räume zugewiesen werden.

Im städtischen Finanzausschuss erstattete heute Montag amtsführender Stadtrat Linder, in dessen Verwaltungsgruppe die Baupolizei gehört, einen Bericht. Bürgermeister Seitz erklärte sofort, dass ihm das Ergebnis der bisherigen Untersuchung, soweit sie in der kurzen Zeit durchgeführt werden konnte, nicht genüge. Ich habe, sagte der Bürgermeister, angeordnet, dass die Tätigkeit der städtischen Organe, die in dieser Sache Kommissionen durchgeführt haben, überprüft und auch die Aktenlage im Zeitpunkt des Einsturzes genau festgestellt werde. Ich bin der Ansicht, dass die Baupolizei nicht streng genug vorgehen kann. Weder mir, noch dem amtsführenden Stadtrat ist es möglich, die rein fachmännischen Entscheidungen zu treffen. Für diese kann nur das betreffende, speziell für diesen Verwaltungszweig wissenschaftlich ausgebildete Organ verantwortlich gemacht werden. Wenn irgend jemand etwas unterlassen oder etwas getan haben sollte, was nicht voll und ganz zu verantworten ist, so wird er die Folgen zu tragen haben. Wir müssen die absolute Sicherheit haben, dass nach allen wissenschaftlich erprobten Methoden geprüft werde. Die Baupolizei darf erst dann genehmigen, wenn alles für die absolute Sicherheit vorgekehrt ist. In dieser Beziehung darf es gar keine wie immer geartete Nachsicht oder Lässigkeit geben. Wir wünschen nicht, dass auch nur das geringste vertuscht werde. Ich kann die Versicherung abgeben, dass die angeordnete Untersuchung mit der grössten Strenge zur restlosen Aufklärung Sie muss zur restlosen Aufklärung des Falles, beziehungsweise zur strengsten Ahnung von etwa schuldigen Personen führen. Die christlich-sozialen Gemeinderäte Dr. Alma Metsko, Zimmerl, Ingerswayer und Uebelhör verlangten finanzielle Hilfe für die vom Unglück betroffenen Hausbewohner und die Ueberprüfung der Bauvorschriften. Amtsführender Stadtrat Linder sagte im Sinne der Ausführungen des Bürgermeisters die Durchführung der strengsten Untersuchung zu.

Entfallende Sprechstunde. Mittwoch entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

Notstandsaktion für Kriegsoffer. Aus den Mitteln des Ausgleichsfondes werden bei der Magistratsabteilung 11 (Invalidenfürsorge) die nach dem Invalidenbeschäftigungsgesetz begünstigten Personen, die in Wien wohnhaft sind, mit Bekleidungsarten oder Geldaushilfen noch vor Weihnachten beteiligt. Die Ansuchen sind vom 28. November bis 7. Dezember an allen Wochentagen von 9 Uhr bis 17 Uhr bei der Magistratsabteilung 11, XII., Niederhofstrasse 41, unter Verwendung der dort erhältlichen amtlichen Fragebogen einzubringen, wo auch die näheren Bestimmungen über die Beteiligung zu erfahren sind.

Wien, am Montag, den 26. November 1928. Zweite Ausgabe

Die Beratung des städtischen Haushaltsplanes. Stadtsenat und Finanzausschuss setzten heute in dreistündiger Beratung die Generaldebatte über den Voranschlag für das Jahr 1929 fort. Es wurde die Generaldebatte beendet und morgen Dienstag wird der städtische Finanzreferent auf die Einwendungen der Minderheit erwidern. Heute sprach als erster Redner Vizebürgermeister Hoss, der eine andere Form der Auseinandersetzung der Gemeinde mit dem Bund über die Abgabenteilung forderte. Er sprach auch sehr ausführlich über die Personalpolitik der Gemeindeverwaltung, die er für verfehlt hält. Die Mehrheit lasse sich dabei ausschliesslich von parteipolitischen Grundsätzen leiten. Auch in der Personalpolitik müsse die Gemeinde auf die Steuersahlerücksicht nehmen. Es zeige sich, dass die Personallasten immer grösser werden. Dies scheint auch der Grund dafür zu sein, dass man jetzt gewisse Betriebe, die keinen Monopolcharakter haben, abstösst. Es ist wohl richtig, dass die Gemeinde rund dreissig Prozent der Nettoausgaben für das Wohlfahrtswesen aufwendet. Aber auch hier muss bemängelt werden, dass die Verpflegung für die Erwachsenen ungenügend ist und auch die Fürsorgebeträge meist zu klein sind. Die Errichtung eines Stadions sei sehr zu begrüssen, doch dürfe man sich nicht bezüglich des Platzes auf einen unverständlichen Standpunkt stellen. Es sei zu hoffen, dass hier die Vorschläge der Minderheit berücksichtigt werden. In den städtischen Wohnbauten werden auf Kosten der Wohnungssuchenden viel zu viel Geschäftslokale geschaffen. Man müsste den Bau von Geschäftslokalen auf das notwendigste beschränken. Das Heimfallrecht bei den Siedlungsbauten ist gegenwärtig mit dreissig Jahre festgesetzt. Dieser Zeitraum müsste verlängert werden. Zur Förderung des Fremdenverkehrs gehört unzweifelhaft die Erschliessung des Kahlenberges. Die ganze Bevölkerung würde es begrüssen, wenn die Gemeinde endlich dieses schönste Gebiet allgemein zugänglich machen würde. Heute ist der Kahlenberg vollständig verwahrlost und die Gemeinde könnte für sich die grosse Tat in Anspruch nehmen, wirklich etwas Vorbildliches geschaffen zu haben. Der jetzige Zustand aber müsse als Schande bezeichnet werden. Redner ersucht ferner bezüglich der Reichsbrücke mit dem Bund in ernste Verhandlungen zu treten und über eine gewisse Beitagsleistung der Gemeinde konkrete Vorschläge zu erstatten. Für Floridsdorf sei diese Brücke, ebenso wie der Bau des zweiten Sammelkanals eine dringende Notwendigkeit. Schliesslich ist auch die Ausgestaltung der Märkte unbedingt erforderlich. Gemeinderat Angermayer verlangt Aufklärung über den Hauseinsturz auf dem Alsergrund und beschäftigt sich dann sehr eingehend mit der Finanzpolitik der Gemeindeverwaltung. Die Finanzpolitik des Stadtrates Breitner nehme in keiner Weise Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung und müsse deshalb als ruinos bezeichnet werden. Es werden alle Lasten auf die gegenwärtige Generation gelegt, die einen vierjährigen Krieg und eine Geldentwertung durchgemacht hat. Es müssten aber die kommenden Generationen vor allem herangezogen werden. Am ruinosesten für die Wirtschaft ist die Fürsorgeabgabe. Im Voranschlag sind 76 Millionen Schilling eingestellt, gegenüber 69 Millionen im Jahre 1928. Man kann diese Abgabe ruhig als Strafsteuer bezeichnen, denn sie nimmt gar keine Rücksicht darauf, ob der Betrieb aktiv oder passiv ist. Bei der Durchführung einer Steuerreform müsse vor allem diese Steuer abgebaut werden. In den letzten Jahren wird immer ein Defizit abgesetzt, während die Mehrheit früher sehr stolz auf die Ueberschüsse war. Aber auch das Defizit, das im Voranschlag für das Jahr 1929 ausgewiesen wird, würde sofort verschwinden, wenn

man sich entschliesse, eine Anleihe aufzunehmen. Dann könnte auch eine mindestens fünfzigprozentige Steuerermässigung eintreten. Es ist sehr bedauerlich, dass auch die städtische Finanzpolitik parteipolitisch eingestellt ist. Die Steuerträger werden nicht nur nach ihrer Tragfähigkeit, sondern auch nach ihrer Parteizugehörigkeit eingeschätzt. Ein solches Vorgehen muss auf die Öffentlichkeit korrumpierend wirken. Die Personalpolitik wird ebenfalls nach parteipolitischen Grundsätzen geführt. Bei der Besprechung des Wohnungswesens erklärt der Redner, dass die Sozialdemokraten heute Mammutbauten mit Liliputamerwohnungen bauen, obwohl sie seinerzeit den schärfsten Kampf gegen die Mietkasernen geführt haben. Die Wohnungsfrage ist zugleich auch eine Verkehrsfrage und es wäre höchste Zeit, den Bau einer Untergrundbahn in Angriff zu nehmen. Eine Investitionsanleihe wäre dafür sicher zu haben. Auch in der Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien gibt der parteipolitische Standpunkt den Ausschlag. Ihre Sozialisierungsversuche haben dahin geführt, dass Sie die Betriebe, die Sie seinerzeit geschaffen haben, nun alle wieder in die Privatwirtschaft überführen. Schliesslich stellt der Redner die Anfrage, ob die Gerüchte wahr seien, dass das städtische Brauhaus verkauft werden soll. Gemeinderat Uebelhör bespricht vorwiegend die Wirtschaftspolitik und die Lage der Wiener Gewerbetreibenden. Während das Vermögen der Gemeinde Wien in den letzten Jahren eine ungeheure Steigerung erfahren hat, sind die Gewerbetreibenden dank der Steuerpolitik der Sozialdemokraten arm geworden. Sie haben heute keine Kreditmöglichkeit, können nicht entsprechend Rohstoffe einkaufen und auf Lager arbeiten, weil ihnen eben das Betriebskapital fehlt. Das System der Steuervorschreibungen ist unhaltbar. Bei der Vorschreibung insbesondere der Fürsorgeabgabe herrscht die Sucht, alles zu besteuern. Die Einrichtung der Wertzuwachsabgabe ist heute ein Ding der Unmöglichkeit, wie man ihresgleichen auf der ganzen Welt nicht findet. Es wäre auch wünschenswert, die Autosteuer insbesondere bei kleineren Wagen herabzusetzen, weil dadurch nicht nur der Autoindemnis geholfen, sondern auch die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden könnte. Schliesslich verlangt Gemeinderat Uebelhör, dass endlich einmal auch die Gemeinderatsprotokolle in Druck gelegt werden.

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat heute wieder einige Subventionen beschlossen. Die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molkereiprodukten wird mit tausend Schilling subventioniert. Die Gesellschaft ist bestrebt, den heimischen Milchkonsum zu steigern und durch fachgemässe Beratung die Erzeugung von Molkereiprodukten zu fördern. Die Bildungsstelle des österreichischen Senefelderbundes erhält ebenfalls eine Subvention von tausend Schilling. Die Bildungsstelle hält an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien Fachkurse zur Weiterbildung der Gehilfen und Lehrlinge ab. Während des Schuljahres werden Mappen und Reproduktionen von Gemälden in verschiedenen modernen Techniken hergestellt, ins Ausland versendet und auf diese Weise Graphische Wiener Kunst im Ausland verbreitet, um verlorene Absatzgebiete wieder zurückzugewinnen. Die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft wird mit sechshundert Schilling subventioniert. Sie versieht seit 41 Jahren in der uneigenmützigsten Weise den Rettungsdienst im XIII. Bezirk und den angrenzenden westlichen Bezirken und hat seit Bestand in 103.609 Fällen interveniert.

Wien, am Dienstag, den 27. November 1928

Die Beratung des städtischen Haushaltsplanes. In der heutigen gemeindlichen Sitzung des Stadtsenates mit dem Finanzausschuss wurde die Generaldebatte über den Voranschlag beendet. Die Sitzung begann mit einer Rede des städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner, der sehr eingehend alle Einwendungen der Vertreter der Minderheit besprach. Stadtrat Breitner gab einleitend der Hoffnung Ausdruck, dass sich in der wichtigen Frage der Abgabenteilung die Wiener ohne Unterschied der Partei zusammenfinden werden. Wenn gegen die städtische Finanzverwaltung der Vorwurf erhoben worden ist, dass die Abgabentragsanteile nur mit fiktiven Zahlen in den Voranschlag eingesetzt sind, so trifft dies die Bundesfinanzverwaltung, die die Erträge ermittelt hat. Die Wohnbausteuer ist nicht, wie bemängelt wurde, zu niedrig veranschlagt. Die neuen Gemeindewohnungen sind wohl abgabepflichtig, aber bloss mit neun bis zwölf Schilling jährlich, was selbst bei einigen tausenden Wohnungen keine entscheidende finanzielle Rolle spielt. Dagegen stehen aber vielfache Auseinandersetzungen von grossen Wohnungen, wodurch das Steuerertrag sich vermindert. Was das Gesetz über die Befreiung von privaten Neubauten von der Wohnbausteuer anlangt, so muss Klarheit über das Schicksal der sechsten Abgabenteilungsnovelle abgewartet werden. Im gleichen Ausmass wie bisher-dreissigjährige volle Steuerfreiheit wird die Verlängerung nicht erfolgen können. Ueber die Steuerrevisionen sind ganz unrichtige Informationen im Umlauf. Die Zahl der Aussenbeamten in dieser Abteilung beträgt 92. Wenn berücksichtigt wird, dass viele zehntausend abgabepflichtige Betriebe zu revidieren sind, so ist dies gewiss eine bescheidene Zahl. Gegenüber den Wünschen der Minderheit nach einer grösseren Ausdehnung der Steuerpauschalierung sei festgestellt, dass dies durchaus der geübten Praxis entspricht. Es ist die Entwicklung auf diesem Gebiet sehr augenfällig. Während im Jahre 1926 nur rund 25 Prozent der abgabepflichtigen Betriebe pauschaliert waren, sind es jetzt schon 52 Prozent. Es dürfen jedoch keineswegs die Schwierigkeiten übersehen werden. Pauschalierungen können erst dann erfolgen, wenn man den Betrieb genau kennt, weil sonst nicht nur der Fiskus, sondern auch die anderen im Wettbewerb stehenden Betriebsinhaber zu Schaden kommen. Die Vorwürfe wegen der Hauskäufe entbehren jeder Grundlage. Die Gemeinde hat im Jahre 1928 insgesamt 28 Häuser gekauft, von denen nahezu alle demolierungsreif sind. Hausankäufe an sich erfolgen grundsätzlich nicht. Würde die Gemeinde dies wollen, dann könnte sie tausende Häuser kaufen, es würde aber das Geld für den Bau von neuen Häusern gekürzt werden. Die von der Minderheit angeregte Rückzahlung der seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom würde bedeuten, dass die beiden Betriebe das Geld wo anders beschaffen müssten. Die Kosten müssten natürlich die Konsumenten zahlen. Bei beiden Unternehmungen betragen die Vorauszahlungen zusammen rund fünf Millionen Schilling. Da dieser Betrag auf etwa 900.000 Konsumenten aufgeteilt werden müsste, so kann man sich leicht ausrechnen, wie wenig auf den Einzelnen entfiel. Demgegenüber steht eine vorbildliche Tarifpolitik dieser beiden Werke, über die gar nicht gesprochen wird. Beim Gaswerk ist der Preis seit dem November 1923 und beim Elektrizitätswerk seit April 1924 unverändert. Es wird wohl keinen einzigen Betrieb in Oesterreich geben, der Jahre hindurch keine Tarifierhöhung vorgenommen hat. Gegenüber der Behauptung, dass das städtische Steuersystem erstarrt sei, muss festgestellt werden, dass in den letzten Jahren die Fürsorgeabgabe, die Lustbarkeitssteuer, die Fremdenzimmerabgabe, die Automobil- und Wertzuwachsabgabe ermässigt worden sind. Die Untermietabgabe, Bodenwertabgabe und die Steuer auf Lastkraftwagen wurden überhaupt abgeschafft. Eine Trennung der Ausgaben und Einnahmen nach Land und Gemeinde wäre gewiss in mancher Beziehung erwünscht. Man würde dann insbesondere erkennen, dass Wien zu einem Anteil als Land zu Recht bezieht. Es ergeben sich aber bei einer Trennung des Budgets grosse Schwierigkeiten. So müsste beispielsweise das Strassennetz in Landes- und Gemeindestrassen zerlegt werden. Letzten Endes bleibt es aber dem Steuerträger völlig gleichgültig, ob die Abgaben unter dem Titel Landes- oder Gemeindesteuern entrichtet werden. Es wurde auch als besondere Härte bezeichnet, dass für rückständige Gemeindeforderungen der Betriebsnachfolger haftet. Das ist aber keine spezielle Bestimmung für die Gemeindesteuern, sondern sie findet sich auch im Personaleinkommensteuergesetz, ebenso bei der Körperschaftsteuer. Wenn diese Sicherheit nicht bestünde, so müsste bei jedem ersten Zahlungsverhältnis die Einhebung der Steuer mit der ganzen Strenge der Exekutionsordnung erfolgen. Das würde als schwerer Nachteil empfunden werden. Es wurde verlangt, dass die Lasten auf die kommenden Generationen abgewälzt werden. Das kann nicht der Ehre einer geordneten öffentlichen Verwaltung sein. Es fällt keinem Privaten ein, seinen Kindern möglichst grosse Schulden zu hinterlassen. Ganz unrichtig ist die Behauptung, dass die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei irgend einen Einfluss auf die Steuerbemessung habe. Es kann kein einziger Fall vorgebracht werden. So etwas gibt es nicht. Auf die Anfrage bezüglich der Auswirkung der Herabsetzung der Abgabe für Kleinkraftwagen antwortet Stadtrat Breitner, dass vom 1. Jänner bis 24. November 1928 beim Magistrat 1832 Personenkraftwagen bis zu sechs Steuerpferdestärken und 1143 mit mehr als sechs Steuerpferdestärken angemeldet worden sind. Schliesslich tritt Stadtrat Breitner den Gerüchten von einem Verkauf des städtischen Brauhauses mit der grössten Entschiedenheit entgegen und erklärt, dass niemals daran auch nur gedacht worden ist.

Damit ist die Generaldebatte geschlossen. Es wurde dann noch die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen abgeführt. Von den Mitgliedern der Minderheit wurden hierzu einige Anträge gestellt. Stadtrat Rummelhardt beantragt die Streichung der Haftungsbestimmung im Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe, wonach der Nachfolger für die Steuerrückstände seines Vorgängers aufzukommen hat. Gemeinderat Zimmerl stellt den Antrag, im Sinne der Gesetze über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe sowie über die Lustbarkeitsabgabe das Prinzip der Pauschalierung beziehungsweise der Abfindung in allen jenen Fällen anzuwenden, die hierfür geeignet sind. Vizebürgermeister Hoss beantragt die Ausreihung der Haushalte mit zwei Hausgehilfinnen aus der Hauspersonalabgabe. Ein zweiter Antrag des Gemeinderates Zimmerl verlangt das Erlöschen der Wirksamkeit des Gesetzes über die Wasserkraftabgabe mit 31. März 1929. Schliesslich stellte Gemeinderat Angermayer den Antrag, den im Budget veranschlagten Betrag von fünfhunderttausend Schilling für die Kleinrentnerhilfe im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Mai 1927 auf eine Million Schilling zu erhöhen. Nach dem Stadtrat Breitner auf die Ausführungen der Redner der Minderheit erwidert hatte, werden die gestellten Anträge abgelehnt und die Positionen der Verwaltungsgruppe für Finanzen genehmigt. Amtsführender Stadtrat Speiser berichtet dann über die Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform. Der Gesamtaufwand für 1929 ist mit 182 Millionen Schilling veranschlagt. Davon entfallen auf aktive Angestellte 136 Millionen Schilling und auf Pensionsparteien 46 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1928 ist eine Steigerung von 12 1/2 Millionen Schilling oder 7 1/3 Prozent zu verzeichnen. Am 1. August 1928 standen mit Ausnahme der Angestellten der städtischen Unternehmungen 26.336 Angestellte in städtischen Diensten. Davon entfallen auf die allgemeine Verwaltung 4910 Angestellte, auf die Anstalten und Betriebe der Hochsitzverwaltung, wie Fuhrwerksbetrieb, Sanitätsbetrieb und dergleichen, 14.656 Angestellte und auf das Schulwesen 6704 Angestellte. Während der letzten Jahre wurden im Betrieben und in der Verwaltung verschiedene Reformen durchgeführt, die sich durchwegs günstig auswirken. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Wien, am Mittwoch, den 28. November 1928

Der Hauseinsturz in der Alserbachstrasse. Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss setzten heute die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform des Voranschlages der Gemeinde Wien 1929 fort. Stadtrat Rummelhardt verlangte einen ausführlichen Bericht über den Stand der Untersuchung in der Angelegenheit des Hauseinsturzes in der Alserbachstrasse. Der Eigentümer Kolb hat schon vor Jahren um die Demolierung des Hauses angesucht; dem Ansuchen wurde bis heute nicht stattgegeben. Im Interesse der Geschäftsleute in der Alserbachstrasse ist es dringend notwendig, die Schutthaufen vor dem eingestürzten Haus wegzuräumen. Vor allem aber ist der noch bewohnte Teil des eingestürzten Hauses auf seinen Bauzustand genauestens zu überprüfen. Wenn es notwendig sein sollte, dass das Haus gänzlich demoliert werden muss, sind die Wohnparteien sofort zu delogieren und ihnen entsprechende Wohnräume zur Verfügung zu stellen. Schliesslich beantragte Stadtrat Rummelhardt dass über das Bauglück in der am Freitag stattfindenden Gemeinderatsitzung eingehend berichtet werde.

Amtsführender Stadtrat Linder erklärte, dass auch ohne Aufforderung der heutigen Sitzung ein Bericht in dieser Angelegenheit vorgelegt worden wäre. Er berichtete sodann kurz über die bis jetzt erfolgten Erhebungen. Der endgültige Bericht werde in der nach Schluss der gemeinsamen Sitzung stattfindenden Beratung des Stadtsenates erstattet werden. Stadtrat Kunschak macht darauf aufmerksam, dass in Wien viele sehr alte Häuser bestehen, für die der schwere Lastverkehr eine Gefährdung bedeuten könnte. Die Baupolizei möge deshalb verfügen, dass das Befahren der Strassenteile, wo solche Häuser sind, untersagt werde. Es wurde sodann die Spezialdebatte über den Voranschlag fortgesetzt. Die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten wurde mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Hierauf hielt der Stadtsenat eine kurze Geschäftssitzung ab, in der Stadtrat Linder ausführlich über den Hauseinsturz in der Alserbachstrasse berichtete. Vor allem muss abermals betont werden, dass die Untersuchung mit der grössten Strenge geführt wurde. Gegenüber verschiedenen vollständig unrichtigen Zeitungsmeldungen sei folgendes festgestellt: Hauseigentümer Kolb hat niemals bei der Gemeinde oder bei irgend einem Gemeindeorgan um Demolierung angesucht. Das Haus ist auch nicht beufällig, das Unglück wurde durch geradezu verbrecherische Vorkommnisse verschuldet. Das Haus wurde niemals der Gemeinde zum Kauf angeboten. Die Behauptung des Hauseigentümers, dass er von der Gemeinde die Unterbringung der Parteien verlangt habe, die Gemeinde über 300.000 Schilling beehrte, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Der Hauseigentümer hat schon einmal um eine Erweiterung des Portales des Geschäftes angesucht. Es wurde ein Pfeiler entfernt und ein Träger eingezogen. Das Haus hat dadurch keinen Schaden erlitten. Am 3. September hat die Firma Künzl & Sossik im Auftrage des Hausbesitzers Kolb ein Ansuchen um baubehördliche Genehmigung für die Umgestaltung von Wohnräumen zur Erweiterung des Schuhwarengeschäftes angesucht. Die Bewilligung wurde nach einer Kommissionierung erteilt. Durch die angesuchten Arbeiten wurde der Bauzustand des Hauses nicht im mindesten gefährdet. Nun ist aber in der Nacht vom 23. auf den 24. November nach Angabe des bei der erwähnten Firma beschäftigten Arbeiters Trnka im Auftrag des Hauseigentümers ohne Wissen der Baufirma und ohne Verständigung der Baubehörde eine weitere Arbeit durchgeführt worden. Es wurde eine Scheidemauer weggenommen und die Last der darüber befindlichen, durch zwei Stockwerke reichenden Scheidemauern auf einen angeblich vom Hausbesitzer beigegebenen Walzeisenträger übertragen. Dieser Träger sollte eine Stütze in dem eingestürzten Pfeiler und in der Mittelmauer finden. Die gegenwärtige Untersuchung hat ergeben, dass diese Arbeit ganz unfachgemäss hergestellt wurde. Der Pfeiler wurde weit über die berechnete zulässige Beanspruchung

belastet und dies war die eigentliche Ursache des Einsturzes. Die ausgeführten, von der Baubehörde genehmigten Arbeiten waren bereits neun Tage vollendet, ohne dass der Pfeiler auch nur die geringsten Bauschäden aufwies. Es ist durch die bisher erfolgten Aussagen nicht ganz geklärt, wer den Auftrag zu diesen von der Baubehörde nicht bewilligten Arbeiten gegeben hat. Erhoben wurde, dass zwei Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, weil sie das Gefühl hatten, dass die beabsichtigten weiteren, von der Baubehörde nicht genehmigten Arbeiten, die ihnen der Hauseigentümer aufgetragen hatte, eine Gefahr für das Haus bedeuten. Diese Arbeitsniederlegung erfolgte am 20. November. Nach dieser Arbeitsniederlegung hat die Baufirma eine andere Arbeitspartie auf die Baustelle geschickt, die die erwähnte Scheidemauer entfernte. Der einvernommene Gesellschafter der Baufirma, Herr Sossik, hat angegeben, dass er den Auftrag zur Entfernung der Scheidemauer nicht gegeben hat, sondern diese Arbeit im Auftrag des Hauseigentümers Kolb ohne Wissen und Willen der Baufirma ausgeführt worden sind. Nach dem Einsturz hat die genaue Untersuchung ergeben, dass noch einige andere Bauarbeiten ohne behördliche Genehmigung vorgenommen wurden. So wurde ein schließbarer Rauchfang im untersten Geschoss ohne ordnungsgemässe Unterfangung entfernt. Nach den Aussagen der ersten Arbeit erpartei und auch nach den Erklärungen des Herrn Sossik wird der Hauseigentümer schwersten belastet. Zwei Arbeiter haben angegeben, dass sich der Hausbesitzer und der Eigentümer des Geschäftslokales fortwährend in die Arbeit hineingemischt haben. Bei den Pöhlungen erklärten beide, sie seien nicht notwendig und kosten nur unnütz Zeit und Geld. Der Hausbesitzer stellte sogar an die Arbeiter das Ansinnen, an Stelle eines Eisenträgers der Behörde gegenüber eine Konstruktion vorzutauschen und einen maskierten Holzträger einzuziehen, der nach der behördlichen Überprüfung wieder entfernt werden sollte. Dieses belastende Material hat den Magistrat veranlasst, gegen die Baufirma und den Bauherrn die Anzeige an die Staatsanwaltschaft zu erstatten und nach den Bestimmungen der Bauordnung gegen die Schuldtragenden das Strafverfahren einzuleiten. Die mit der Angelegenheit betrauten baubehördlichen Organe haben ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, sie können aber nicht eingreifen, wenn solche Arbeiten unbefugt durchgeführt werden. Die Baubehörde wird wie bisher in der schärfsten Weise gegen jedes unbefugte Bauen einschreiten. Es muss nachdrücklichst betont werden, dass für den Hauseinsturz einzig und allein den Hauseigentümer Kolb die volle Verantwortung trifft, was auch aus dem amtlichen Bericht einwandfrei hervorgeht. Dieser Bericht wird am Freitag dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Goldene Hochzeiter. In der Vorwoche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Karl und Juliane Grundwalt, Eduard und Leopoldine Horowitz und Leopold und Karoline Knoppek anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen werden in der Leopoldstadt ein Teil der Schüttelstrasse, in Hietzing die Deutschordenstrasse, Rohrbachergasse und Auhofstrasse und schliesslich in Ottakring der Ludo Hartmannplatz, der Hoferplatz, die Nödlgasse und Neumayergasse elektrisch beleuchtet.

Wien, am Donnerstag, den 29. November 1928

Aktion gegen Ausverkäufe und Hausiererunwesen. Eine Abordnung der Fachgruppe der Stoffdetailisten im Verbands der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute Oesterreichs sprach Mittwoch unter Führung des Gemeinderates Hernstein beim Magistratsdirektor Dr. Hartl vor, um gegen die Auswüchse der Ausverkäufe und des Hausiererunwesens Beschwerde zu führen. Obmann Eweles wies darauf hin, dass bei behördlich bewilligten Ausverkäufen Stoffe mit englischem Muster marktschreierisch mit 8 bis 10 Schilling der Bevölkerung angepriesen werden. In Wirklichkeit sind diese Stoffe minderwertige italienische Baumwollware, die in jedem Baumwollwarengeschäft regulär billiger käuflich ist. Ferner kommt es in der letzten Zeit vor, dass grosse Geschäftshäuser in grosser Aufmachung die Auflassung ihres Stofflagers ankündigen und bei offenen Geschäftslokalen nach orientalischem System minderwertige Ware um teuren Preis losschlagen. Wenn diese dann abgesetzt ist, verkaufen die Firmen die regulären Stoffe weiter, so dass von einer Räumung des Stofflagers nicht die Rede sein kann. Obmannstellvertreter Neuhause führte aus, dass umherziehende Agenten, die "Nepper" genannt werden, der Bevölkerung minderwertige Stoffe als englische teuer verkaufen. Sie erklären, sie kommen eben aus England, weshalb sie in der Lage sind, ihre Stoffe um billiges Geld abgeben zu können. Die Käufer erstehen aber schlechte Stoffe, die für einen guten Anzug niemals brauchbar sind, und merken den Betrug zu spät. Magistratsdirektor ^{Dr.}/Hartl sagte die schleunige Untersuchung der Angelegenheit zu. Der Magistrat werde in allen Fällen, wo eine/beabsichtigte Täuschung der Bevölkerung festgestellt wird, gegen die Schuldtragenden unachsichtlich einschreiten.

Eustbarkeitsabgabe und amtliche Eintrittsscheine. Vom 1. Dezember an werden in den Wiener Zirkus- und Varietebetrieben in Favoriten "Favoritner Colosseum", in Meidling "Mercedes", in Rudolfsheim "Colosseum", in Hernals "Westend" und vom 1. Jänner 1929 an in Margareten "Margareten Orpheum" vom Magistrat aufgelegte Eintrittsnachweise ausgegeben. Die Eintrittskarten sind aus einem besonderen, mit dem Wasserdruck "Gemeinde Wien" versehenen Papier hergestellt und enthalten auch einen Vermerk, der den Charakter der Karten als öffentliche Urkunde hervorhebt. Diese Kontrollmassnahmen, zuerst im Jahre 1925 für alle sportlichen Wettbewerbe (Fussballspiele und dergleichen) vorgeschrieben, wurde späterhin auf alle Wiener Kinobetriebe, auf die Tanzschulbetriebe und Kabarets ausgedehnt und hat sich gut bewährt. Die amtliche Kartenaufgabe wird im Laufe des kommenden Jahres auch für alle anderen abgabepflichtigen Betriebe, (Theater, Theaterkartenbüros, Garderobestellen in Grossbetrieben) eingeführt werden. Der Wiener Magistrat gleicht sich damit dem in den grösseren Städten Deutschlands bestehenden Zustand an. In Paris wird/die Abgabe überhaupt bei jeder einzelnen Veranstaltung durch eigene behördliche Organe an Ort und Stelle selbst eingehoben.

Sühneverhandlungen. Beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden im Dezember die Sühneverhandlungen im Büro des Bezirksvorstehers am 5., 12., 19. und 27. Dezember um 10³⁰ Uhr vormittags statt.

Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am kommenden Montag um 17 Uhr nachmittags statt.

Allgemeiner Sammeltag für die Armen Wiens. Der Sammeltag zugunsten der Armen Wiens wird am Goldenen Sonntag abgehalten. Die Sammlung erfolgt in allen Bezirken Wiens nur als Häusersammlung mittels amtlicher Sammelbogen, die vom Bezirksvorsteher unterfertigt sind und durch die Fürsorgeinstitute auf die einzelnen Häuser aufgeteilt werden.

Wien, am Donnerstag, den 29. November 1928 Zweite Ausgabe.

Der Frankfurter Oberbürgermeister über die Wiener Schubertfeier. Der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main Dr. Landmann hat an Bürgermeister Seitz folgendes Schreiben gerichtet: Von der Reise nach Wien zurückgekehrt, drängt es mich, Ihnen, Ihren Mitarbeitern und allen Herren, die sich Ihrer Gäste angenommen haben, meinem verbindlichsten Dank für die schlechthin unübertreffliche Gastfreundschaft, die ich in Wien genossen habe, auszusprechen. Nur eine Stadt von dieser traditionellen Herzlichkeit, Liebenswürdigkeit und Gastlichkeit wie Wien ist imstande, ihren Gästen den Aufenthalt so angenehm zu machen, wie es uns reichsdeutschen Oberbürgermeistern gegenüber jetzt der Fall gewesen ist. Vom Eintreffen bis zur Abfahrt in Wien sind wir umgeben gewesen von den von Herzen kommenden Bemühungen, uns unseren Besuch in Wien so angenehm wie möglich zu gestalten und die Freundlichkeit und Herzlichkeit des Wiener Wesens in uns wirken zu lassen. Ueber diese Eindrücke der gastlichen Aufnahme hinaus aber ist mir der Besuch in Wien wegen der ausserordentlich starken Anregungen, die ich als reichsdeutscher Kommunalpolitiker von den bewundernswerten Einrichtungen der Stadt Wien auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, der technischen Werke, der Finanzverwaltung der Stadt Wien, ihrer öffentlichen Anlagen und ihres Schulwesens erfahren habe, besonders wertvoll geworden. Gleich mir wird kein Oberbürgermeister von Wien weggegangen sein ohne den Eindruck, dass in Wien nicht nur etwas ausserordentlich Grosszügiges und Grossartiges geschaffen wurde, sondern auch dass dieser Schaffenskraft eine tiefe Liebe zu dem werktätigen Volke und seiner Emporentwicklung zugrunde liegt. Eine Fülle von Fragen und Angelegenheiten, die aus der Ferne betrachtet, nicht ohne weiteres als einleuchtend erscheinen, ist mir durch den Verkehr mit Ihren bedeutenden Mitarbeitern vollständig klar und aufgeklärt worden. Ich kehre zurück mit dem Gefühl der Dankbarkeit für die zahlreichen Belehrungen und Anregungen und stehe unter dem unvergesslichen Eindruck einer selten schönen Gastlichkeit. Hier bitte ich Sie und Ihre Herren Mitarbeiter, meinen herzlichen Dank entgegenzunehmen. Die Stadt Frankfurt und ich wären froh, wenn Sie uns Gelegenheit geben würden, den Versuch zu machen, wenn nicht in gleicher Weise, so doch mit den gleichen Bemühungen, wie es die Stadt Wien getan hat, uns für all das Schöne, Liebenswürdige und Anregende, was wir in Wien genossen haben, anlässlich eines Gegenbesuches der Stadt Wien erkenntlich zu erweisen.

Adolphe Ferriere in Wien. Seit einigen Tagen weilt der Direktor des Bureau international des écoles in Genf Professor Dr. Adolphe Ferriere in Wien, um die Schulreform und die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde Wien zu studieren. Ferriere ist der führende Pädagoge innerhalb der französisch sprechenden Kulturwelt und Vorsitzender der französischen Gruppe des internationalen Arbeitskreises für Erneuerung der Erziehung und Professor am Institut Jean Jaques Rousseau in Genf. Er wird seine pädagogischen Ideen in zwei Vorträgen vor der Wiener Lehrerschaft entwickeln. Der eine Vortrag über das Thema "Die neue Erziehung und die Interessenszentren der Kinder" fand heute im Saale des Ingenieur- und Architektenvereines statt. Morgen spricht Professor Dr. Ferriere um 7 Uhr abends im Festsale des alten Rathauses über "Die Tatschule".

Die Schubertforscher im Wiener Rathause. Bekanntlich fand unter dem Ehrschutz des Bundesministers für Unterricht in den letzten Tagen ein internationaler Kongress für Schubertforschung in Wien statt. Die Kongressteilnehmer stellten heute mittag unter der Führung des Hofrates Professor Dr. Eusebius Mandyczewski dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie im Steinernen Saal vom Bürgermeister Seitz empfangen wurden.

An dem Empfang nahmen unter anderen teil: Bundesminister Schmitz, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg und Hellmann, die meisten amtsführenden Stadträte, Dr. Präsident Glöckel, Nationalrat Sever, Professor Wolf (Berlin), Geheimrat Professor Dr. Friedländer (Berlin), Leutnant Nydahl (Stockholm), Mr. van der Straeten (London), Professor Barkan (San Franzisko), Professor Prod'homme (Paris) und viele Persönlichkeiten der Wiener Kunstwelt. Professor Dr. Wolf dankte vor allem dem Bürgermeister für die liebevolle Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Wir sind mit der grössten Freude nach Wien, der Stadt der Melodien, gekommen. Wo überall wir hier schreiten, immer begegnen wir der grossen Liebe, die Sie der Stadt und ihrer Kunst zuteil werden lassen. Wir sind Ihnen dafür vom ganzen Herzen dankbar und hoffen und wünschen, dass diese Liebe jederzeit der Stadt Wien, wo Franz Schubert lebte und wirkte, erhalten bleiben möge. Bürgermeister Seitz dankte namens der Stadtverwaltung, dass Wien zum Kongressort gewählt worden ist. Ihr Sprecher, sagte der Bürgermeister, hat auf die Kunstschätze unserer Stadt verwiesen, insbesondere auf die musikalischen. Die Wiener Musikgeschichte geht weit zurück, bis auf die Minnesänger; aber nicht nur die Tradition ist es, die unsere Kunst immer wieder befruchtet, sondern gewiss die ganze Eigenart dieser Stadt, die Landschaft, die Atmosphäre, die ganze Natur. In diesem Jahr haben wir Schubert gefeiert; die Krönung dieses Festes erfolgte durch den unsere Stadt ehrenden Besuch der internationalen Vereinigung für Schubertforschung. Wir begrüßen Sie alle mit inniger Freude und heissen Sie herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall). Nach dem Empfang stellte der Vorsitzende des Kongresses Professor Dr. Mandyczewski dem Bürgermeister die Herren der Vereinigung vor.

Verbesserungen im Strassenbahnverkehr. Am Sonntag wird die neue Strassenbahnlinie in Ottakring dem allgemeinen Verkehr übergeben. Die Linie wird die Bezeichnung J2 führen. Sie verläuft von der Neulerchenfelderstrasse über den Johann Nepomuk Bergerplatz durch die Rosensteingasse-Messengasse-Wilhelminenstrasse-Sandleitengasse-Güpfelringstrasse-Dornbacherstrasse zur Endstelle Dornbach bei der Vollbadgasse. Der erste Zug von Dornbach zur Stadt wird um 5'30 Uhr, der letzte Zug um 20'50 Uhr verkehren. Der erste Zug von der Stadt ab Matthäusschleife auf der Landstrasse fährt um 6'15 Uhr, der letzte um 21'42 Uhr. Ausserdem ist den Fahrgästen die Möglichkeit geboten, mit den ab Dornbach bis 22'32 Uhr verkehrenden Zügen bis zum Johann Nepomuk Bergerplatz zu kommen, wo durch Umsteigen auf den J Wagen die Stadt erreicht werden kann. Am Dienstag, den 11. Dezember, wird die neuerbaute Strassenbahnstrecke Innstrasse-Engelsplatz (verlängerte Linie 11) eröffnet. Der Bau des zweiten Gleises der Linie 10 (Reinlgasse-Breitenseerstrasse-Huttengasse) wird in einigen Tagen vollendet sein. Vom 11. Dezember an wird der Verkehr auf dieser Linie zweigleisig geführt werden. Schliesslich werden nunmehr die Züge der Linien 6 und 15 nicht mehr durch die Wallgasse, sondern über einen neuen Weg, dem inneren Mariahilfergürtel, gebildet. Bei der Mittelgasse wurde eine Theaterhaltestelle (Raimundtheater) errichtet.

Wiederbelegung von Gräbern auf dem Neustifter Friedhof. Von Neujahr an werden die Gräber Gruppe A, Reihe 2, Nummer 1 bis 13, Reihe 3, Nummer 1, 2, 6 bis 9 und 12 bis 16, und Gruppe B, Reihe 6, Nummer 1 bis 14 im Neustifter Friedhof wieder belegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 15. Dezember bei der Magistratsabteilung 12, I., Rathausstrasse 9, einzubringen.

Bezirksvertretung Bräggittenau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Bräggittenau findet am Donnerstag, den 20. Dezember, um 19 Uhr statt.

Wien, am Freitag, den 30. November 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 30. November 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen. Die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molkereiprodukten wird mit tausend Schilling subventioniert, die Vereinigung bildender Künstler Wiener Sezession mit zehntausend Schilling, die Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft mit sechshundert Schilling und die Bildungsstelle des österreichischen Seneffelderbundes mit tausend Schilling. An der oberen alten Dönan wird für Zwecke der Errichtung von Bade- und Bootshütten sowie von Wohnendenhäusern ein Grundstreifen gewidmet. Schliesslich werden ^{Rea-}litätenkäufe beschlossen und für die Errichtung einer Garderobehütte in der Gartenanlage auf dem Herderplatz wird die Baubewilligung erteilt.

Bürgermeister Seitz: Vor kurzem hat sich im IX. Bezirk ein schweres Bauunglück ereignet, das in der Öffentlichkeit grosse Aufmerksamkeit erregt hat. Ich habe sofort eine strenge Untersuchung angeordnet und den Magistrat beauftragt, einen eingehenden Bericht zu erstatten. Der Bericht liegt nun vor und ich ersuche den Herrn Stadtrat Linder den Bericht vorzutragen.

ST. R. Linder: In der letzten Zeit haben einige grosse Städte Bauunglücke zu verzeichnen. Auch Wien ist von einem Hauseinsturz nicht verschont geblieben. Trotz des Bauunglückes ist aber dennoch ein Glück im Unglück festzustellen, da bei dem Bauunglück niemand getötet, noch verletzt worden ist. Das Stadtbaumeisteramt und die Baupolizei trifft keine Schuld. Die Baupolizei hat alle notwendigen Massnahmen getroffen, was von ihr vorgesorgt werden konnte, ist geschehen. Dieses Ehrenzeugnis wird aber leider dadurch getrübt, dass unverantwortlichen Geschäftsgeist und verbrecherischer Sinn mitgewirkt haben, auch in Wien eine Baukatastrophe herbeizuführen. Am 3. September hat die Firma F. Künzl und E. Sossik namens der Hausinhabung des Herrn Berl Kolb das Ansuchen um baubehördliche Genehmigung für bauliche Herstellungen im Hause IX., Alserbachstrasse 15, gestellt. Laut den mitgesendeten Plänen handelte es sich darum, dass in den an die linke Feuermauer angrenzenden, bisher als Wohnzimmer benützten Räumen, die teils im Souterrain, teils im Parterre gelegen waren, durch Wegnahme eines Gassenhauptmauerpfeilers und Überlegen dieser Öffnung durch Walzeisensträger ein Geschäftslokal geschaffen werden sollte. Gleichzeitig sollte die Dippelbaudecke über dem erwähnten Souterrain weggenommen werden. ^{Auf} dieses Baugesuch konnte, da für die Auflassung der Wohnräume auf Grund der Ministerial Verordnung vom 28. März 1928, Regierungsgesetzblatt Nummer 114, die politische Bewilligung in diesem Falle durch die Magistratsabteilung 17 vorher zu erteilen war, nicht sofort eingegangen werden. Diese Bewilligung wurde dann erteilt und der Nachweis dieser Zustimmung durch den Eigentümer Kolb zwischen dem 8. und 10. November bei der Baubehörde erbracht. Am 10. November wurde sodann die Bauverhandlung für den 16. November anberaumt. Sie hat auch unter der Leitung des Stadtbaumeisters Ingenieur Mischek stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch festgestellt, dass bereits ein Träger verlegt war, zu welcher Arbeit über Drängen des Bauwerbers am 13. oder 14. November nach erfolgter Ueberprüfung der Baupläne und der statischen Berechnung, die vollkommen in Ordnung waren, die mündliche Bewilligung erteilt worden war. Am 17. November waren bereits beide Unterfangungsträger verlegt und war mit dem Abtragen des wegzunehmenden Mittelpfeilers begonnen worden. Diese Feststellung wurde durch einbaubehördliches Organ gemacht und bei dieser Gelegenheit die mangelnde Anordnung der zum Tragen des Füllmauerwerkes dienenden Querstützen bean-

stän-det. Weiters wurde der Polier aufmerksam gemacht, dass die Auflager der Unterstützungsträger zur Konstatierung der Unterlagsplatten und der Auflagerbreite für die Rohbaubesichtigung freigelegt werden müssen. Der Gesellschafter der Baumeisterfirma, Herr Sossik, ist über Vorladung am 19. November bei der Baubehörde erschienen und nahm die Beanständigung und den Auftrag zu deren Behebung zur Kenntnis. Bei der am 23. November vorgenommenen Rohbaubesichtigung wurde die Erfüllung der Aufträge und die ordnungsmässige Lagerung der Ueberlagsträger festgestellt, womit die baubehördliche Ueberwachungstätigkeit ihren Abschluss fand. Nun wurde aber in der Nacht vom 23. auf den 24. November nach Angabe des bei der Firma Künzl und Sossik beschäftigten Arbeiters Trnka über Auftrag des Hauseigentümers Kolb ohne Wissen der Firma und ohne Verständigung der Baubehörde eine weitere Bauherstellung vorgenommen. Diese bestand darin, dass die an den später eingestürzten Pfeiler anschliessende Scheidemauer weggenommen und die Last der darüber befindlichen, durch zwei Stockwerke reichenden Scheidemauern auf einen von der Arbeitspartie eingezogenen, angeblich vom Hauseigentümer beigegebenen Walzeisensträger übertragen wurde, welcher Träger sein Auflager einerseits in dem eingestürzten Pfeiler, andererseits in der Mittelmauer finden sollte. Wie sich nach dem Einsturz zeigt, wurde diese Arbeit in ganz unfachgemässer Weise hergestellt, der Pfeiler wurde dadurch nicht nur weit über die berechnete zulässige Beanspruchung hinaus, sondern auch exzentrisch belastet, welcher Vorgang im Zusammenhang mit dem an dem Pfeiler offenbar ausgeführten Stemmarbeiten die eigentliche Ursache des späteren Einsturzes war, was schon daraus erhellt, dass der durch die genehmigten Arbeiten belastete Pfeiler durch neun Tage gestanden ist, ohne die geringsten Bauschäden zu zeigen. Wer zu diesen nicht bewilligten Arbeiten den Auftrag gegeben hat, ist durch die bisherigen Aussagen nicht ganz geklärt. Fest steht, dass die erste Arbeiterpartie die Arbeit niedergelegt hat, weil sie das Gefühl hatte, dass die beabsichtigten weiteren und nicht genehmigten Arbeiten, die ihnen vom Hauseigentümer aufgetragen worden sind, eine Gefahr für das Haus bedeuten. Diese Arbeitsniederlegung erfolgte am 20. November. Nach dieser Niederlegung hat die Baufirma eine andere Arbeiterpartie, bestehend aus zwei Arbeitern und einem Lehrling, auf die Baustelle geschickt, die dann die Entfernung der vorgenannten Scheidemauer tatsächlich in der Nacht vom 23. auf den 24. November durchführte. Der eine der dabei beschäftigten Arbeiter behauptet, dass er der Meinung gewesen sei, dass diese Arbeit im Rahmen des von der Firma übernommenen Bauauftrages gelegen war, während der Gesellschafter der Baufirma, Herr Sossik, angegeben hat, dass er diesen Auftrag nicht gegeben habe, diese Arbeiten vielmehr über Auftrag des Hauseigentümers Kolb ohne Wissen und Willen der Baufirma von den Arbeitern ausgeführt worden sind. Die nach dem Einsturz vorgenommenen genauen Untersuchungen ergaben, dass noch eine Reihe anderer Bauarbeiten ohne Bewilligung vorgenommen worden sind, die jedoch mit dem Einsturz in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen. So Wegnahme und Unterfangung von Scheidemauern und die Abtragung eines schließbaren Rauchfanges im untersten Geschoss ohne ordnungsgemässe Unterfangung. Ganz eigentümlich liegen die Verhältnisse bezüglich der Baufirma. Die Firma ist nach ihrer Konzession eine offene Handelsgesellschaft, der als Gesellschafter der konzessionierte Baumeister Franz Künzl als verantwortlicher Geschäftsführer und E. Sossik als Mitgesellschafter angehört; der letztere hat keine Baumeisterberechtigung. Baumeister Künzl behauptet, dass er von dieser Arbeit überhaupt keine Kenntnis bekommen habe und er daher diese Bauarbeiten auch niemals überwacht habe. Dagegen behauptet Sossik, seinen Mittelhaber von dieser Arbeit verständigt zu haben, was aber Künzl bestreitet. Die Aufsicht soll Sossik allein vorgenommen haben und zwar derart, dass er nach Angabe der Arbeiter ungefähr zweimal auf der Baustelle erschienen sein soll. Aus dem Einvernehmen der beiden Gesellschafter ergibt sich aber weiters, dass Künzl sich überhaupt sehr wenig um die Führung der Firmengeschäfte ge-

Zweiter Bogen.

kümmert habe, da nach seinen eigenen Aussagen oft 14 Tage verstrichen sind, ohne dass er mit Sossik zusammengekommen oder in der Kanzlei erschienen wäre. Bezeichnend ist auch der Umstand, dass Sossik es nicht für notwendig befunden hat, dem verantwortlichen Geschäftsführer von der Uebernahme und der Durchführung der Arbeiten, von der Einladung zur Bauverhandlung und von dem erfolgten Bemängelungen Mitteilung zu machen, weiters, dass es möglich war, dass die eigenen Arbeiter gegen den Willen und Wissen der Firma Bauarbeiten durchführen konnten, hinsichtlich deren die Firma ausdrücklich den Auftrag gegeben hat, sie vorläufig nicht durchzuführen. Nach den Aussagen der Arbeiter der ersten Arbeiterpartei und auch nach den Erklärungen des Sossik wird weiters der Eigentümer des Hauses Berl Kolb schwer belastet. Die Arbeiter Franz Redl und Karl Barta haben angegeben, dass sich in die Durchführung der Arbeiten fortwährend der Eigentümer und der Besitzer des Geschäftslokales/hineingemischt haben, obwohl Kolb ein Schneidermeister und Weingarten ein Schuhhändler ist, sodass von einem Fachwissen dieser Leute in Bausachen keine Rede sein kann. Wenn Pölzungen vorgenommen werden sollten, hat der Eigentümer erklärt, dies sei nicht notwendig und koste nur unnütz Zeit und Geld. Er stellte sogar an die Arbeiter das Ansinnen, an Stelle eines Eisenträgers der Behörde gegenüber eine Konstruktion vorzutauschen oder nach der Kommissionierung durch die Behörde einem zu diesem Zweck nur provisorisch eingezogenen Träger wieder wegzunehmen. Der Eigentümer sollte auch den Sand für die Bauarbeiten beistellen. Er entledigte sich dieser Aufgabe dadurch, dass er statt der Beistellung entsprechenden Sandes die Arbeiter anwies, den vorhandenen Schutt durchzusieben und das so gewonnene Material als Sand zu verwenden. Auch soll er mit den Arbeitern über die in der Nacht vorgenommenen und nicht genehmigten Arbeiten Vereinbarungen über die Entlohnung der Ueberstunden nach längerem Feilschen getroffen haben. Tatsächlich gibt Sossik an, dass alle gemachten Ueberstunden von dem Hauseigentümer bezahlt worden sind. Berl Kolb bestreitet alle diese Aussagen. Aus dem Angeführten ergibt sich ein derartig belastendes Material gegen die Baufirma und den Bauherrn, dass sich der Magistrat veranlasst sieht, die Anzeige an die Staatsanwaltschaft zu erstatten und auch nach den Bestimmungen der Bauordnung gegen die Schuldtragenden das Strafverfahren einzuleiten. Es liegt kein Anlass vor solchen Bauführungen im Allgemeinen mit Misstrauen zu begegnen, da derartige Unterfangungen und Pfeilerauslösungen in bestehenden Gebäuden im Laufe der letzten Jahre zu hunderten ohne jeden Anstand durchgeführt worden sind. Sie erfordern allerdings eine äusserst gewissenhafte und sorgfältige Durchführung der ganzen Arbeiten und die ständige Ueberwachung durch einen verantwortlichen Bauführer. Nur einem derartigen Zusammenstossen krasser Pflichtverletzungen, Eigenmächtigkeiten und Auserachtlassung der behördlichen Vorschriften kann das Eintreten der Baukatastrophe zugeschrieben werden. Es ergibt sich auch, dass die mit dieser Angelegenheit betrauten baubehördlichen Organe diese Pflicht voll und ganz erfüllt haben, dass sie aber nicht in der Lage sind einzugreifen, wenn solche Herstellungen in unbefugter Weise ohne ihre Kenntnis vorgenommen werden. Die Baubehörden werden, wie bisher in der schärfsten Weise, gegen jedes unbefugte, ohne ihre Bewilligung durchgeführte Bauen einschreiten und die Beseitigung dieser Bauten verlangen. Ich bitte diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen (Stürmischer Beifall).

GR. Millik bemerkt der Hauseinsturz am Alsergrund sei ein Wink des Schicksals an alle jene gerichtet, die sich mit dem Mietengesetz befassen und an jene die mit solchen Arbeiten beschäftigt sind. Gemeinderat Millik erinnert an seine in einer der letzten Sitzungen an dem Gemeinderat gerichtete Warnung und betont, der Hauseinsturz auf dem Alsergrund zeige, wie unrecht die Jene gegen gehabt haben, die ihm damals Brotnöth und unverantwortliche Beunruhigung der Bevölkerung wie zum Beispiel, Gemeinderat Schleifer vorgeworfen haben. Aus dem Berichte des Stadtrates geht hervor, dass in der Alserbachstrasse Pfuscher ihr Unwesen getrieben haben. Da muss ich dem Bürgermeister vorwerfen, dass er das Pfuscherwesen vielleicht unbewusst, fördert,

wenn eine Strafe von 100 Schilling die von dem magistratischen Bezirksamt über einen Pfuscher verhängt wird, im Rekursweg auf fünf Schilling herabgesetzt wird. Wie pfuschermäßig in der Alserbachstrasse gearbeitet wurde, geht daraus hervor, dass die Maurer zwei Tage lang Risse und Sprünge verputzt haben, die am nächsten Tag wieder zum Vorschein gekommen sind. Der Hausherr hat ein Verbrechen begangen, das wir auf das schärfste verurteilen müssen, indem er die Maurer bestochen hat die Mauer auszuwechseln und wir stehen auf dem Standpunkt, dass der Herr Berl Kolb den ganzen Schaden den die Gemeinde Wien erlitten hat, bezahlen muss und auf das strengste bestraft wird, so dass er wieder zu Fuss nach Galizien wandern muss. Merkwürdig ist, dass die Baufirma zwei Gemeindebauten einen im III. und einen im XV. Bezirk hat. Auf dem Bau im XV. Bezirk wird bereits fünf Wochen gearbeitet ohne dass Baumeister Künzl eine Ahnung davon gehabt hat, dass er dort einen Gemeindebau hat (Hört! Hört! bei der E.L.) Die Gemeinde Wien muss wissen, wen sie den Bau gibt. Der Sossik ist nur Bauverwalter und dem hat man die Bauten gegeben. Den Herrn Künzl, kennt man hier gar nicht. So konnte es kommen, dass im XV. Bezirk, wo er den Gemeindebau hat, die Gefahr des Einsturzes für das Nachbarhaus besteht. Gemeinderat Millik spricht die Meinung aus, dass an die Spitze des Baureferates ein Fachmann gehört, und wendet sich dagegen, dass das Bauamt in einem Haus konzentriert wird, eine Bauabteilung nach der anderen aus dem Rathaus wegverlegt wird. Man wird von der einen Abteilung zur anderen geschickt und wenn man am Vormittag vom Haus glatte sieht weggegangen ist, kommt man bis am alles gerichtet hat, mit einem Vollbart heim (Lebhafte Heiterkeit bei der Einheitsliste). Der Fall Alserbachstrasse sollte für uns alle eine Warnung sein. Wir haben gesehen, in welche Hände durch Parteipolitik unsere Wiener Häuser kommen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Bürgermeister Seitz kommt auf den vom Gemeinderat Millik dem Bürgermeister als Landeshauptmann gemachten Vorwurf zurück, dass das Pfuscherwesen im Baugewerbe werde dadurch begünstigt, dass Strafen die von magistratischen Bezirksämtern über Pfuscher verhängt wurden, im Rekurswege herabgesetzt werden und bemerkt dazu, es sei selbstverständlich, dass der Landeshauptmann persönlich nicht alle Rekurse in Straffsachen selbst studieren oder gar erledigen kann. Dazu gehören ja Strafffälle aller Art wie Polizeistrafen, Gewerbebestrafen usw. Dem Landeshauptmann steht zu diesem Zweck ein eigenes vom Magistrat ganz unabhängiges Rekursbüro zur Seite das aus den erfahrensten Juristen des Magistrates besteht und tadellos arbeitet.

Nichtsdestoweniger wäre es möglich, dass einmal eine Strafe, die von der magistratischen Bezirksbehörde im Ausmass von 100 Schilling verhängt worden ist, im Rekurswege auf fünf Schilling herabgesetzt wurde, weil zum Beispiel der Umfang des Verschuldens von der Rekursinstanz eingeschränkt wurde.

Mir ist ein solcher Fall nicht erinnerlich ich bitte den Gemeinderat Millik den Fall unter Anführung der Namen bekanntzugeben und ich werde ihn genauestens überprüfen lassen. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Gemeinderates Millik muss ich feststellen, dass ich alles zur Bekämpfung des Pfuscherwesens tue, indem ich/die selbst von der Genossenschaft der Baumeister/namhaft gemachten Personen zur Aufsicht über das Pfuscherwesen bestellt habe. Jede von dieser ehrenamtlich fungierenden Stelle mir zur Kenntnis gebrachte Anzeige wird genauestens überprüft und/nötigenfalls mit einer Bestrafung vorgegangen.

GR. Rummelhardt (E.L.) bemerkt, es sei, wie seine Partei immer prophezeit habe nun die Zeit gekommen, wo sich die unnatürliche Verlängerung des Mietengesetzes rächt und wo die Häuser zusammenfallen. Wir brauchen uns nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wem die Schuld an dem Hauseinsturz trifft. Die Schuld daran trägt Ihr System der Wohnungspolitik (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Ihr System der Baupolitik, trägt der Umstand, dass, obwohl jeder vernünftige

Mensch im Ausland anerkennt, dass die Zinse in der heutigen Form nicht aufrechterhalten werden können, wenn sich die Stadt erneuern soll, sie eigensinnig eine Regulierung des Mietengesetzes Widerstand entgegensetzen. Die Beibehaltung des Mieterschutzes, der als Kriegsmaßregel geschaffen wurde, nach dem Kriege, die Ausnützung dieser Bestimmungen im parteipolitischen Sinn verhindern, dass auf diesem Gebiet etwas erspriessliches geschehen kann. Der Fall in der Alserbachstrasse wird nicht der einzige Fall bleiben, es werden die anderen Häuser auch zusammenstürzen und die Trümmer werden von Ihrer Ungeschicklichkeit ja von Ihrer verbrecherischen Auffassung dieser Frage erzählend. Es ist Ihr System daran schuld, dass Sie in allen Aemtern und auch im Stadtbauamt inaugurirt haben. Ihr System hat ein Beamten das Rückgrat gebrochen, die leitenden Beamten sehen sich daher, wenn etwas geschieht, nach einem Schuldigen um, den sie verschieben können, wie es auch in diesem Fall im Anfang geschehen ist. Würden Sie eine normale Bauentwicklung zulassen so würden solche Häuser schon verschwunden sein, dann würde das Baugewerbe nicht so teuer sein, wie es durch Ihr Monopol geworden ist. Wäre der Herr Berl Kolb in Wien Hausherr, wenn Sie nicht die Gemeindeverwaltung hätten? (Gemeinderat Schleifer: Er hat schon im Jahre 1914 das Haus gekauft.) Dem Herrn Berl Kolb hätte kein Lichtentaler sein Haus verkauft. Aber Sie zwingen die Leute durch Ihre Wohnungspolitik dazu. Der Berl Kolb ist im Jahre 1917 nach Wien gekommen und hat im Jahre 1921 das Haus gekauft aber wo hat er sich, der ohne Kreuzer nach Wien gekommen ist, das Geld erwerben können. Solche Hausherrn sind auch schuld, wenn es zu solchen Unglücksfällen kommt. Der Hausbesitzer den es bei normaler Wohnungspolitik gegeben hat, hat sich wirklich für das Haus, dass er vererbt hat, verantwortlich gefühlt, Er hat das Haus nicht so verlüdern lassen, weil die Häuser heute verlüdert werden. Am allerwenigsten hätte er wie Herr Kolb, obzwar es verboten ist, aus Wohnungen ein Geschäftslokal gemacht. Dass sich dabei der Herr Kolb und andere die Brieftaschen haben spicken lassen, ist klar. Interessant ist es, dass sich solche Leute dergleichen in Wien erlauben dürfen. Wenn ein arischer Gewerbetreibender dasgetan hätte, würden ihm die härtesten Schwierigkeiten gemacht worden sein. In Wien können die Fremdländischen durch das Entgegenkommen der jetzigen Gemeindeverwaltung solche Dinge tun, während die bodenständigen, christlichdeutschen Bürger von Ihnen geschuhriegelt werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Der Mann ist leider nach Oesterreich zuständig gemacht worden, das musste ja geschehen, damit ihm nichts geschieht. Er kann daher nicht abgeschoben werden, aber er muss eingesperrt werden, dass er für sein Leben daran denkt. Einer so eigenartigen Baufirma, wie der Firma Künzl und Sossik, bei der der eine nicht weiss, was der andere tut, wobei noch derjenige, der keine Bauberechtigung hat, zeichnungsberechtigt ist, sollte man das Recht entziehen die Gemeinde gibt aber der Firma noch Gemeindebauten. Der Firma müsste sofort der Gemeindebau weggenommen werden. Auch Ihr System der Interventionen ist eine Hauptschuld an solchen Ereignissen. Wer und wieviele Personen haben in dieser Sache interveniert. Wir verdammen das Vorgehen dieses Hausherrn, wir verdammen das Vorgehen der Gemeinde. Sie hat Systeme einreissen lassen, die solche Früchte zeitigten: Es ist die höchste Zeit, dass die sozialdemokratische Partei zur Besinnung kommt, denn durch Ihre Halbestarrigkeit schützen Sie nicht die Mieter, Sie bringen die Mieter nur in Gefahr, dass ihnen die Häuser über den Kopf zusammenfallen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

ST.R. Einder bemerkt in seinem Schlussworte, er werde nur auf diejenigen Bemerkungen der Vorredner zurückkommen, die mit dem Bauunglück selbst beschäftigen, da er der Meinung sei, dass die Frage des Mieterschutzes mit diesem Unglück gar nichts zu tun hat. Es ist ganz gleichgültig ob fünf Groschen oder 50 Schilling Mietzins bezahlt wird. In beiden Fällen wird ein Haus, wenn man ihm eine Stütze entzieht, ein-

stürzen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Stadtrat Linder tritt sodann dem Vorwurf des Gemeinderates Millic entgegen, dass der Baumeister Künzl vom dem ihm übertragenen Gemeindebau in der Herklotzgasse gar nichts gewusst habe, indem er darauf verweist, dass Künzl die Nachricht von dem Bauunglück eben auf diesem Bau in der Herklotzgasse erreicht habe. Wenn es wahr ist, dass Herr Künzl ein Pfuscher ist, warum ist er in der Genossenschaft der Baumeister. Er hat den Bau bekommen, da er ebenso wie andere Baumeister in dieser Genossenschaft ist und weil sein Offert entprochen hat. ^{Interponiert} Interponiert hat für ihm niemand. Die Baufirma heisst Künzl Sossik die Firma ist eingetragen und niemand auch das Baugewerbe kann bei einer Firmenzeichnung überprüfen, ob eine Unterschrift gefälscht ist, oder nicht. Ist das der Fall, so hat sich damit das Strafgericht und nicht das Bauamt zu beschäftigen. Ich würde mit Begeisterung dem Wunsche des Gemeinderates Rummelhardt Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die Firma aus dem Kreise der Baumeister verschwinde und habe mich auch sofort mit dem Bauamt wegen der Konzessionsentziehung ins Einvernehmen gesetzt. Leider ist das nach dem Gesetz nicht möglich. Schliesslich stellt Stadtrat Linder fest, dass die Mehrheit immer darauf gesehen habe, dass sowohl die Baupolizei wie das Bauamt der Politik entrückt werden. Die Verantwortung trägt lediglich der Baudirektor, der amtsführende Stadtrat nimmt auf das Technische gar keinen Einfluss. Deshalb wäre es auch notwendig, dass das Ansehen des Bauamtes nicht auf alle mögliche Art untergraben wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Bericht des amtsführenden Stadtrates Linder wird zum Kenntnis genommen.

Es wird nun die Tagesordnung erledigt. Stadtrat Kokorda berichtet über die Regelung der Gebühren für die Benützung der Kühlanlagen und der Brückenwagen. Die Tarife sind veraltet, lauten vielfach noch auf die Kronenwährung und müssen auch infolge von notwendigen und umfangreichen technischen Verbesserungen der Betriebsanlagen erhöht werden. Die letzte Errichtung einer Kühlanlage mit einem Aufwand von 435.000 Schilling wurde vom Gemeinderat schon seinerzeit mit der Erklärung beschlossen, dass eine Neuregelung der Tarife erfolgen müsse. Mit den einschlägigen Genossenschaften wurde gesprochen; sie haben die Notwendigkeit der Gebührenregelung voll gewürdigt und zur Kenntnis genommen. Die neuen Gebühren werden vom 1. Jänner 1929 an wirksam.

GR. Binder (E.L.) erklärt, dass manche Tarife verdoppelt werden, so dass durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Belastung der Bevölkerung zu befürchten sei. Man hört auch gewisse Beschwerden über die Kühlanlagen. So wird geklagt, dass in den einzelnen Gitterzellen keine richtige Lüftung ist und dass die Anlagen an zwei Tagen in der Woche überhaupt nicht funktionieren.

ST.R. Kokorda erwidert, dass die gegenwärtige Gebührenerhöhung absolut zu keiner Preissteigerung führen könne. Vor dem Krieg war für eine solche Zelle ein Betrag von 431 Kronen oder 620 Schilling zu zahlen, nach der Erhöhung werden 360 Schilling zu entrichten sein. Die Gebühren sind also weit von der Friedenshöhe entfernt und decken nur die Selbstkosten. Klagen über technische Mängel der neuen Anlagen sind nicht erhoben worden. Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Stein beantragt die Errichtung einer Kühlwasseranlage für das Kraftwerk Engerthstrasse. Die Anlage ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Kosten betragen 3.000.000 Schilling. Davon ist eine Million in dem Wirtschaftsplan des Elektrizitätswerkes für das Jahr 1929 aus der Dollaranleihe einzusetzen, der Rest für 1930 vorzusehen.

GR. Körber (E.L.) bemängelt, dass trotz der hohen Ausgabe dem Gemeinderat nicht einmal eine Skizze der neuzuschaffenden Anlage vorliegt. Dies sei eine unwürdige Behandlung, wie überhaupt der Gemeinderat meist vor eine vollzogene Tatsache gestellt wird. Eine Erweiterung der Elektrizitätswerke in der Engerthstrasse ist überhaupt verfehlt. Die

Anlage steht jetzt mitten im verbauten Gebiet und es ist unerträglich, wie die Bewohner der umliegenden Häuser durch den Rauch und Russ belästigt werden. Durch die grosse Steigerung der Stromabnehmer ist die Errichtung eines zweiten Werkes notwendig und deshalb sind alle Investitionen im Werke Engerthstrasse nicht besonders zweckmässig.

GR. Stein entgegnet, dass alle technischen Vorkehrungen getroffen werden, um die Bevölkerung so wenig als möglich durch dieses Werk in Mitleidenschaft zu ziehen. Auch die Mehrheit empfinde den Bau eines neuen Werkes als eine Notwendigkeit und sei dies lediglich eine Kostenfrage. Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Hiess berichtet über die Tätigkeit des Verband "Jugendheim". Diese Organisation umfasst eine grosse Zahl von Vereinen jugendlicher Arbeiter in Wien, will auch ein Waldheim errichten und hat von der Gemeinde eine grosse Zahl von Schullekaltäten gemietet, um dort wissenschaftliche Kurse abzuhalten. Für diese Lokale muss Miete gezahlt werden, ebenso die Kosten der Beleuchtung und Beheizung. Der Verein, der eine für die Jugend sehr erspriessliche Arbeit leistet, weil er grosse Massen von der Strasse fernhält, soll eine Subvention von 25.000 Schilling erhalten.

GR. Prinke (E.L.) bezeichnet diese Subvention als eine rein parteimässige. Die christlichen Jugendheime erhalten von der Gemeinde keine Unterstützung. Im vergangenen Jahr hat der katholisch deutsche Jugendverein nicht weniger als 20.000 Schilling an Lustbarkeitsabgabe an die Gemeindekasse abgeführt. Es wäre sehr zu wünschen, dass dieser Betrag in der Form einer Subvention dieser Organisation wieder zugewendet wird. Es geht nicht an, dass nur die sozialdemokratischen Jugendvereine unterstützt werden, die katholischen aber leer ausgehen. Redner beantragt die Gewährung einer Subvention von 25.000 Schilling für den Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Oesterreichs.

Der Referentenantrag wird angenommen. Der Antrag des Gemeinderates Prinke wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Eisinger berichtet über das Ergebnis der Unfallfürsorge der Gemeinde Wien im Jahre 1927. Die städtische Unfallfürsorge beruht auf dem Gemeinderatsbeschluss vom 23. Juli 1897. Sie umfasst sämtliche nicht definitiv angestellten Bediensteten und Kollektivisten der Gemeinde Wien mit Einschluss jener der Unternehmungen und der ausserhalb Wiens gelegenen Betriebe, ferner jene der allgemeinen Dienstordnung unterstehenden Bediensteten, die in Unfallversicherungspflichtigen Betrieben beschäftigt sind. Die Unfallfürsorge erstreckte sich am Ende des Jahres 1927 auf 31.877, gegenüber 29.964 im Jahre 1926. Insgesamt ereigneten sich im Jahre 1927 3261 Unfälle.

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass zur Steigerung der Zahl der Unfälle auch die vielen Feuerwehrunfälle beigetragen haben. Bei der Strassenbahn muss ebenfalls eine Steigerung der Unfälle um 178 festgestellt werden. Es wäre hoch an der Zeit, alles vorzukehren, um die Zahl der Unfälle einzudämmen.

In seinem Schlusswort erwidert Gemeinderat Eisinger, dass die Unfallhäufigkeit überall im Zunehmen begriffen ist. Sie erreicht jetzt fast jene Höhe, die sie während des Krieges erreicht hat. Die Gemeinde ist bemüht, alles vorzukehren, um das Gefahrmoment, dem die Arbeiter ausgesetzt sind, auf das Mindestmass herabzusetzen.

Der Antrag wird angenommen.

GRtin Grünwald beantragt die Bewilligung eines Kredites von 595.000 Schilling zur Deckung der Kosten für die Errichtung von 12 neuen Jugendhorten in städtischen Wohnhausanlagen.

GRtin Schlössinger (E.L.) tadelt, dass eine grosse Anzahl der hauptberuflich tätigen Horterzieher und Erzieherinnen Absolventen der Kinderfreundschaft in Schönbrunn sind, also keine staatliche Prü-

fung haben, obwohl Hunderte von stellenlosen staatlich geprüften Kindergärtnerinnen und Hunderte von Junglehrern sich um solche Stellen bewerben, die aber von der Gemeinde nicht berücksichtigt werden. Wir müssen daher verlangen, dass für die Horte nur hochqualifizierte Kräfte angestellt werden. Es wäre auch höchste Zeit, dass Erziehungssystem gründlich zu ändern, da sonst ein Geschlecht herangezogen wird, von dem einem bangen muss. (Beifall bei der Minderheit).

In ihrem Schlusswort erwidert die Referentin, dass nur jene Leute angestellt werden, die den Vorschriften entsprechen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

ST. R. Richter berichtet über die Uebergabe des Ziegelwerkes der Gemeinde Wien und der Wiener städtischen Granitwerke Mauthausen in die treuhändige Verwaltung durch die Gesiba.

ST. R. Kunschak (E.L.) nimmt in längeren Ausführungen zu dem Antrag Stellung. Er stellt fest, dass der Antrag einer Frontänderung der Sozialdemokraten hinsichtlich ihres wirtschaftspolitischen Urteiles und einer Abkehr von Grundsätzen über die Führung kommunalisierter Betriebe gleichkommt. Dieser Antrag sagt uns, dass der Gemeinde nicht die Fähigkeit gegeben ist, Betriebe, die mit der Privatindustrie konkurrieren müssen, zu führen. Er ist ein Eingeständnis, dass die Gemeinde nur Monopolbetriebe führen kann oder solche, deren kapitalistisches Interesse so hoch ist, dass die Gemeinde ihr Auslangen findet. ^{Der} Redner erinnert daran, dass, als am 26. Juni 1919 Vizebürgermeister Hoss über den Ankauf des Ziegelwerkes referierte, Vizebürgermeister Emmerling ein Sozialisierungsprogramm entwickelte, das die Sozialisierung der Brotfabriken, Kinos, des Plakatwesens usw. vorsah. Damals haben Sie alles sozialisieren wollen. Der Entwicklungsgang des Ziegelwerkes Oberlaa ist ein sehr interessanter. In der Gemeinderatssitzung am 20. Mai 1921 berichtete Stadtrat Siegel über die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Ziegelwerkes von 1 1/2 Millionen Ziegel auf 8 Millionen Ziegel. Am 25. Jänner 1924 wurde die Kapazität des Ziegelwerkes mit 15 Millionen angegeben. Am 22. Dezember 1924 berichtete wieder Stadtrat Siegel aber von der Reduzierung der Kapazität von 15 Millionen auf 13 1/2 Millionen. In Wirklichkeit betrug aber die Kapazität im Jahre 1926 7.632.000 Schilling und im Jahre 1927 10.998.000 Schilling. Im Jahre 1924 wurde eine Produktion von 10.000.000 Stück Ziegel veranschlagt, produziert wurden aber nur 112.000 Stück (Hört! Hört!) Im folgenden Jahr wurden 13 Millionen veranschlagt produziert aber nur etwas über drei Millionen. Uebrigens sind die Ziffern, die dem Gemeinderat gegeben werden, lauter Hausnummern. Denn die Ziffern im Rechnungsabschluss, im Motiverbericht und im Verwaltungsbericht stimmen nicht überein. Es ist ein unerhörtes Skandal, dass der Gemeinderat und die Öffentlichkeit so hinteres Licht geführt werden. Nach dem amtlichen Berichte wurden im Jahre 1922-1, 561.700 Stück Ziegel erzeugt, nach dem Motiverbericht 2, 093.770 Stück (Hört! Hört! bei der E.L.) Was ist da die Wahrheit? Bei einer solchen Betriebsführung kann man sich nicht wundern, dass das finanzielle Ergebnis des Unternehmens so trostlos ist, dass die Gemeinde das Werk abstrassen muss. In den Jahren 1924 bis 1927 hat sich insgesamt beim Ziegelwerk Oberlaa ein Verlust in der Höhe von 1, 143.903 Schilling ergeben. (Hört! Hört! bei der E.L.) Der Abstand zwischen dem wirklichen Erlös und dem Veranschlagt ist in diesen fünf Jahren ein himmelstreichender. Man hat zum Beispiel auf einen wirklichen Erlös des Vorjahr von 119.000 Schilling einen Erlös von über einer Million für das nächste Jahr aufgebaut. In den fünf Jahren wurde dem Gemeinderat ein Erlös von etwa 4, 500.000 Schilling angekündigt, erzielt wurden aber nur 37 Prozent davon. Mit einer solchen Rechnungslegung können Sie nur den Zweck verfolgt haben, die Art der Betriebsführung dem Gemeinderat zu verschleiern. Diese unverantwortliche Gebarung zeigt sich auch in den Investitionen. Für das Jahr 1923 wurden für Investitionen 54.200 Schil-

ling eingestellt, wirklich ausgegeben wurden aber 445.200 Schilling
(Hört! Hört! bei der E.L.) In den Jahren 1924 ist ein Betrag von über
300.000 Schilling gar nicht durch einen Beschluss des Gemeinderates
gedeckt. In fünf Jahren wurden für Investitionen für Oberlas insgesamt
454.200 Schilling beansprucht, verausgabt aber 1.756.800 Schilling.
(Hört! Hört! bei der E.L.) Wie man aus dem Motivenbericht erfährt muss-
ten an dem im Jahre 1925 neugebauten Werk zweimal umfangreiche Si-
cherungsarbeiten vorgenommen werden und nach diesen Sicherungsarbeiten
wird dem Betriebsführer aufgetragen vertraglich auf den Bauzustand
zu achten. Das müsste man plakatiert lassen, so haarsträubend ist
es. Es ist wirklich höchste Zeit, dass diese Eiterbeule aus dem Kör-
per der Gemeindeverwaltung ausgeschnitten wird. Es ist das System
der Rechthaberei und das System der Rechtlosigkeit der städtischen Be-
amten, dass solche Früchte gezeitigt hat (Lebhafter Beifall und Händ-
klatschen bei der E.L.)

ST-R. Richter stellt gegenüber der Bemerkung des ~~AKK~~/ Ge-
meinderates Kunzschak, dass die sozialdemokratische Partei seit
dem Jahre 1919 eine Frontveränderung vorgenommen habe fest, dass sich
mittlerweile andere Formen der Gemeinwirtschaft herausgebildet haben,
denen Rechnung getragen wurden. Unsere gemeinwirtschaftlichen Anstalten
haben sich ^{alle} gut bewährt und werden gut geführt. Was die Einsätze des Geme-
inderates Kunzschak hinsichtlich der Produktionsziffern betrifft,
so muss man bedenken, dass das Ziegelwerk Oberlas Spezialfabrikate
erzeugt, so dass ein solches Spezialfabrikat für zwei Normalziegel ge-
nommen werden muss. Stellt man die Rechnung so, so kommt man zu einer
Produktionsziffer von 15 Millionen Ziegel, also nahezu zu
dem Produktionsziel, das wir uns gestellt haben. Dabei darf nicht ver-
gessen werden, dass der Betrieb verwaorlost übernommen wurde, dass die
Einsturzkatastropho eingetreten ist und dass Elementarereignisse bei
Lehm- und Ziegelfabriken immer vorkommen.

Uebrigens ergeben sich auch Schwankungen in der Höhe der Produktions-
ziffern, je nach dem man die gebrannte Ware oder nur die Rohware zur
Grundlage der Berechnung nimmt. Die von uns gemachten Investitionen
investitionen sind durch die Betriebsergebnisse vollkommen gerecht-
fertigt. Wir hätten es auch heute noch in der Hand, den Be-
trieb aktiv zu gestalten, wenn wir die Ziegelpreise erhöhen würden.
Wir haben uns eber im Gegenteil zum Ziel gesetzt, durch diese ^{Werk die} Ziegel-
preise niedrig zu halten, was es auch der Gemeinde ermöglicht hat,
Ziegel zu einem so niedrigen Preise zu verwenden, wie es keinem ande-
ren Unternehmen möglich ist. Stadtrat Richter beziehnert den Vorwurf
des Gemeinderates Kunzschak als unrichtig, dass auch nur ein einziger
Zuschusskredit nicht verfassungsmässig bewilligt worden sei, und weist
darauf hin, dass der Zuschusskredit im Jahre 1924 angenommen wurde,
ohne dass sich auch nur ein Oppositionsredner zum Wert gewendet hätte.

Der Betrieb hat keinen Ueberschuss ergeben, aber er ist
das, was die Verwaltung bezweckt hat, geworden Ein Regulator für die
Ziegelpreise. Als ein solcher Preisregulator hat sich das Werk voll-
bewährt. Es steht jetzt auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit und
wird auch einen Reingewinn abwerfen. (Lebhafter Beifall)

Der Bürgermeister teilt nun mit, dass der Rechnungsab-
schluss für das Jahr 1927 in der nächsten Sitzung beraten werden
wird. Die Vorlage wird genehmigt und die Sitzung um halb zehn
Abends geschlossen.